

# **Zur Entwicklung einer Soziologie monetärer Krisen.**

Explorative Fallstudie am Beispiel des Schweizerischen  
Freiwirtschaftsbundes.

Masterarbeit  
zur Erlangung des Mastergrades  
der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

vorgelegt von  
Fabian Berger  
von Luzern  
Kanton Luzern

Eingereicht am: 5. September 2013

Veröffentlicht am: 13. Dezember 2017

Erstgutachterin: Prof. Dr. Cornelia Bohn

Zweitgutachter: Dr. Leon Wansleben

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons  
Namensnennung – Nicht kommerziell –  
Keine Bearbeitungen 4.0 Internationale Lizenz  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>)



## Inhaltsverzeichnis

Keywords:	2
Abstract:	2
1. Einleitung	3
2. Geld- und Finanzsoziologie	8
2.1 Das Medium Geld – und seine politische Natur	14
2.2 Die Sozialstruktur des Funktionssystems Wirtschaft	21
2.3 Semantik	26
3. Grundriss einer Soziologie monetärer Krisen	31
3.1 Vertrauen als Grundbegriff soziologischer Theoriebildung	34
3.2 Dimensionen einer Soziologie monetärer Krisen	41
3.2.1 Die historische Dimension monetärer Krisen	45
4. Explorative Fallstudie Freigeldbewegung Schweiz	51
4.1 Die Schweiz und die Krise	52
4.2 Die Ziele des Freiwirtschaftsbundes Schweiz	58
4.3 Das Postulat vom Ständerat Sonderegger	67
4.3.1 Das Postulat Sondereggers	68
4.3.2 Die Gegenpositionen	72
5. Fazit	74
6. Literatur	81
6.1 Bücher und Zeitschriften	81
6.2 Internetadressen	85
6.3 Quellen	85

### **Keywords:**

Freigeld, Freiland, Freiwirtschaftslehre, Inflation, Deflation, Monetäre Krisen, Goldstandard, Papiergeld, Wirtschaftssoziologie, Geld, Indexwährung, Silvio Gesell, Fritz Schwarz, Hans Konrad Sonderegger, Grosse Depression, Zentralbanken, Geldpolitik, Sozialstruktur, Semantik, Kommunikationsmedien.

### **Abstract:**

Die Arbeit will eine Grundlage für die Entwicklung einer Soziologie monetärer Krisen schaffen. Dies tut sie, indem nach der systemtheoretischen Prämisse der Trinität von Medium, Sozialstruktur und Semantik ein methodologisches Forschungskonzept erarbeitet wird. Die Theorie wird fall exemplarisch aufgezogen anhand des Beispiels des schweizerischen Freiwirtschaftsbundes<sup>1</sup> im Kontext der Grossen Depression. Ziel der Arbeit ist zu verdeutlichen, wie eine Soziologie monetärer Krisen in ihren Grundzügen strukturiert sein könnte. Neben der Beschreibung der Sozialstruktur und der gesellschaftlich relevanten Kommunikationsmedien, soll die historische Anschlussfähigkeit über das Konzept der Semantik innerhalb der Systemtheorie garantiert werden. Die Arbeit erhebt den Anspruch ein evolutionär anpassungsfähige Theoriemodell zu entwickeln im Sinne einer Selbstbeschreibung gesellschaftlicher Prozesse.

---

1 Die politischen Bewegungen zur freiwirtschaftlichen Lehre in der Schweiz unterscheiden sich historisch in ihrer Namensgebung.

Schweizerischer Freiland-Freigeld-Bund (1915-1923)

Schweizerischer Freiwirtschaftsbund (1924-1943)

FBS Freiwirtschaftliche Bewegung der Schweiz (seit 1923)

LSPS, Liberalsozialistische Partei der Schweiz (1946-1990)

INWO Schweiz – Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung Schweiz (seit 1990).

In der Arbeit werde ich allgemein von der freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz sprechen, wobei wegen des ausgewählten Untersuchungszeitraums meistens der Schweizerische Freiwirtschaftsbund gemeint wäre.

## 1. Einleitung

„Die Rohstoffpreise sinken, die Aktienbörsen boomen. Grund für diese paradoxe Entwicklung: Die Zentralbanker haben das Schwundgeld von Silvio Gesell entdeckt.“ (Löpfle, 2013: Weblink).

Zitiert aus dem Schweizer Tagesanzeiger Online. Der Zeitungsartikel<sup>2</sup> beschäftigt sich mit dem Phänomen des Schwundgeldes, entwickelt von Silvio Gesell. Silvio Gesell war ein deutscher Kaufmann, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Argentinien lebte und dort ein kleines Vermögen aufbauen konnte. Nach der Rückkehr lebte er auf einem Bauernhof im Neuenburger Jura. Gesell entwickelte im Laufe seines Lebens eine Geldtheorie, basierend auf der Annahme, dass Geld „rosten“ müsse, d.h. Geld müsse wie andere Güter mit der Zeit an Qualität, also an Wert, verlieren. Eines seiner berühmtesten Werke schmückt sich mit dem Titel „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1949). Er identifizierte in der Werterhaltungsfunktion von Geld ein Problem. Geld verfüge gemäss Gesell gegenüber Waren und Arbeit den Vorteil, dass im Gegensatz zu Waren und Gütern, Geld über die Zeit eine relativ hohe Wertbeständigkeit besitzt. Die Ware wird schlecht oder verliert an Effizienz, die Arbeitenden werden älter und verlieren irgendwann ganz ihren Nutzen – sterben, werden krank oder verunfallen. Somit sind Akteure mit Hilfe von Geld in der Lage, sich im allgemeinen wirtschaftlichen Geschehen einen zeitlichen Vorteil zu verschaffen. Er wusste das Geld aber nicht per Definition eine Wertbeständigkeit besitzt, weshalb er auch den Goldstandard scharf

---

<sup>2</sup> Der Artikel weist darauf hin, dass die Schweiz eine Hochburg für die Freigeld-Bewegung (Schwundgeld) war. Die Wir-Bank, gegründet 1934, stellte „rostendes“ Geld zur Verfügung, dass zum Zwecke des schnellen Ausgebens konzipiert wurde. Noch heute steht exklusiv für Klein- und mittelgrosse Unternehmen solches zinsloses Wir-Geld zur Verfügung: „Die von uns angebotene, weltweit einzigartige WIR-Verrechnung ist ein interessantes Instrument. Sie eröffnet KMUs zusätzliches Käuferpotenzial und damit Aussicht auf mehr Umsatz. Der Umsatz in WIR steigert auch den CHF-Umsatz, da ein Teil eines Geschäftsabschlusses in der Regel auch in CHF abgewickelt wird. WIR-Guthaben (CHW) sind gebundene Kaufkraft, sie werden immer wieder im Kreis der Teilnehmer ausgegeben. WIR (CHW) ist paritätisch zum CHF und wirft als aktives Geld keine Zinsen ab, damit es wieder rasch in Zirkulation gebracht wird. Die WIR-Verrechnung funktioniert als bargeldloser Zahlungsverkehr unter den rund 60'000 WIR-Teilnehmern“ (Wir-Bank, 2013: Weblink).

kritisierte. Geld auf Grundlage des Goldstandard galt als wertstabil, besitzt Fundament (Vgl. Carruthers und Babb, 1996). Die Kaufkraft des Geldes verhält sich jedoch relativ zu den Preisen. Preise sind nicht zeitlich unabhängige Orientierungshilfen für wirtschaftliche Prozesse, sondern unterstehen gesellschaftlichen evolutionären Entwicklungen. Wirtschaftliche Prozesse verfügen damit über eine Zeitdimension, die für die Preistheorie von wesentlicher Bedeutung ist. Neben der Zahlung (Sozialdimension) und Allokation von knappen Gütern (Sachdimension), steht somit die Zeitdimension wesentlich im Vordergrund von Gesells Geldtheorie. Wer Krisen aus-sitzen kann, kann günstiger Wertpapiere und Güter kaufen, Geld zurückhalten bis Preise wegen mangelnder Nachfrage fallen, soweit, dass Anbieter ihre Waren zu Dumpingpreisen los werden müssen.<sup>3</sup> Silvio Gesell schlägt als Lösung vor, dass Geld kontinuierlich an Wert verlieren müsse. Das heisst Geld selbst bekommt einen Preis.

„Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, kann allein sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Man gibt dann nur noch die eigene Ware gegen Geld her, weil man das Geld als Tauschmittel braucht, nicht, weil man vom Besitz des Geldes einen Vorteil erwartet.“ (Gesell, 1949: 182)

Dank dem von Silvio Gesell so konzipierten Freigeld, würden die Vorteile, die auf die Wertbeständigkeit des Geldes zurück zuführen sind, verschwinden. Das Experiment von Mörgle, wo Freigeld eingeführt wurde, wird von den Anhängern der

---

3 Ökonomische Theorien stellen einfache und verständliche Modelle zur Verfügung, um die Mechanismen der Preisbildung besser zu verstehen. Über die Nachfrage- und Angebotskurve wird der „optimale Preis“ ermittelt. Das heisst, es wird angenommen, dass einzelne Akteure soweit Ihr Angebot und Nachfrage wechselseitig koordinieren, bis für alle – unter Berücksichtigung der Grenzkosten und Grenznutzen – der optimalste Preis herauskommt. In einer seiner berühmtesten Aufsätzen hat Friedrich von Hayek (Vgl. 1945) die These aufgestellt, dass eine freie Preisbildung zwischen Marktakteuren immer effizienter sei im Gegensatz zur Idee, dass Preise über eine Zentralstelle gebildet werden. Mehrere Akteure wissen über die aktuelle Marktsituation besser bescheid, als eine technokratische Verwaltungstelle. Obwohl das Wissen unterschiedlich verteilt ist, nimmt Hayek dennoch an, dass der über den Markt gebildete Preis die tatsächliche Marktsituation am besten abbildet. Preise können demnach unter Vorbehalt als sozialwissenschaftliche Indikatoren für die Verteilung von Knappheiten betrachtet werden.

Freiwirtschaftslehre immer wieder als Erfolgsmodell genannt. Wörgle, eine Ortschaft in Österreich, liegt zwischen den Städten Innsbruck und Salzburg. Im Kontext der damaligen Grossen Depression in den 30er Jahren versuchte Wörgle mit Schwundgeld im Sinne von Silvio Gesell die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. So heisst es im Klappentext der fünften Auflage „Das Experiment von Wörgl“ 2011;

„Das Experiment von Wörgle war der einzige praktische Versuch, die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell umzusetzen. Er wurde nach eineinhalb Jahren von staatlicher Seite verboten. In der Zwischenzeit jedoch (1932/33) erlebte die Gemeinde Wörgl in Österreich mit ihrem Freigeldversuch einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Weltwirtschaftskrise“ (Schwarz, 2007: Klappentext).

Diese Idee hatte schon den Ökonomen Irving Fisher beeindruckt, da sogenanntes „Schwundgeld“ als Konsequenz schneller ausgegeben wird (Vgl. Millon, 2011). Millon beschreibt die freiwirtschaftlichen Versuche in Amerika während der Grossen Depression. Auch in der Schweiz entwickelte sich anfangs des 20. Jahrhundert die freiwirtschaftliche Bewegung. Sie formulierte als Reaktion auf die wirtschaftliche Krise, gestützt auf Silvio Gesell Theorie, geldpolitische Ziele. Für den Freiwirtschaftsbund war Wirtschaftspolitik primär Geldpolitik. Sie stützte sich auf die von Irving Fisher entwickelte monetären Quantitätstheorie (Vgl. Fisher, 1985 und 1965). Gemäss der Quantitätstheorie hat die Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit einen Einfluss auf das Preisniveau und deren Entwicklung (Inflation oder Deflation).  $\text{Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit} = \text{gehandelte Menge} \times \text{Preisniveau}$ . Daraus ergibt sich für Ökonomen die Annahme, dass wenn die allgemeine Geldmenge unabhängig von der wirtschaftlichen Produktivität steigt, sich das Preisniveau erhöht. Anfangs des 20. Jahrhundert führte die 1907 gegründete Schweizerische Nationalbank eine Geldpolitik gestützt auf Gold. Durch kriegsbedingte Verwerfungen wurde der internationale Goldstandard brüchig. Nach einer längeren Inflationsphase, herrschte Deflation, dass heisst wegen der Verknappung des Geldes

wurde der Wert des Geldes höher, so dass mit der gleichen Geldmenge mehr Güter gekauft werden konnte. Die deflationäre Phase hatte auf den Konsum eine fatale Wirkung, denn zukünftig konnte mit Geld mehr gekauft werden. Als Konsequenz wurde es gehortet mit dem Effekt des Zusammenbruchs der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage. Nimmt das Preisniveau wie im Falle einer Deflation ab, bleibt der Wert des Geldes nicht gleich, sondern nimmt zu. Im Falle der Inflation verliert die Währung ihre ursprüngliche Kaufkraft. Um die Mechanismen der Inflation und Deflation zu verhindern, und so auch die Grundlage für das Schwundgeld zu ebnet, lancierte die freiwirtschaftliche Bewegung in der Schweiz (LSPS) die Kaufkraftinitiative, über die am 15. April 1951 abgestimmt wurde. Sie wurde jedoch mit 87,6 Prozent abgelehnt. Ziel der Initiative war es eine sogenannte Indexwährung einzuführen, die als Grundlage zur Einführung des Freigeldes dienen sollte. Anhand eines Konsumentenwarenkorb sollte das Preisniveau innerhalb der Schweiz konstant gehalten werden – Inflation und Deflation wären kein Thema mehr. Gleichzeitig sollte damit der Goldstandard abgelöst werden. Mit einer durch Gold gedeckte Währung konnte wegen der Bindung an das physische Metall nicht beliebig die Geldmenge ausgeweitet oder eingeschränkt werden. Die Indexwährung hätte auf die Preisentwicklungen aufgrund der aktuellen Marktsituation geldpolitisch reagieren können, um das allgemeine Preisniveau zu halten. Die Initiative wurde aber zu spät in den Nachkriegsjahren lanciert, weshalb sie keine Chance mehr hatte.

Nun soll anhand der freiwirtschaftlichen Bewegung in der Schweiz eine Soziologie monetärer Krisen in Grundrissen entwickelt werden. Ziel ist es, monetäre Krisenentwicklungen aus einer soziologischen Perspektive hin zu verstehen und zu erklären. Am Beispiel von der Schweizerischen Freiwirtschaftsbewegung – verkörpert durch Fritz Schwarz und Hans Konrad Sonderegger – soll die Theorie an einem Fallbeispiel durchdacht werden. Für die theoretische Einbettung der Soziologie monetärer Krisen wird die luhmannsche Systemtheorie eingebunden.

Die Theorie wird anhand eines explorativen Fallbeispiels aufgezoen. Dabei folgen wir der theoretischen Figur der Trinität von Medium-Sozialstruktur-Semantik.

Innerhalb des Wirtschaftssystems dient Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium. Allgemein wird Geld als Tausch- Zahlungs- und Werterhaltungsmittel verstanden. Wir werden alle drei Funktionen später genauer erörtern. Dann wird die Funktion der Sozialstruktur geklärt. Die Sozialstruktur wird anhand der verschiedenen Differenzierungsformen aufgeschlüsselt. Einerseits als gesellschaftlicher Kontext, andererseits aber auch innerhalb des Funktionssystems Wirtschaft selbst. Als methodologische Grundlage dient die semantische Analyse von historischen Quellen, womit die empirische Kopplung der Theoriebildung gewährleistet sein dürfte. Um eine semantische Analyse durchführen zu können, zeigen wir aktuelle Diskussionspunkte innerhalb der Systemtheorie hinsichtlich ihres Semantikbegriffs. Für die semantische Analyse werden historische Quellen herangezogen. Die Rede von Ständerat Sonderegger wird zwei Dokumenten der Vereinigung für gesunde Währung gegenübergestellt, die auch von der SNB unterstützt wurde. Historisch lässt sich der Schwerpunkt der semantischen Analyse zwischen 1930 und 1936 verorten. Weitere Quellen werden für die Kontextualisierung herangezogen, womit sich der zeitliche Rahmen von 1914 bis 1943 ausdehnt. Aus den Ergebnissen wird sichtbar, welche semantische Konzepte im politischen Diskurs gegenüber gestellt wurden. Das erste Konzept unterscheidet hinsichtlich der Verantwortung gegenüber der gerechten Verteilung von Gütern zwischen Staat und Markt. Das zweite Konzept bezieht sich auf die Differenz Nationalität/Internationalität und das dritte Konzept auf die semantische Unterscheidung zwischen der Möglichkeit und Unmöglichkeit der Steuerung des Wirtschaftssystems. Das vierte Konzept unterscheidet zwei epistemologische Perspektiven auf Preise generell. Preisentwicklungen können entweder als volkswirtschaftlicher Durchschnitt über einen Warenkorb abgebildet werden, oder es werden spezifische Preisentwicklungen auf Güter- und Dienstleistungsebene in den Fokus gestellt. Ziel der Arbeit ist ein soziologisches Forschungsprogramm zu entwickeln, um zukünftig auf der Grundlage der Prämisse von der Trinität Medium- Sozialstruktur und Semantik, wirtschaftspolitische Vorgehensweise, bezogen auf



monetäre Krisen, analysieren zu können.

## 2. Geld- und Finanzsoziologie

In diesem Kapitel werden die theoretischen Grundlagen für die Entwicklung einer Soziologie monetärer Krisen vorgestellt. Zuerst werden wichtige Klassiker der Wirtschaftssoziologie vorgestellt. Später werden zeitgenössische Vertreter der Geld-, Finanz-, und Wirtschaftssoziologie vorgestellt. Dabei wird bewusst eine breite Perspektive gewählt. Der Komplexität der Sache werde ich so zwar nicht gerecht, ist im Rahmen einer Masterarbeit aber auch gar nicht möglich. Es geht in erster Linie darum, sich in den allgemeinen Common Sense der Scientific Community einzustimmen. Wenn von allgemeinen wirtschaftlichen Prozessen die Rede ist, stehen Warentausch und die Verteilung von Gütern im Vordergrund.<sup>4</sup> Von dieser Idee abgeleitet lässt sich dann auch die Wissenschaft der Ökonomie (altgriechisch. Oikos 'Haushalt' und Nomos 'Gesetz/Regel') begründen, die sich mit dem Phänomen der „Haushaltsführung“, genauer der Verteilung von Ressourcen beschäftigt. Anfangs noch im eigentlichen Sinne eine Haushaltsführung, differenzierte sich Produktion und Konsum im Zuge der allgemeinen Arbeitsteilung in verschiedene Bereiche aus.

Die wirtschaftlichen Veränderungen innerhalb des Okzidents wurden von zahlreichen Autorinnen und Autoren beschrieben und gelten in vielerlei Hinsicht auch als die Geburtsstunde der Soziologie. Zwar ist es nicht das eigentliche Thema der Masterarbeit, doch gehört die These der protestantischen Ethik von Max Weber (1904/2010) zum Kanon eines soziologischen Grundstudiums, wie auch das Werk von Emile Durkheim (1893/2008) über die Arbeitsteilung und die Philosophie des Geldes von Georg Simmel (1900/2001). Alle drei Autoren haben sich mit wirtschaftssoziologischen Themen beschäftigt. Durkheim schrieb über die Arbeitsteilung (Sozialstruktur), Weber suchte in der protestantischen Ethik die Grundlagen für die Entstehung des Kapitalismus (Kultur) und Simmel beschäftigte

---

<sup>4</sup> Später werden wir sehen, dass diese Perspektive eine allzu alltägliche Sichtweise ist. Wesentlich bedeutsamer wurden und sind Zahlungen, die an Zahlungen anschliessen. Heute geschehen sie zum grösstenteils im Hintergrund auf elektronischer Ebene in Form von Buchgeld. Eigentliches Bargeld hat wesentlich an Bedeutung verloren und macht nur einen kleinen Teil der verfügbaren Geldmenge aus.

sich mit dem Geld (Medium). Meine Zuordnungen sind nun etwas gar grob ausgefallen, doch es geht mir auch vielmehr darum, aufzuzeigen, dass die Soziologie mit ihren Klassikern über eine sehr gute Basis für die Legitimation der These der Trinität von Medium-Sozialstruktur-Semantik verfügt. Emile Durkheim bemerkte in seinem Werk 'De la Division du travail social'<sup>5</sup> (1893/2008) die in der Soziologie wohl berühmteste Zitation:

„Wie geht es zu, dass das Individuum, obgleich es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt? Wie kann es zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer sein? Denn es ist unwiderleglich, dass diese beiden Bewegungen, wie gegensätzlich sie auch erscheinen, parallel verlaufen. Das ist das Problem, das wir uns gestellt haben. Uns schien, dass die Auflösung dieser scheinbaren Antinomie einer Veränderung der sozialen Solidarität geschuldet ist, die wir der immer stärkeren Arbeitsteilung verdanken.“ (Durkheim, 2008: 82).

In der allgemeinen Geschichtswissenschaft wird dieses Phänomen unter dem Begriff der „industriellen Revolution“ thematisiert. Im allgemeinen historischen Diskurs gilt die Ansicht, dass durch technische Verbesserungen innerhalb der Landwirtschaft, sowie durch die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse sich eine grosse Basis an Arbeitern ausbilden konnte. Zusammen mit dem „demographischen Übergang“ (Senkung der Sterblichkeitsrate bei gleichzeitig konstant hoher Geburtsrate, später Angleichung der Geburtsrate an Sterberate) und der Ausdifferenzierung einer wirtschaftlichen Kapitalesemantik (Produktionsfaktoren, Humankapital, Ressourcen etc.), konnte sich das Funktionssystem Wirtschaft ausbilden. Produktionsfaktoren wurden wichtiger, die Rentabilität von Investitionen wurde zunehmend thematisiert wie auch die Effizienz und Effektivität von wirtschaftlichen Prozessen.

Ein sehr berühmter Aufsatz innerhalb der Soziologie wurde vom Klassiker Max

---

<sup>5</sup> Emile Durkheim (2008) interessierte sich vor allem für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die sich aus seiner Perspektive von der mechanischen (vormodernen) Solidarität hin zur organischen (funktional differenzierten) Solidarität verschiebte. Die zunehmende funktionale Ausdifferenzierung und Ausbildung von spezialisierten Subsystemen innerhalb von Funktionssystemen beeindruckte Durkheim, wobei die allgemeine Arbeitsteilung bei Durkheim noch stärker auf die Wirtschaft ausgelegt war. Die zunehmende Verflechtung und Abhängigkeit der einzelnen Prozesse und gleichzeitige Individualisierung führte zur Frage, wie in „modernen Gesellschaften“ Sozialität – wenn nicht durch Moral - überhaupt noch möglich sei.

Weber (2010) verfasst, der mit seinem Aufsatz „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ die kulturellen Entwicklungen wie die Entstehung der Prädestinationslehre, aber auch andere Faktoren, wie die von den Protestanten geforderte *sola scriptura* und von Martin Luther geförderte Berufsethik, für die Entstehung des Kapitalismus verantwortlich machte. Gerade die Entstehung einer neuen Berufssemantik, sowie die Prinzipien der *sola scriptura* und Betonung der Eigenverantwortung für das persönliche Seelenheil, förderten die arbeitsteilige Wirtschaftsordnung. Obwohl Emile Durkheim und Max Weber zu den beeindruckendsten Analytikern der neueren Zeit gehören und als Mitbegründer der wissenschaftlichen Disziplin Soziologie gelten, ist für die Geld- und Finanzsoziologie das besonders wichtige Werk von Georg Simmel „Philosophie des Geldes“ (2001) zu erwähnen. Geld und Zeit stellen für Simmel die zwei wichtigsten Recheneinheiten für die Moderne dar. Aus diesen beiden Faktoren lässt sich rational die wirtschaftliche Rentabilität messen. Die Produktivität der Arbeit lässt sich in einer einfachen Formel ausdrücken; Geldeinheit geteilt durch die benötigte Zeit. Beide Faktoren sind knapp. Dabei gilt, je mehr Geldeinheiten pro Zeiteinheit produziert werden können, desto höher die Rentabilität. Alle drei Autoren haben für die Entwicklung des modernen Kapitalismus wichtige Veränderungsprozesse beschrieben. Aus der Logik des gewählten Forschungsprogramm der Trinität von Sozialstruktur-Medium-Semantik ergibt sich aus diesen drei Autoren ein gesamtheitliches Bild.

Gemäss Deutschmann (2000) muss zukünftig das Verhältnis der Soziologie zur Geldtheorie neu ausgehandelt werden. Für ihn ist eine Rückkopplung an die Geldtheorie von Simmel notwendig. Zweitens erhofft er sich Erkenntnisgewinne, wenn im Gegensatz zur heutigen funktionalistischen Perspektive der aktuellen Wirtschaftssoziologie das „absolute Verständnis von Geld“ bei Simmel wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Kapitalismus und Geldtheorie stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander (Vgl. Deutschmann 2008/2009). Das moderne Wirtschaftssystem hat dabei immer wieder monetäre Krisen durchlebt. Eine

monetäre Krise kann jedoch nicht nur funktional beschrieben werden, sondern geht auch Hand in Hand mit der Ausbildung einer bestimmten Krisensemantik. Beispiele dafür wäre zum Beispiel die Kritik der Spekulation, die erst in einem ideologischen Kontext (Semantik) sich ausbilden kann. Die Semantik ist zwar nicht Ursache der eigentlichen Krise (z.B. Bildung einer durch Spekulation ausgelöste Bankenkrise) aber als Reflektor trotzdem aufschlussreich bei der Analyse der monetären Krise. Denkbar sind aber auch noch andere Formen von Kritiksemantiken. Die Kritik der Ausbeutung und der Soziale Ungleichheit sind Phänomene, die den Kapitalismus begleiten, jedoch selten den Kapitalismus als solches komplett in Frage stellen. Im Gegenteil erweist sich der Kapitalismus als sehr anpassungsfähig und vermag sich den Kritiken anzunehmen. Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) konnten die Veränderungen innerhalb der Ideologie des Kapitalismus in ihrem berühmten Werk „Der neue Geist des Kapitalismus“ sehr gut aufzeigen und begründeten damit eine Soziologie der Kritik. Wie können wir nun Veränderungen beschreiben? Wenn wir uns an den Analysen von Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) halten, haben wir zugleich die Antwort auf die vorhin gestellt Frage. Semantiken können sich im Laufe der Zeit ändern und besitzen einen massgeblichen Einfluss auf die Sozialstruktur – hier im Falle des Kapitalismus. Dabei findet, wie Luc und Chiapello (2003) anhand der Management-Literatur aufzeigen konnten, nicht etwa ein radikaler Bruch statt, sondern vielmehr eine fließende Verschiebung von Deutungshoheiten. Die semantische Analyse erlaubt so den Blick für strukturelle Veränderungen zu schärfen. Eine zweite Möglichkeit besteht über die Beobachtung von Veränderungsprozessen innerhalb der eigentlichen Sozialstruktur. Dies können wir einerseits über die Verortung des Individuums innerhalb der Gesellschaft tun, wie es bereits Emile Durkheim (2008) versuchte. Wenn das Individuum nicht mehr in Verwandtschaftsverhältnisse und ständische Ordnungen eingebettet ist, wie sieht dann die „moderne Alternative aus? Die Arbeitsteilung integriert Individuen über den Arbeitsprozess. Nicht mehr über Familien und Stände sind Individuen inkludiert, sondern die Inklusion findet neu polykontextual und sachspezifisch statt. Durch die

Arbeitsteilung wird der Beruf für den einzelnen zu einem wichtigen Lebensinhalt. Aus sozialstrukturellen Veränderungen lassen sich dann auch umgekehrt neue semantische Konzepte ausführen. Nicht mehr Subsistenzwirtschaft, sondern Gelderwerb und Berufsethik steht im Vordergrund. Für den modernen Individualismus und ihrer semantischen Ordnung scheint aber auch ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium wie Geld unabdingbar, wie bereits Georg Simmel (2001) zeigen konnte. Ohne ein unpersönliches und allgemein akzeptiertes Tausch- und Zahlungsmittel wären die Transaktionskosten für wirtschaftliche Prozesse zu hoch, wie es beispielsweise beim Tauschhandel noch der Fall war. Die Senkung von Transaktionskosten erlaubt es nun für einen grösseren Markt zu produzieren, so dass sich Individuen und Organisationen spezialisieren konnten. Die Arbeitsteilung als neues sozialstrukturelles Phänomen wäre ohne ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium Geld nicht möglich gewesen. Hier sind wir bereits bei der Beschreibung von Veränderungsprozessen auf der Ebene des Kommunikationsmediums angekommen. Wenn wir nun monetärer Krisen beschreiben wollen, müssen wir die semantischen und sozialen Strukturen wie auch die Eigenschaften von Kommunikationsmedien im Auge behalten. Diese Vorgehensweise scheint jedoch aufgrund der Gegenüberstellung von Struktur und Kultur (Semantik) nicht einfach. Während Max Weber durch die verstehende und erklärende Methode kultursoziologisch arbeitete, differenzierte sich die soziologische Beobachtung immer weiter in eine primär strukturalistische aus. Dies führte unter anderem auch zur Kritik von zu starren strukturalistischen Sozialtheorien. Heute wird jedoch zunehmend wieder versucht, den Kultur-Struktur Dualismus zu überwinden. Besonders die neuere amerikanische Wirtschaftssoziologie beschäftigt sich mit dem Thema der Differenz von Kultur und Struktur, die seit dem cultural turn stärker thematisiert wurde.

„Sie geht einerseits von einer netzwerk- und somit informationstheoretischen Strukturanalyse mit dem Schlüsselkonzept der 'Embeddedness' aus, andererseits von kultursoziologischen Konzepten, die die soziale Konstruktion und kulturelle Prägung ökonomischer Phänomene unterstreichen.“ (Bohn, 2009: 6).

Ich folge dabei zum Teil dem Vorschlag von Deutschmann (2000) und stelle das Medium Geld in den Mittelpunkt meiner Analyse, ohne dabei jedoch strukturelle und semantische Effekte zu ignorieren. Der Fokus auf das Medium Geld begründet sich durch die Entstehung eines eigentlichen Geldmarktes (Vgl. Luhmann, 1994) innerhalb des Wirtschaftssystems. In der Wirtschaftssoziologie differenzierte sich gemäss Bohn (2009) eine Sociology of Finance heraus, die globale Finanzmärkte und Finanzorganisationen untersucht. Die Ausdifferenzierung einer spezifischen Finanzsoziologie macht auch deshalb Sinn, weil in der neueren Zeit davon ausgegangen werden kann, dass realwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Transaktionen zum Teil entkoppelt sind. „The volume of foreign exchange transactions is close to 1500 trillion dollars a day, which is more than seventy times the daily volume of international trade of goods.“ (Goldfinger, 2000: 72 / zitiert aus Bohn, 2009: 12). Wir müssen also davon ausgehen, dass sich innerhalb des Wirtschaftssystems eine komplexe Binnendifferenzierung ausgebildet hat (Vgl. Bohn, 2009), die unter anderem auf die spezifische Eigenlogik des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Geld zurück zuführen ist.

Die Bedeutung des Geldes kann in der modernen Gesellschaft nicht unterschätzt werden, da das Medium Geld eng mit den semantischen und sozialstrukturellen Bedingungen verknüpft ist. Sich mit dem Thema monetäre Krisen zu beschäftigen ist insbesondere deshalb soziologisch hoch interessant, weil sobald das Vertrauen in das Geld- und Finanzsystem erheblich erschüttert ist, entweder an apokalyptischen (Ende der westlichen Kultur) oder chiliastischen (Überwindung des Kapitalismus , Kommunismus und Sozialismus als notwendige Ablösung des Kapitalismus etc.) Diskursen angeknüpft werden. Unabhängig davon, ob die ursprüngliche Funktion des Wirtschaftssystems, nämlich die Versorgung der Gesellschaft mit Gütern wesentlich beeinträchtigt wäre, denn die industrielle Produktion unterscheidet sich zumindest in der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung zunehmend von den Aktionen der Finanzwirtschaft. Sie scheinen miteinander gekoppelt, doch kann zunehmend von Subsystemen innerhalb der Wirtschaft gesprochen werden. Später werden wir dies

anhand der Beschreibung der Sozialstruktur des Funktionssystems Wirtschaft genauer betrachten (Vgl. Bohn, 2009).

## ***2.1 Das Medium Geld – und seine politische Natur***

Wenn in der Soziologie von Geld die Rede ist, so kann sie Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium begreifen. Die dafür notwendigen theoretischen Voraussetzungen wurden in der Systemtheorie von Niklas Luhmann (Vgl. 1987, 1998a) erarbeitet. Zuerst werden wir nun auf die Kommunikationstheorie von Niklas Luhmann eingehen, um später spezifisch die Eigenarten des Medium Geldes genauer zu fassen. Dabei gehen wir auf drei immer wieder genannte Funktion des Geldes ein. Zum Schluss werden wir kurz die wesentlichen Entwicklungen in der Geschichte des Geldes in der neueren Zeit behandeln.

Die allgemeine Systemtheorie begreift Kommunikation als Letztelement sozialer Systeme und grenzt soziale Prozesse vom Subjekt ab. Nicht Individuen, Menschen oder psychische Systeme kommunizieren, sondern soziale Systeme. Dabei lässt sich Luhmann von der These der Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation leiten (1993). „Kommunikation ist unwahrscheinlich. Sie ist unwahrscheinlich, obwohl wir sie jeden Tag erleben, praktizieren und ohne sie nicht leben würden.“ (Luhmann, 1993: 26). Um die These besser verstehen zu können, schlägt uns Luhmann vor, Kommunikation nicht als Phänomen zu betrachten, sondern als Problem. Er schlägt drei problematische Umstände vor, die hier kurz erläutert werden sollen. Das erste Problem besteht darin, dass einzelne Individuen sich nicht gegenseitig in die Köpfe reinschauen können. Was mitgeteilt wird, unterscheidet sich demnach erheblich von dem, was dem Mitteilenden an Informationen zur Verfügung steht. Verstehen ist somit die Differenz von Mitteilung und Information. Der Verstehende weiss darum und kann wiederum das Mitgeteilte neu bewerten im Sinne der Kontextualisierung des Mitgeteilten im Hinblick auf seine Erfahrungen. Die zweite Unwahrscheinlichkeit bezieht sich gemäss Luhmann (Luhmann, 1993: 26 .) auf das Erreichen des Adressaten. Räumliche und zeitliche Differenzen zwischen Mitteilung und Verstehen verschärfen das Problem. Kommunikation unter Abwesenden kann

durch die fehlende Interaktion eher abgelehnt werden. Ein Buch muss nicht unbedingt gelesen werden, das Radio oder der Fernseher muss nicht angeschaltet werden. Die dritte Unwahrscheinlichkeit betrifft den Erfolg der Kommunikation.

„Mit kommunikativen Erfolg meine ich, dass der Empfänger den selektiven Inhalt der Kommunikation (die Information) als Prämisse des eigenen Verhaltens übernimmt, also an die Selektion weitere Selektionen anschliesst und sie dadurch in ihrer Selektivität verstärkt. Annehmen als Prämisse eigenen Verhaltens kann dabei bedeuten: Handeln nach entsprechenden Direktiven, aber auch Erleben, Denken und weitere Kognitionen Verarbeiten unter der Voraussetzung, dass eine bestimmte Information zutrifft.“ (Luhmann, 1993: 26/27)

Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien wie zum Beispiel Geld steigern den Erfolg der Kommunikation. Die Leistung dieser Medien beschreibt Luhmann (1998a: 320) als *„laufende Ermöglichung einer hoch unwahrscheinlichen Kombination von Selektion und Motivation.“* Die Einschränkung der Selektionsmöglichkeiten (Konditionierung der Selektion) wird aufgrund der erheblich gesteigerten Erwartungssicherheit selbst zur Motivation. Solange Geld seine Funktion als Zahlungsmittel erfüllen kann, werde ich Zahlungen akzeptieren mit der Gewissheit, später selbst zahlen zu können. Was in der Psyche des Einzelnen vorgeht, wird dann sekundär. Die Frage wieso jemand sein Geld für etwas Bestimmtes ausgeben will, ist für den Zahlungsablauf selbst irrelevant. Das wäre die erste Funktion des Geldes. Geld kann als Zahlungsmittel genutzt werden. (Luhmann, 1994: 131) Zusätzlich kommt aber im Funktionssystem Wirtschaft noch die Bedingung hinzu, dass Geld selbst ein knappes Gut bleibt. „Derjenige, der die Zahlung erhält, wird entsprechend zahlungsfähig. Derjenige, der die Zahlung leistet, wird entsprechend zahlungsunfähig. (Luhmann, 1994: 134) Die Knappheit des Geldes kann für Kreditgeschäfte ausgenutzt werden. Das heisst, der Gläubiger ist in der Lage vom Schuldner Zins für kurzfristig zur Verfügung gestelltes Geld zu verlangen. Kredite können wir als Form von Zahlungsversprechen beschreiben (Vgl. Baecker, 1991). Der Gläubiger erhält dabei für den zeitlichen Verzicht auf seine eigene Zahlungsfähigkeit eine Entschädigung, den Zins. Geld und Kredit sind



demnach zwei unterschiedliche Konzepte. Die Knappheit des Geldes ist Bedingung für die zweite Funktion des Geldes, nämlich der Werterhaltungsfunktion. Der Zahlende kann sein Geld auch vorerst zurückbehalten, mit der Gewissheit, seine Zahlungsfähigkeit für spätere Zwecke einzusetzen. Weil das Geld selbst als knappes Gut wahrgenommen wird, bleibt die Nachfrage nach Geld erhalten. Dieser Überschuss an Zahlungsfähigkeit kann dann in Form eines Kredits an Dritte weitergegeben werden. Damit verzichtet der Gläubiger für einen gewissen Zeitraum auf seinen Überschuss an Zahlungsfähigkeit. Steht jedoch Geld nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung oder wird sogar künstlich durch Hortung verknappt, können sich auch wieder alternative Formen des Wirtschaftens etablieren. Sozialhistorische Analysen untersuchten den Kreditgebrauch in der frühen Neuzeit, in dem Gerichts- und Notariatsurkunden untersucht wurden, aber auch andere Dokumente. Hier zeigt sich dann auch die Differenz zwischen Kredit und Geld. Weil Geld früher ein knappes Gut war – unter anderem deshalb, weil der Goldstandard die zirkulierende Geldmenge einschränkte – waren Schuldverschreibungen häufige Lösungen.

„Die bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts am weitesten verbreitete Kreditform war wohl der Kleinkredit für die Dinge des täglichen Bedarfs, wie wir ihn in den Anschreibebüchern von Kaufleuten oder Handwerkern finden. Ein Grund für die Massenhaftigkeit dieser Kreditform lag nach Craig Muldrew im Münz- und Bargeldmangel der frühneuzeitlichen Gesellschaften. Wie verschiedene Studien zu Anschreibebüchern von Kaufleuten aus dem 19. Jahrhundert belegen, wurden solche Kredite häufig nicht bar, sondern mit Gegenleistungen wie Arbeit, Dienstleistungen oder auf dem Land mit der Lieferung von Produkten wie Butter, Fleisch oder Getreide verrechnet. Im Hintergrund des Kleinkreditwesens stand also durchaus die Idee der Reziprozität des Tausches.“ (Lipp, 2007:18)

Durch den Mangel an Geld wurden Zahlungen durch Zahlungsversprechen ersetzt. Der wirtschaftliche Handel wurde somit auch ohne ein Zahlungsmittel möglich, wobei die Form des Kleinkredites gemäss Lipp (2007) eher wieder dem Tauschhandel glich, mit dem Unterschied, dass sehr wohl ein monetäres Bewusstsein festgestellt werden konnte. Das heutige Bargeld in Form von Papiergeld ist eine

prinzipiell neuzeitliche Erscheinung. Galbraith (1976) untersuchte die Experimente in Amerika mit alternativen, das heisst von Gold unabhängigen Geldformen. Grund für die Experimente mit Papiergeld sucht Galbraith nicht wie Andere in der kolonialen Struktur von Amerika, sondern in der These von Gresham;

„Den Kolonisten fehlte es ständig an Geld, wie man in jedem Geschichtsbuch nachlesen kann. Man erklärt diesen Mangel fast überall mit dem Fehlen örtlicher Gold- und Silberquellen und mit der Handelspolitik des Mutterlandes, das nach dem merkantilistischen Grundsatz, dass jeder Reichtum von Bedeutung aus Gold und Silber bestehe, diese Edelmetalle den Siedlern unbekümmert wieder wegnahm. Beide Erklärungen sind unwahrscheinlich. Viele Länder oder Gemeinschaften besaßen relativ viel Gold und Silber ohne die dazugehörigen Bergwerke. Venedig, Genua, Brügge hatten keine Goldminen. Während die Kolonisten ihre Einkäufe in England mit harter Münze bezahlen mussten, besaßen sie andererseits Erzeugnisse – Tabak, Pelze, Schiffe, Transporteinrichtungen –, für die die britische Kaufleute gern bereit gewesen wären, Gold und Silber auszugeben. Viel einleuchtender ist, dass sich in dem Mangel an Hartgeld bei den Kolonisten wieder einmal die These von Gresham manifestiert. Seit den frühesten Anfängen experimentierten die Kolonisten mit Ersatzlösungen für das Edelmetall. Diese Ersatzmittel wurden, da sie weniger galten als Gold oder Silber, von Hand zu Hand weitergegeben und auf diese Weise im Umlauf gehalten. Das gute Gold oder Silber wurde zurückgehalten oder für solche Einkäufe, einschliesslich derer im Mutterland, verwendet, für die das Ersatzgeld nicht akzeptiert wurde.“ (Galbraith, 1976: 55)

Die Unterscheidung zwischen „good money“ und „bad money“ führte dazu, dass Akteure Gold und Silber aufgrund ihrer Werterhaltungsfunktion horteten. Als Ersatz diente Papiergeld, das freizügig ausgegeben wurde. Stand jedoch Papiergeld wie im Beispiel von Lipp (2007) nicht zur Verfügung, dienten Ersatzformen für den Erwerb von Gütern als Lösung. Die Knappheit des Medium Geldes führte dazu, dass vermehrt mit Zahlungsversprechen gehandelt wurde. Dahinter versteckt sich die letzte und dritte Funktion des Geldes, denn Geld wird allgemein auch als Tauschmittel beschrieben. Denn wie Lipp (2007) historisch aufzeigt, wurden zwar Kredite in monetärer Form gesprochen, dienten aber für den Tauschhandel eher als Rückversicherung denn als Zahlungsmittel. Jedoch erscheint mir die Perspektive Geld als Tauschmittel zu beschreiben unter anderem auch deshalb problematisch,

weil durch die Dynamik des Kreditwesens und der Finanzindustrie Geld selbst nicht nur eine feste Grösse darstellt, das als neutrales Tauschmittel überall eingesetzt werden kann, sondern inflationären und deflationären Tendenzen unterworfen ist. Durch die Mechanismen der Geldschöpfung und das Kreditwesen erhöht sich die interne Komplexität des Wirtschaftssystems, weil Geld an sich nicht eine feste Grösse darstellt, sondern sich relativ zum Preisniveau verhält. Zwar können wir davon ausgehen, dass im Alltag Geld durchaus als Tauschmittel für Waren betrachtet werden kann. Vorerst können wir aber davon ausgehen, dass die Beschreibung von Geld als Zahlungsmittel die Situation adäquater beschreibt.

Die Sicherstellung des Funktionieren eines Zahlungsablaufs gelingt dadurch, dass die Gesellschaft mit dem symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium Geld die Erwartungserwartung institutionalisierte, dass beim Beobachten einer Zahlung und der damit verbundene Zugriff auf ein knappes Gut, gleichzeitig das Geld für den Zahlenden knapper wird. Durch die gleichzeitige Beobachtung, dass für denjenigen, der zugegriffen hat, Geld wiederum knapper zur Verfügung steht, dank dieser Doppelseite einer Zahlung, nämlich Verlust der Zahlungsfähigkeit eines Akteurs auch gleichzeitig die Erneuerung der Zahlungsfähigkeit für Ego bedeutet, stellt sich in der Geldwirtschaft ein befriedender Moment ein (Vgl. Luhmann, 1994). Die Doppelseite von Zahlungsmittelgeber und Zahlungsmittelnehmer der Zahlung widerspiegelt die soziogenetische Natur des Geldes. Geld kann dann nicht als Tauschmittel beschrieben werden, weil es an sich nichts wert ist, sondern sich erst durch die soziale Konvention des Geldgebrauchs selbst stabilisieren kann. Geoffrey Ingham, ein Soziologe der sich mit dem Thema Geld beschäftigt hat, sieht im Medium Geld selbst eine soziale Beziehung. (Ingham 2004: 12). Geld ist für ihn eine soziale Beziehung zwischen Schuldner und Gläubiger.<sup>6</sup> In diesem Sinne erscheint dann auch

---

6 Eine in der allgemeinen Ökonomie beliebtes Gedankenexperiment zeigt auf, wie theoretisch neues Geld ohne staatliche Legitimation entstehen kann. Das Beispiel bestätigt die Annahmen von Geoffrey Ingham (2004): „Wenn Sie für 30 Franken in ihrem Stammlokal gegessen, leider aber das Geld zu Hause vergessen haben, könnten Sie dem Wirt einen schönen geschriebenen Zettel hinterlassen, auf dem Sie bestätigen, dass Sie ihm 30 Franken schulden. Vielleicht fährt der Wirt an diesem Abend mit dem Taxi nach Hause. Kennt der Taxifahrer Sie als vertrauenswürdig, akzeptiert er vermutlich, dass der Wirt mit Ihrem Zettel bezahlt. Ist er guter Laune, ist ihm ein Schuldschein von Ihnen gleich viel wert wie 30 Franken. Sind sie in der ganzen Stadt für ihre

die Beschreibung des Geldes als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium plausibel. Die Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner wird durch den Gebrauch des Geldes gefestigt. Da jedermann zugleich Gläubiger und Schuldner ist, können Akteure sich auf das Spiel des Marktes einlassen, so dass die Entscheidung ob gezahlt wird oder nicht zum sozialen Problem wird. Die Frage, wie und wodurch das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner festgeschrieben werden soll, wird dann zu einer politischen Frage – die im modernen Staat mithilfe einer kollektiv bindenden Entscheidung gelöst werden kann. Gerade der soziale Gebrauch des Geldes, also die Zahlung als wirtschaftliche Operation, erneuert das Vertrauen in das symbolisch generalisierte Kommunikationsmittel Geld. Durch die rekursive Stabilisierung des Medium Geldes durch dessen Gebrauch, entwickelt sich gerade die verhängnisvolle Temporalität des Geldes. Da die Gesellschaft mit dem Medium

---

Seriosität bekannt, kann der das Papier sogar der Tankstelle weitergeben.“ (Beck, 2004: 263). Dieses Beispiel, entnommen aus einem Lehrmittel der vdf Hochschulverlag der ETH Zürich zeigt auf, wie aus einem zweiten Ordnung (da es eigentlich kein Geld ist, aber sich auf die 30 Franken bezieht) die Geldfunktion übernehmen kann. Ökonomen definieren im Gegensatz zu Ingham (2004) Geld sehr gerne funktional. Geld ist demnach in erster Linie ein Zahlungsmittel und dient als Grundlage für eine arbeitsteilig differenzierte Gesellschaft. In zweiter Hinsicht dient es als Wertmassstab. Über den Preis lassen sich so allerlei Güter – sei es legitim oder illegitim – bemessen. Drittens stellt Geld für Ökonomen auch ein Wertaufbewahrungsmittel dar. Die dritte Funktion von Geld hat für die zeitliche Dimension wirtschaftlicher Prozesse einen für den Kapitalismus unabdingbare Konsequenzen. Erstens ermöglicht Geld einen Konsumaufschub, lässt sich also horten und sparen. Zweitens ermöglicht das Sparen von Geld auch Kreditgeschäfte. Wenn Geld nicht für Konsum ausgegeben wird, kann es einer Drittperson geliehen werden. Dabei wird zwischen Bargeld und Buchgeld unterschieden. Das eigentliche Bargeld nimmt dabei immer stärker an Bedeutung ab. Oft ist Geld nur als Guthaben – als Ziffer – in einem Sichtkonto auf einer Bank hinterlegt. Eine Transaktion ist dann heute elektronisch ohne nennenswerten Zeitverlust auf der ganzen Welt möglich. Für den interessierten Leser ist dann noch zu erwähnen, dass Ökonomen zwischen verschiedenen Geldmengen unterscheiden. M1 bezeichnet die Geldmenge, die als Bargeld und Buchgeld auf Sichteinlagen und Transaktionskonti sofort für Zahlungszwecke verwendet werden kann. M2 schliesst M1 ein, jetzt werden aber noch alle Spareinlagen mit einberechnet. M3 schliesst M2 ein Plus alle Termineinlagen – also Einlagen, die bis zu einem bestimmten Datum für den Gläubiger nicht zur Verfügung stehen. M0 bezeichnet die Notenbankgeldmenge, wobei nicht nur Notenbanken Geld schöpfen können, sondern auch gewöhnliche Handelsbanken. Die Notenbank kann über Repo-Geschäfte, Devisenswap und Lombardkredite den Banken Geld zur Verfügung stellen und so in erster Instanz Geld schöpfen. Sie kann aber auch per Offenmarktpolitik mittels Währungskäufen und -verkäufen oder über Staatsanleihen dem Markt Geld zur Verfügung stellen. Banken können über Kreditvergabe Geld schöpfen, wobei die Intensität der Geldschöpfung als Geldschöpfungsmultiplikator bezeichnet wird. All diese Begriffe sollen den Leser nicht abschrecken, doch sind sie als ökonomisches Grundlagenwissen Voraussetzung dazu, zu verstehen, wie Ökonomen die Ursachen von Inflation und Deflation beschreiben. Die Notenbank verfügt dabei über einige Instrumente um eine effektvolle – wenn auch nicht immer absehbare – Geldpolitik betreiben zu können.

Geld eine Antwort auf die Verteilung von knappen Gütern bereit stellen will, in dem das Medium Geld als Zahlungsmittel selbst knapp gehalten wird, verursacht sie wegen der zeitlichen Gliederung von sozialen Prozessen eine systemimmanente Instabilität des Wirtschaftssystems. Produktion und Geld sind knapp, doch wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Produktionskräfte einer Volkswirtschaft übertreffen, kann es zu inflationären oder auch umgekehrt zu deflationären Tendenzen kommen. Ausgedrückt über das Preisniveau stellt Geld dann kein neutrales Gut dar, weil die Bedeutung des Geldes nicht objektiv in der Welt vorgefunden werden kann, sondern sozial konstituiert werden muss. Aufgrund der soziogenetischen Natur des Geldes beziehe ich mich auf den Aufsatz von Axel T. Paul (2009) mit dem Titel „Die Unverfügbarkeit des Geldes und die Rolle der Zentralbanken“, publiziert in der Sonderausgabe der Kölnerzeitschrift zum Thema Wirtschaftssoziologie. Für uns wichtig ist die Erkenntnis, dass Zentralbanken in der Rolle als Vermittler zwischen verschiedenen Interessengruppen Geldpolitik betreiben. Geld unterliegt gewissen Dynamiken und ist nicht neutral. Da Geld in Form einer Währung zeitlichen Dynamiken wie Inflation und Deflation unterworfen ist, spielen die Zentralbanken beispielsweise heute eine wichtige Rolle bei der Steuerung der Geldmenge, um inflationäre oder deflationäre Tendenzen zu verhindern. Sie versorgen die Wirtschaft mit dem Zahlungsmittel Geld. Zentralbanken garantieren damit den Erfolg der Kommunikation durch Neutralisierung von Anomalien und stärken so das Systemvertrauen ( Vgl. Luhmann, 2000). Sie vermitteln somit geldpolitisch zwischen verschiedenen Interessensgruppen. Treffend schreibt André Orlando in seinem Aufsatz in der Einleitung; „In a system with purely self-referential money, free of all the constraints of fixed rate convertibility, the central bank's commitment to maintaining the purchasing power of the unit of account plays a pivotal role. It is responsible both for sustaining the nominal anchorage and for stabilizing private price expectations.“ (Orléan, 2008: 7)

## ***2.2 Die Sozialstruktur des Funktionssystems Wirtschaft***

Die Differenzierung zwischen Finanz- und Realwirtschaft zwingt uns, sich mit der Sozialstruktur des Wirtschaftssystems zu beschäftigen. Erstens haben Strukturen einen Einfluss auf die Form von monetären Krisen und zweitens wird häufig dem 'Hochfinanz' die Schuld für monetäre Krisen zugeschoben. Eine anhand der Forschungsliteratur aufgezeigte, aber nicht weiter diskutierte These ist noch zu erwähnen: Monetäre Krisen lösen geldpolitische und wirtschaftspolitische Massnahmen aus. In Zeiten von monetären und wirtschaftlichen Krisen zeigt sich die 'politische Natur des Geldes' wie von Paul (2009) beschrieben. Dies hat zum einen mit den inkludierenden und exkludierenden Mechanismen<sup>7</sup> des Geldgebrauchs zu tun, wie dies nun anhand von Bohn (2009) aufgezeigt werden soll:

„(...), eine Analyse des Geldes als Medium der Wirtschaft, ist der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen. So kann gezeigt werden, dass das Medium Geld nicht nur in sachlicher Hinsicht über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zur Ökonomie durch die Ausdifferenzierung eines Sinnuniversums Wirtschaft entscheidet, sondern gerade auch in der sozialen Dimension entschieden daran beteiligt ist, wie Individuen als Personen in Ökonomie inkludiert sind; und es stellt sich die Frage, ob und in welchen Formen und Bedingungen entwickelter Geldwirtschaft ein Ausschluss aus dem Ökonomischen überhaupt denkbar ist.“ (Bohn, 2009: 7).

Ich folge dabei der These von Cornelia Bohn, „dass die Inklusion in monetäres Wirtschaften nur über den Gebrauch des Geldmediums erklärt werden kann, das schliesst die Mechanismen der Geldschöpfung mit ein, während Exklusion nur als interne Ausgrenzung oder als inkludierende Exklusion in der modernen Wirtschaft beobachtbar ist.“ (Bohn, 2009: 7). Inklusion und Exklusion lösen als Beobachtung sozialer Ungleichheit innerhalb der Soziologie Assimilations- und Integrationstheorien ab. Gemäss Bohn (2009) korreliert Luhmann die Variablen Inklusion und Exklusion strikt an die Differenzierungsformen.

---

<sup>7</sup> Mehr zum Thema Inklusion/Exklusion; Stichweh, Rudolf (2005) Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie, transcript Verlag, Bielefeld.

„Wenn Inklusion/Exklusion eine innergesellschaftliche Differenz ist, finden Inklusionen und Exklusionen in der Gesellschaft statt. Exklusion bezieht sich zwar noch in segmentären Gesellschaften auf ein 'Aussen' (Tötung, Vertreibung, jeder Kontakt wird unterbunden), sie finden aber als Operation in der Gesellschaft statt. Bereits in stratifizierten Gesellschaften wird die Differenz zunehmend *innergesellschaftlich* reformuliert, insofern die Exklusion aus einem Stratum, einem Territorium, einer Kirchgemeinde, einer Hausgemeinschaft Inklusion in eine andere Zugehörigkeitssphäre bedeutete bis hin zu Auffanglagern wie Klöstern, Arbeitshäusern, den unehrenhaften Berufen oder anderen ausgewiesenen Positionen.“ (Bohn, 2009: 9).

In einer funktionalen differenzierten Gesellschaft nimmt die Komplexität von Exklusion/Inklusion noch einmal zu. Da ein Individuum zwischen allen Funktionssystemen theoretisch inkludiert oder exkludiert sein kann, muss nun für jedes einzelne Funktionssystem die spezifischen Exklusions- und Inklusionsmechanismen geklärt werden. Anhand der Codierung Eigentum und Nicht-Eigentum kann Bohn (2009) aufzeigen, dass alle Individuen innerhalb des Funktionssystems Wirtschaft inkludiert sind. Dies geschieht durch die Codierung selbst, da durch das ausgeschlossene Dritte eine Alternative nicht möglich erscheint. Selbst die Akzeptanz des Nicht-Eigentümers gegenüber des Eigentümers ist ein Mechanismus der wirtschaftlichen Inklusion. Um dennoch soziale Ungleichheiten erklären zu können, geht Bohn von einer „inkludierenden Exklusion“ aus. Sie tut dies, indem sie die Differenz Inklusion/Exklusion als strukturierendes Prinzip (Sozialstruktur) innerhalb der Funktionssysteme verortet. Im Falle des Funktionssystems Wirtschaft verweist sie auf empirische Studien von Bourdieu (1997/2003) und für die räumliche Segregation auf Wilson (1996), der die amerikanischen Gettos untersuchte. Dabei lassen sich plurale oder multiple Inklusionsformen innerhalb der Wirtschaft beschreiben. Auf der Grundlage der Allgemein zugänglichkeit von Märkten und des normalisierten Geldgebrauchs, Einkommen und Eigentum lassen sich vielfältige Inklusionsformen aufzeigen.

„Diese Strukturen entsprechen multiple Rollen, Positionen und Adressierungsformate, durch die Individuen als Personen in die Wirtschaft inkludiert sein können: Marktteilnehmer, Besitzer von Geld und Vermögenswerten, Unternehmer, Berufstätige und Gehaltsempfänger, Positionsinhaber in einer wirtschaftlichen Organisation, Spekulanten, Hedger, Investoren, Rentiers, Kontoinhaber, Händler, Adressaten für die Botschaft von Produktwerbung, (...)“ (Bohn, 2009: 13).

Des weiteren verdichtet sich der operative Zugang des Wirtschaftssystems über die Fähigkeit zu Zahlen. Über den Gebrauch des Geldmediums lassen sich weitere Zahlungen anschliessen. Die operative Verdichtung von Zahlungen gibt dem Wirtschaftssystem Stabilität und ermöglicht als soziale Handlung die Inklusion vieler Marktteilnehmer. Die Herstellung von Zahlungsfähigkeit ergibt sich aus der Zahlung selbst, indem man als Empfänger wiederum die Möglichkeit hat eine Zahlung auszuüben. Für meine Arbeit erscheint die dritte These von besonderer Bedeutung, weil über die Operation Zahlung die zeitliche Dimension wirtschaftlicher Prozesse betroffen sind. Das Problem der Exklusion zeigt sich hinsichtlich der zeitlichen Dimension über die Mechanismen der Inflation und Deflation. Inflation oder Deflation und der damit verbundenen Geldhortung motiviert politische Bewegungen und Zentralbanken zu politischen beziehungsweise geldpolitischen Massnahmen. Einerseits führt Inflation zu unerwünschten Effekten in Bezug auf Gespartes und andererseits wird Geld in Phasen der Deflation gehortet. Das Horten von Geld aufgrund deflationären Tendenzen und die durch die Absatzkrise ausgelöste Angst vor Arbeitslosigkeit in der Grossen Depression wie auch die darauf reagierenden geldpolitischen Massnahmen der Zentralbanken, in dem sie versuchen über monetäre Wirkungsprogramme die Not zu lindern, sind Gegenstand dieser Arbeit. Sie haben mit der Operation der Zahlung und ihrer zeitlichen Dimension zu tun. Um aber erstens die Inklusion von Individuen in das Wirtschaftssystem zu garantieren, sind entweder Zahlungsfähigkeit oder Kreditfähigkeit notwendig, d.h. Über den Geldgebrauch wird die Inklusion in das Wirtschaftssystem sichergestellt. Erschöpfen sich Zahlungen und Zahlungsversprechen, bedroht die Passivität des Systems aufgrund der notwendigen Autopoiesis sich notgedrungen selbst. Semantisch läuft die



Beschreibung des drohenden Kollapses des Funktionssystems Wirtschaft über apokalyptische oder chiliastische Deutungen. Damit wäre eine Totalexklusion tatsächlich gegeben. Zwar kann auch hier nicht gezahlt werden, es handelt sich aber dabei nicht um das ein und selbe. Die Figur der „inkludierenden Exklusion“ geschieht immer noch innerhalb der Logik der Wirtschaft, während die Totalexklusion zwangsläufig mit dem Untergang der „westlichen (Wirtschafts-)Kultur gleichgesetzt wird oder zumindest eine Zäsur erwartet/erhofft wird. Weitaus häufiger lassen sich aber aufgrund der unterschiedlichen Inklusionsformen über multiple Rollen, Positionen und Adressierungsformate auch hinsichtlich der zeitlichen Dimension des Geldes in Bezug auf Inflation oder Deflation unterschiedliche Positionen und Betroffenheit ableiten. Geldpolitische Bestrebungen laufen über die Inklusions- und Exklusionserfahrungen von bestimmten Gruppen (wie etwa Schuldner und Gläubiger) und sind somit Grundvoraussetzung für die Motivation von geldpolitischen Entscheidungen. Den eine wesentliche Aufgabe der Zentralbanken besteht darin, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen und die Stabilität der Währung zu gewährleisten, um das Systemvertrauen zu stärken und so auch in naher Zukunft Erwartungshaltungen zu stabilisieren. So erwarten beispielsweise Gläubiger, dass hier abgegebenes Vermögen in Form von Zahlungsversprechen nicht durch Inflation zerstört wird, während dessen die Schuldner davon profitieren würden. Umgekehrt hätten die Schuldner den Schaden bei einer Deflation zu tragen, während die Gläubiger durch die Geldaufwertung profitieren würden.

Das Wirtschaftssystem weist eine komplexe Binnendifferenzierung auf, die es in puncto Erschliessung der theoretischen Figur des Systemvertrauens zu berücksichtigen gilt. Ich folge dabei dem Vorschlag von Cornelia Bohn (2009), die das Wirtschaftssystem in Bezug auf das Medium Geld das Wirtschaftssystem in ein Zentrum, Semiperipherie und Peripherie differenziert. Wie und zu welchem Zweck Geld eingesetzt wird, entscheidet die sozialstrukturelle Verortung. Geschieht dies im Zentrum, so stehen Mechanismen der Geldschöpfung im Vordergrund. Das

Finanzsystem wird so ins Zentrum verortet, die Geldschöpfung als Kreditmechanismus beschrieben. Die Basisrelation und Inklusionsmechanismen betreffen Kreditnehmer und -geber. In der Semi-Peripherie spielen Handelsformen verschiedenster Art eine wesentliche Rolle. Hier geht es prinzipiell um Einkommen und Besitz. Einkommenserwerb durch Arbeit und Handeln, Termingeschäfte und Handelsbeziehungen sind Modi der Zahlungsfähigkeit. Im Gegensatz zu der peripheren Sphäre des Wirtschaftssystems geht es aber nicht um Konsum – und auch nicht um Kreditmechanismen, wie dies im Zentrum der Fall ist. Die eigentliche Funktion der Semiperipherie scheint die Sicherstellung von Produktion und Rentabilität. Hier sind Investitionen in Produktionsmitteln zu verorten, aber auch die monetäre Beziehungen zwischen Arbeitgeber/Innen und Arbeitnehmer/Innen. Hier fungiert Geld nicht als Wertaufbewahrungsmittel, sondern dient ausschliesslich als Zahlungsmittel für die „Güter des täglichen Bedarfs“. Wir sehen also, wie sich Medium und Struktur gegenseitig beeinflussen. Das Medium Geld spielt im Zentrum des Wirtschaftssystems eine andere Rolle als in der Semiperipherie oder Peripherie. Im eigentlichen Zentrum des Wirtschaftssystems spielt der Geldmarkt. „Der Geldmarkt existiert, wenn man so sagen darf, als Eigenmarkt des Wirtschaftssystems. Hier geht es um Finanzierung, um Kauf und Verkauf des Mediums Geld, um Beschaffung von Geld für Geld.“ (Luhmann, 1994: 116) Hier gilt es dann auch festzustellen, wie die Akteure in unserem Fallbeispiel argumentieren und auf welche Struktur (Zentrum/Peripherie) sie sich beziehen. Doch können wir nun davon ausgehen, dass monetäre Krisen ihren Ursprung im Zentrum des Wirtschaftssystems aufweisen und sich wie ein Epizentrum auf Semiperipherie und Peripherie auswirken, denn;

„Die Operationen dieses Marktes sind im Höchstmass selbstreferentiell bestimmt, das heisst: an der Selbstreferenz des Wirtschaftssystems und an der Reflexivität seines Mediums Geld orientiert. Entsprechend fehlen Anhaltspunkte in der Umwelt des Systems, vor allem Äquivalente für Kenntnisse von Bedürfnissen oder Waren.“ (Luhmann, 1994: 116).

## **2.3 Semantik**

Zuerst wurde das Thema Medien, dann die Sozialstruktur behandelt. Die Semantik als Kulturbegriff und Analyseinstrument kommt nun an dritter Stelle. Dies ist insofern kein Zufall, da wir die Semantik der Wirtschaft nicht einfach theoretisch erörtern können. Eine semantische Analyse ist hier als empirische Methode stärker auf den Gegenstand fokussiert. Somit werden wir die spezifische Semantik erst im späteren Verlauf erarbeiten. In diesem Kapitel soll zuerst die Bedeutung des Begriffes Semantik in der Systemtheorie von Niklas Luhmann (1998) und Rudolf Stichweh (2006) geklärt werden. Zweitens ist auch noch nicht wirklich klar, wo die Semantik in der Gesellschaft zu verorten ist – sollte dies überhaupt möglich sein. Folgen sie der Logik der verschiedenen Differenzierungsformen, in unserem Beispiel der Logik der funktionalen Differenzierung?

Wenn wir Rudolf Stichweh (2006: 2ff.) folgen, lassen sich bei Niklas Luhmann verschiedene Ausarbeitungen des Begriffes Semantik feststellen. Luhmann spricht einerseits von den „Formen der Gesellschaft (im Unterschied zur Gesamtheit der Sinn aktualisierenden Ereignisse des Erlebens und Handelns).“ (Luhmann, 1998: 18). Die zweite Version – unmittelbar nach der ersten Definition – spricht Luhmann von Semantik als „höherstufig generalisierten, relativ situationsabhängigen Sinn.“ (Luhmann, 1998: 18) Gemäss Stichweh (2006) lässt sich im Werk „Soziale Systeme“ (Luhmann, 1987) eine weitere Definition finden. Semantik als „Vorrat an möglichen Themen“. Sozialstruktur wird häufig mit den gesellschaftlichen Leitformen der Differenzierung (Segmentär, Astratifikation, Zentrum/Peripherie und funktionale Differenzierung) gleich gesetzt. Für makro-soziologische Zusammenhänge mögen diese Formen der Differenzierung genügen, doch trotzdem sind Semantiken von der Sozialstruktur nicht trennscharf zu unterscheiden. Dies hat mit dem Umstand zu tun, dass Semantiken ebenfalls die Selektionsmöglichkeiten reduzieren – in diesem Sinne strukturieren:

„Konzentriert man sich aber nicht auf die auf die wenigen Grossstrukturen in der Evolution von Gesellschaft (also nicht auf den extrem selten erfolgenden Austausch der Form der gesellschaftlichen Differenzierung) und sieht sich stattdessen allgemeiner das Phänomen der Sozialstruktur an, dann wird der Unterschied von Semantik und Sozialstruktur uneindeutiger. Die Strukturen sozialer Systeme sind von Luhmann bekanntlich mit einiger Konsistenz als Erwartungsstrukturen beschrieben worden. Erwartungen, wenn sie als strukturbildend aufgefasst werden, sind aber nichts anderes als höherstufig generalisierter Sinn, und es fällt deshalb schwer, sie von Semantik zu unterscheiden, die insofern als konstitutiv für die Bildung sozialer Strukturen verstanden werden muss.“ (Stichweh, 2006: 3)

Stichweh (2006) plädiert dann auch auf den Begriff der Korrelation zu verzichten. Semantik und Sozialstruktur korrelieren demnach nicht. Anstatt Semantik und Sozialstruktur als zwei abhängige Grössen zu unterscheiden, die korrelieren, werden beide Begriffe als hybrides Konstrukt miteinander verschmolzen. Damit ist es nicht mehr möglich den einen Begriff durch Kontrastierung vom anderen trennscharf zu unterscheiden. Über den gesellschaftlichen Akt der Ausdifferenzierung lässt sich das Auseinanderreißen von Semantik und Sozialstruktur vermeiden;

„Wenn von Ausdifferenzierung beispielsweise des Rechts gesprochen wird, ist damit sowohl eine Ausdifferenzierung der professionellen und organisatorischen Aspekte des Rechtssystems (Profession der Juristen, Gerichte etc.) wie auch der Rechtssprache, der Rechtsdogmatik und der Rechtstheorie gemeint – und zwar als Teil ein und desselben Systems.“ (Stichweh, 2006: 3)

Damit verbunden spricht Stichweh (2006: 3ff.) auch davon, dass *Prozesse der Produktion von Semantik* verselbstständigt werden. Womit dann konkret Diskurse gemeint sind. Diskurse sind in diesem Sinne soziale Systeme. Sie sind geschlossen, dabei aber immer noch umweltoffen und in diesem Sinne Teil des spezifischen Funktionssystems. Semantiken dienen zur Selbstbeschreibung des sozialen Systems, stellen höher generalisierten Sinn zur Verfügung und dienen als Vorrat für Themen der Kommunikation. Im Falle des Rechtssystems sind Rechts- und Wissenschaftssystem über die Rechtssemantik gekoppelt. Jura als wissenschaftliche Disziplin untersucht die Auswirkungen von Rechtsprämissen und berücksichtigt dabei konkrete Entscheidungen von Rechtsinstitutionen (Vgl. Stichweh, 2006). Für

das Wirtschaftssystem gelten hinsichtlich der Kopplung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft dasselbe. Ökonomische Theorien beschreiben also nicht nur das Wirtschaftssystem, sie strukturieren sie auch. Ganz im Sinne von Bourdieu (Vgl. 1987) These des Modus Operandi und Modus Operatum. Ökonomische Theorien als wissenschaftliche Beschreibungen sind über empirische Methoden und Beschreibungen an das Wirtschaftssystem gekoppelt. Umgekehrt gilt gerade die Universität als Ort der Lehre und Forschung, wo zukünftige Arbeitnehmer mit leitenden Funktionen ausgebildet werden. Was geforscht und gelehrt wird, beeinflusst die zukünftigen Entscheidungen von wirtschaftlichen Organisationen. Über die Forschung und Lehre werden so sozialstrukturelle Eigenschaften des Systems stabilisiert. Der ökonomische Diskurs lässt sich in verschiedenen Kontexten beobachten, wobei je nach Kontext, je nach systemspezifischer Logik Semantiken zwar verschieden gehandhabt werden, sich aber doch ein verselbstständiger Diskurs beobachten lässt. Semantiken sind nicht nur gekoppelt mit den verschiedenen Sozialsystemen, sie garantieren auch die Anschlussfähigkeit der verschiedenen Funktionssystemen. Die strukturelle Kopplung geschieht über eine spezifisch sich ausbildende Wirtschaftssemantik, die sich jedoch im Wirtschaftssystem wie auch im Wissenschaftssystem verorten lassen. Welche Methoden, welche Perspektiven und welche Meinungen viabel<sup>8</sup> sind, und welche nicht, entscheidet sich über die Anschlussfähigkeit des „Gesagtem“ innerhalb des Diskurses. Im Wissenschaftssystem geht es aber immer noch um Wahrheit und Publikation, im Wirtschaftssystem um Geld und Zahlung. In der Politik um kollektiv bindende Entscheidungen, die nun aber im Falle der Zentralbanken sich an ökonomischen Theorien orientieren. Sie bilden Dispositive, wenn sie „an einem bestimmten Punkt in Entscheidungen, Anordnungen oder (militärische) Aufstellungen (z.B. Die eines

---

8 Der Begriff Viabilität eignet sich hier treffend für die Beschreibung von gesellschaftlich wirksamen aber doch kontingenten Tatsachen. Viabilität ist ein Begriff von Ernst von Glasersfeld und beschreibt im radikalen Konstruktivismus den Umstand, dass in der Theorie des radikalen Konstruktivismus nicht Beliebigkeit innerhalb von Erklärungslogiken herrscht – wie von den Gegnern des radikalen Konstruktivismus behauptet – sondern sich „gangbare“ Erklärungslogiken über Variation und Selektion sich mit der Zeit durchsetzen, anschlussfähiger sind als andere Konzepte.

Heeres) übersetzt werden und die dafür auf sozialstrukturelle Vorkehrungen angewiesen sind, die diese Übersetzungsleistung stützen oder einfordern.“ (Stichweh, 2006: 4). Denkbar sind solche Dispositive bei Organisationen in Form von Entscheidungen (Zentralbanken) oder in Form von kollektiv bindenden Entscheidungen (Durchsetzung des Goldstandards, Wettbewerbspolitik etc.). Der Diskurs (Modus Operandi) wird zum Modus Operatum. An Ereignissen (Opus Operatum) lässt sich dann „vertraulicherweise“ ohne Bruch anschliessen, oder es kann wie in Situationen monetärer Krisen zu Brüchen, Widersprüchen und Konflikt kommen, indem zum Beispiel alternative Semantiken aufkommen. Wir können nun davon ausgehen, dass wissenschaftliche und politische Semantiken sich konkret auf Dispositive von Zentralbanken auswirken.

Folgen wir dem Credo der Trinität von Medium-Struktur und Semantik, fällt jedoch hier bereits der Bruch zwischen dem Vorgehen bei Medium und Struktur im Vergleich zur Semantik auf. Während die Eigenschaften des Geldes als Medium und die Aufschlüsselung der Binnenstrukturierung des Funktionssystems Wirtschaft eine stärker theoretische Vorgehensweise verlangt, werden wir innerhalb der semantischen Analyse uns zwischen dem empirischen Quellenmaterial und den theoretischen Dimensionen hin und her bewegen. Wir gebrauchen unterschiedliche theoretische Figuren um adäquat an das empirische Material heranzugehen. Wir kennen nun die Grundlagen einer (semantischen) Kulturtheorie, wissen also um ihrer historischen, gemeinschaftsstiftenden, distinktiven und strukturierenden Natur. Gleichzeitig dienen diese Erkenntnisse uns als Framing, indem wir nun Wesentliches vom Unwesentlichen unterscheiden können. Die kulturwissenschaftlich-historische Vorgehensweise verpflichtet uns fall-exemplarisch vorzugehen. In dem wir aber uns der Frage nach den Bedingungen von Kommunikation problemorientiert annähern, bleiben wir auf der soziologischen Schiene. Wir können nun auf sozialstrukturelle Modelle zurückgreifen, da wir nach den Bedingungen der Kommunikation und ihrer Garantierung für Anschlussfähigkeit fragen. Eine Soziologie monetärer Krisen kann nun dank Kopplung von Medium, Struktur und Semantik als eigentliches theoretisch-

methodologisches Forschungsprogramm konzipiert werden. Theoretische Kalküle knüpfen an systemtheoretische Prämissen an, wobei aber über den Begriff der Semantik die Theorie methodologisch und historisch offen bleibt. Offen und historisch weil über den Begriff der Semantik und der semantischen Analyse kleinteilige Irritationen möglich bleiben. So können wir auch ergebnisoffen forschen. Wir sind uns den Konsequenzen, die sich aus den unterschiedlichen Differenzierungsformen ergeben bewusst, wissen aber auch um die strukturalistische Komponente der Kultur/Semantik. Sozialstrukturelle Momente sind dann besonders über die unterschiedlichen Differenzierungsformen klar ersichtlich. Beispielsweise muss die Mediävistik sich der gehobenen Semantik des ersten und zweiten Standes der stratifizierten Gesellschaft bedienen, weil nur sie über Schrift verfügen konnten. Uns stehen beispielsweise Chroniken und verschriftlichte Heldensaga zur Verfügung. In einer funktional differenzierten Gesellschaft sind zwar auch semantische Zuordnungen möglich, aber unter dem Vorbehalt, dass sie über den Weg der strukturellen Kopplung auch Thema anderer Funktionssysteme werden können. Während Chroniken als Teil der damaligen Semantik Wirklichkeiten nach der Logik des adeligen Standes geschrieben wurden (Ehre), muss die heutige Geschichtsschreibung in der Logik des Wissenschaftssystems publizieren und frühere Chroniken als Quellenmaterial reflektiert betrachten. Die Wirtschaftssemantik lässt sich klar dem Funktionssystem Wirtschaft zuordnen, kann aber auch in Form von ökonomischen Theorien zum Thema des Wissenschaftssystems gemacht werden. Wie mit Semantiken umgegangen wird, entscheidet sich nach der Logik der Differenzierungsform, wobei Semantiken wiederum eine innere Ordnung aufweisen und somit strukturierend wirken. Eine Soziologie monetärer Krisen ist so immer am eigentlichen Ereignis zeitlich, sachlich sowie sozial gekoppelt, den am konkreten Ereignis lassen sich die Wechselwirkungen von Medium, Sozialstruktur und Semantik ablesen. Die fallexemplarische Analyse zwingt die Theorie sich historischen, sachlichen und sozialen Sachverhalten anzupassen. Wobei hier anzumerken sei, dass hier natürlich davon ausgegangen wird, dass Semantiken

schneller evolvieren als Eigenschaft von Medien oder die Sozialstruktur. Dies ist wiederum auf die kleinteilige Struktur von Semantiken zurückzuführen. Das erscheint mir aber auch plausibel, wenn wir davon ausgehen, dass die Semantik als eigentliches Diskursfeld mehr Themen/Kommunikationsmöglichkeiten offen lässt.

### **3. Grundriss einer Soziologie monetärer Krisen**

Zuerst werden wir auf die Bedeutung der Differenzierungstheorie von Niklas Luhmann (Vgl. 1998) eingehen. In einem zweiten Schritt werden wir die Bedeutung der Differenzierungsformen für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft aufzeigen. Alle drei Dimension Medium, Sozialstruktur und Semantik fließen nun in die Konstruktion einer Soziologie monetärer Krisen ein. In Luhmanns (1998a, 1994) Analysen wird Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium betrachtet. Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien garantieren in den jeweiligen Funktionssystemen die fortlaufende Autopoesis sozialer Systeme. Funktionssysteme differenzierten sich im Laufe der Evolution aufgrund veränderter Bedingungen aus. Sachthematisch werden also gesellschaftlich relevante Thematiken ausdifferenziert, bilden also eine selbstständige Semantik aus und erlauben aufgrund dieser Tatsache eine vertiefte sachthematische Binnendifferenzierung.

„Die Ungewöhnlichkeit funktionaler Differenzierung besteht nicht zuletzt darin, dass spezifische Funktionen und deren Kommunikationsmedien auf ein Teilsystem mit Universalzuständigkeit konzentriert werden müssen; also in einer neuartigen Kombination von Universalismus und Spezifikation.“ (Luhmann, 1998a: 709).

Diese Spezifität lässt sich dabei nicht anhand der Semantik oder anhand der Sozialstruktur (Differenzierung) oder Kommunikationsmedium alleine aufschlüsseln. Sie stehen also nicht für sich selbst, sondern beeinflussen sich gegenseitig.

Zuerst sollen historische Entwicklungen aufgezeigt werden. Denn nur weil in der modernen Soziologie von Funktionssystem Wirtschaft die Rede ist, heisst das nicht, dass es in frühen Gesellschaftsformen keine Formen von wirtschaftlicher Kommunikation gegeben hätte. Das Besondere in der Moderne ist die funktionale



Schliessung der Wirtschaft und damit die Entstehung einer ganz eigensinnigen und typischen Form von wirtschaftlicher Kommunikation. Innerhalb eines Funktionssystems gelten die Regel und Programme universalistisch und sind auf eine spezifische Funktion hin ausgelegt. Das heisst wirtschaftliche Sachthematiken betreffen in einer funktional differenzierten Gesellschaft immer das Funktionssystem der Wirtschaft und sind in dessen Logiken eingebunden. In diesem Sinne handelt es sich bei Diskussionen betreffend der „Ökonomisierung der Gesellschaft“ oder wirtschaftlichen Berichterstattung in Zeitungen und Zeitschriften nicht um eine eigentliche „wirtschaftliche Kommunikation“, sondern diese finden im Kontext wissenschaftlicher Debatten oder journalistischer Arbeit statt. Die Moderne erlaubt sich damit eine polykontextuale Betrachtungsweise eines Phänomens oder Ereignisses. Diese Form der Differenzierung erlaubt es aufgrund ihrer knallharten Spezifität und Universalität höher generalisierten Sinn, also spezifische Semantiken zu produzieren. Semantische Strukturen funktionieren dann nur noch im engen Rahmen, erreichen aber aufgrund ihrer „Beschränktheit“ im Grunde genommen eine höhere Abstraktionsebene. Differenzierungsformen von Gesellschaften sind eigentliche Beobachtungsparadigmen. Gemäss Niklas Luhmann ist eine Form eine Unterscheidung, die zwei Bereiche trennt (Luhmann, 1998a: 609). „Von Form der Systemdifferenzierung sprechen wir mithin, wenn von einem Teilsystem aus erkennbar ist, was ein anderes Teilsystem ist, und das Teilsystem sich durch diesen Unterschied bestimmt.“ (Luhmann, 1998a: 610) Differenzierungsformen sind demnach elementar für die gesellschaftliche Selbstbeschreibung. Während früher primär stratifikatorisch nach Stand beobachtet wurde, sind heute sachthematische Bezugspunkte elementar. Für die zeitliche Dimension einer Gesellschaft sind Systemdifferenzierungsformen insofern von Bedeutung, weil sie gemäss Luhmann zwei miteinander zusammenhängende Bedingungen miteinander verknüpfen. So gibt es innerhalb der vorherrschenden Differenzierungsform begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. Segmentäre Gesellschaften, deren gesellschaftliche Ordnung auf Familien und Stämme fusst, können aufgrund ihrer groben

Differenzierungsform kaum Ressourcen freimachen für spezialisierte Semantiken.<sup>9</sup>  
Diese Erkenntnis ist notwendig, um Entwicklungspotenziale aufzeichnen zu können.

„Formen erfordern ihren Tribut, erfordern Beachtung der strukturellen Beschränkungen dessen, was unter ihrer Ägide kompatibel ist. Als Bedingungen der Stabilität machen sie zugleich destabilisierende Tendenzen sichtbar – etwa Reichtumsbildung ausserhalb der vorgesehenen Einteilung. Normalerweise entwickelt sich ein normativer Apparat zur Unterdrückung von Abweichungen. Sie können nur in der Form des Auffälligen, Nichtnormalen, nicht Konsensfähigen, religiös und moralisch Problematischen erscheinen. Aber das ist kein zuverlässiger Mechanismus der Verhinderung. Das Destabilisierende kann unter exzeptionellen Umständen so normal werden, dass sich eine neue Form von Stabilität abzeichnen beginnt und eine andere Form der Differenzierung aus einer früheren hervorgeht.“ (Luhmann, 1998a: 616).

Stabilisieren sich beispielsweise Abweichungen über die Zeit, in dem sich beispielsweise eine Ober- und Unterschicht ausbildet, sind neue Formen der Reduktion von Komplexität nötig. Während in segmentären Gesellschaften ein Individuum mit relativ sicheren Annahmen davon ausgehen kann, dass die Lebenswelt des Anderen sich nicht sonderlich unterscheidet von seiner Welt, wird es in stratifizierten Gesellschaften schon schwieriger. Mit Hilfe der Schrift kann die Oberschicht eine von der Unterschicht abgeschlossene Selbstbeschreibung liefern, die den Akt des sich Unterscheidens auf beiden Seiten verstärkt (Vgl. Luhmann, 1998a). Mit der gesellschaftlichen Realität muss dies nicht unbedingt deckungsgleich sein.

Für die Entwicklung einer Soziologie monetärer Krisen anhand einer explorativen Fallstudie zum Thema Grosse Depression und Freiwirtschaftslehre in den 20er und 30er Jahren müssen wir also davon ausgehen, dass die Sichtweisen der Akteure im Interessenskontext zu beurteilen sind. Diese zeigen sich – ganz im Sinne der funktional differenzierten Gesellschaft – polykontextual. Wenn Hans Konrad Sonderegger demnach Inflation und Deflation kritisiert, tut er dies als Politiker, das heisst nicht auf Grundlage von wissenschaftlichen Prämissen, sondern er

---

<sup>9</sup> Grob gesagt sichern Familien und Stämme das Überleben des Individuums, in dem es in Familien Schutz und Mithelfer gegenüber Naturgewalten findet.

kommuniziert moralisch, ersucht um Zustimmung um eine kollektiv bindende Entscheidung zu erwirken. Dabei greift er je nach Kontext auf unterschiedliche Semantiken zu. Und auch wichtig erscheint mir, die wirtschaftlichen Ereignisse von den politischen wie auch den wissenschaftlichen Beschreibungen auseinanderzuhalten. Ständerat Sonderegger bedient sich zeitgenössischen politischen und ökonomischen Vorstellungen, seine Beschreibungen sind aber politischer Art, nicht wissenschaftlicher oder ökonomischer Natur.

### ***3.1 Vertrauen als Grundbegriff soziologischer Theoriebildung***

Für die Arbeit von grundlegender Bedeutung ist der Paradigmenwechsel der in der soziologischen Systemtheorie durch Niklas Luhmann vollzogen wurde. Um den Begriff des Systemvertrauens soziologisch nachzuvollziehen, müssen wir zuerst die Grundlagen der soziologischen Systemtheorie erörtern. Später wird geklärt, welche Rolle Vertrauen für soziale Systeme spielt. Luhmann bezeichnet die allgemeine Systemtheorie als Supertheorie und führt den Begriff der Leitdifferenz ein;

„Supertheorien sind Theorien mit universalistischen (und das heisst auch: sich selbst und ihre Gegner einbeziehenden) Ansprüchen. Leitdifferenzen sind Unterscheidungen, die die Informationsverarbeitungsmöglichkeiten der Theorie steuern. Diese Leitdifferenzen können die Qualität eines beherrschenden Paradigmas gewinnen, wenn sie eine Supertheorie so organisieren, dass praktisch die gesamte Informationsverarbeitung ihnen folgt.“ (Luhmann, 1987:19)

Eine wesentliche fundamentale Änderung widerspiegelt sich im Systembegriff selbst. In der alten von der Antike ausgehenden Tradition wurde ein System als Ganzes und seine Teile beschrieben. Die Gesellschaft als Ganzes liess sich nun also auch durch die Beobachtung ihrer Teile (Menschen, Individuen, Akteure) beobachten. Als Grundeinheit der Analyse dient das Individuum. Organisationen und Staaten werden als emergierte Grössen wahrgenommen, deren innere Struktur aber durch Handlungen von Individuen vollzogen werden. Institutionelle Rahmenbedingungen ordnen Rollen und Funktionen den einzelnen Mitgliedern der Organisation zu. In diesem Denkschema steckt beispielsweise die klassische empirische

Sozialforschung, deren Variablen und Merkmalsausprägungen zwangsläufig immer an solchen ontologischen Grössen gebunden sind. Die erste paradigmatische Änderung von Niklas Luhmann vollzieht sich durch die Einführung der Differenz von System und Umwelt, die die alte Unterscheidung vom Ganzen und seiner Teile ablöst. Damit löst sich die Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt auf. Soziologische Analyse ist damit nicht mehr auf den handelnden Akteur ausgerichtet. Elementare Analyseeinheit sind systemimmanente Operationen, die im Falle von selbstreferenziellen Sozialsystemen als Kommunikationen beobachtbar sind (Luhmann, 1987: Kap 1, 5) und in ihrer komplexen Struktur als Ereignisse beobachtet werden können. Die Grundlage der Analyse selbstreferenzieller Systeme wird anhand der Prämisse der doppelten Kontingenz gestellt. In der theoretischen Erörterung des Theoriebegriffs der doppelten Kontingenz liegt der Kern der soziologisch wichtigen Frage, wie Sozialität überhaupt zustande kommt. Wenn die Soziologie die Wissenschaft von Sozialem darstellt, so muss die elementare Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit für Sozialität den Soziologinnen immer präsent sein. Treffen sich Alter und Ego<sup>10</sup>, liegt das Grundproblem der Sozialität darin, dass beide Teilnehmer ihr Verhalten auf den anderen, sowie dessen Verhalten nicht mit Sicherheit einschätzen können. Die Ausbildung von sozialen Systemen und Semantiken stabilisieren Erwartungserwartungen und strukturieren damit die potenziell möglichen Operationen;

„Die Unsicherheitsabsorption läuft über die Stabilisierung von Erwartungen, nicht über die Stabilisierung des Verhaltens selbst, was natürlich voraussetzt, dass das Verhalten nicht ohne Orientierung an Erwartungen gewählt wird. Erwartungen gewinnen mithin im Kontext von doppelter Kontingenz Strukturwert für den Aufbau emergenter Systeme und damit eine eigene Art von Realität (=Anschlusswert).“ (Luhmann, 1987: 158).

---

10 Alter und Ego fungieren dabei nur als theoretische Hilfsfigur um zu verdeutlichen, dass Kommunikation auf Adressate angewiesen ist. Sie sind nicht mit eigentlichen Subjekten zu verwechseln, da wir so wieder im alten paradigmatischen Denken der Handlungstheorie stecken würden. Untersuchungsgegenstand der Soziologie bleibt die Kommunikation und damit soziale Systeme.

Im Laufe der Evolution entstehen also Vertrauen und Misstrauen. Vertrauen oder Misstrauen entstehen dann, wenn aufgrund der doppelten Kontingenz ein auf sich Einlassen in eine Situation als besonders riskant empfunden wird. (Luhmann, 1987: 179ff.) Vertrauen wird so zum basalen Element sozialer Systeme. Die Handlung des Gegenübers ist trotz Erwartungserwartungen nicht abzuschätzen, zumal eine Täuschungsabsicht immer unterstellt werden kann. Ob in der religiösen Kommunikation, in der Liebe oder Wirtschaft. In allen Situationen ist eine Portion Gottesvertrauen, oder Vertrauen in den Partner, sowie in die Zahlungsfähigkeit des Anderen nötig. Eine Enttäuschung der Situation ist demnach immer eine potenzielle Möglichkeit unter anderen.

„Wenn diese Möglichkeit immer zum Verzicht auf soziale Beziehungen zwänge, käme es kaum und nur in einem sehr engen kurzfristigen Sinne zur Bildung sozialer Systeme (wie etwa an den Rändern primitiver Gesellschaften im Verkehr mit Unbekannten – und gerade hier hat sich dann die Vertrauenssituation des 'Gastes' gebildet).“ (Luhmann, 1987: 179).

Die Grundlage für die Ausbildung von Vertrauen beschreibt Luhmann im Wesentlichen über die durch die Strategie des Vertrauens gegebene grösseren Handlungsspielräume in Bezug auf zukünftige Anschlussmöglichkeiten;

„Vertrauen ist die Strategie mit der grösseren Reichweite. Wer Vertrauen schenkt, erweitert sein Handlungspotenzial beträchtlich. Er kann sich auf unsichere Prämissen stützen und dadurch, dass er dies tut, deren Sicherheitswert erhöhen; denn es fällt schwer, erwiesenes Vertrauen zu täuschen, (...). So wird ein grösserer Kombinationsspielraum, also auch mehr Rationalität in der eigenen Verhaltenswahl zugänglich. Misstrauen ist die stärker einschränkende (aber immer noch erweiternde) Strategie. Man lässt sich auf ein Risiko nur ein, wenn man für Eventualitäten vorgebeugt hat, zum Beispiel Sanktionen in der Hand hat oder gegen Schaden ausreichend versichert ist.“

Die in der Finanzkrise immer wieder gehörte These des Vertrauensverlust in die Märkte, in Unternehmen/Staaten bis auf Ebene der Individuen lassen aus soziologischer Sicht ausgedehnte zwei sehr interessante Schlüsse zu. Vertrauen ist

Grundlage für wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und zweitens angesichts der immer wieder aufkommenden Stimmen bei Finanzkrisen, der Untergang der westlichen Zivilisation stehe bevor, auch eine entscheidende Grundlage für kulturelle Identität. Die Systemtheorie bietet hierfür ideale theoretische Grundlagen und Erkenntnisse an, das wirkliche Potenzial des Begriffes Vertrauen für soziologische Fragestellungen zu erörtern. Vertrauen heisst dann nicht nur dem Gegenüber Glauben zu schenken, sondern generell innerhalb der Gesellschaft sich auf kulturelle Prämissen einlassen zu können. Im Falle einer funktional differenzierten Gesellschaft sich also auf Systemvertrauen abstützen zu können. Wenn Luhmann versucht Vertrauen zu definieren, so scheinen ihm wesentlich die Funktion des Zutrauens in eigene Erwartungen als Grundelement von Vertrauen.

„Der Mensch hat zwar in vielen Situationen die Wahl, ob er in bestimmten Hinsichten Vertrauen schenken will oder nicht. Ohne jegliches Vertrauen aber könnte er morgens sein Bett nicht verlassen. Unbestimmte Angst, lähmendes Entsetzen befielen ihn. Nicht einmal ein bestimmtes Misstrauen könnte er formulieren und zur Grundlage defensiver Vorkehrungen machen; denn das würde voraussetzen, dass er in anderen Hinsichten vertraut.“ (Luhmann, 2000: 1).

Das Vertrauen in eigene Erwartungen und somit auch in Erwartungserwartungen, so beispielsweise in face-to-face Situationen, ist Grundlage menschlichen Lebens und Sozialität. In einer funktional differenzierten Gesellschaft muss man sich unabhängig vom Gegenüber auf die Grundlagen des Zahlungsvorgangs verlassen können. Mit zunehmender Komplexität lassen sich somit unterschiedliche Erwartungen ausformulieren, dessen Reduktion wiederum durch Systembildung gewährleistet werden muss. Es wird klar, dass Vertrauen für die Überwindung der doppelten Kontingenz über den Mechanismus von Erwartungserwartungen/Institutionen oder Normen – wie man es auch immer Nennen mag – nötig ist, damit Sozialität möglich ist. Auch in der Negativcodierung Misstrauen spielt der Vertrauensmechanismus. Die zeitliche Dimension eröffnet eine weitere analytische Hürde.

„Wer Vertrauen erweist, nimmt Zukunft vorweg. Er handelt so, als ob er der Zukunft sicher wäre. Man könnte meinen, er überwinde die Zeit, zumindest Zeitdifferenzen. Vielleicht ist das der Grund, weshalb die Ethik aus einem heimlichen Vorurteil gegen die Zeit heraus Vertrauen empfahl als eine Haltung, die sich vom Zeitfluss unabhängig zu machen und so der Ewigkeit nahekommen sucht.“

Eine soziale Interaktion ist nicht ein Ereignis der Gleichzeitigkeit. Zwar kann von einer gleichzeitigen gegenseitigen Wahrnehmung in Interaktionen ausgegangen werden, doch sind soziale Prozesse immer kommunikative Aushandlungsprozesse. Nun lässt sich die Zeitdimension beliebig strecken, aber nicht unbedingt teilen, so dass je nach Zeitraum eine soziale Situation sich ändern kann. Während die nicht erfolgte Zurückgabe eines geliehenen Zustandes vorerst als Versäumnis interpretiert werden kann, muss bei längerer und trotz mehrmaliger Mahnungen nicht erfolgte Zurückgabe gar von einer willentlichen Weigerung seitens des Schuldners ausgegangen werden. Insbesondere für die Systemtheorie lassen sich interessante Konsequenzen durch die Temporalität des Sozialen ableiten.

„Sobald Systeme durch Ausdifferenzierung Grenzen gegenüber ihrer Umwelt bilden, entsteht ein Zeitproblem, das heisst zunächst eine Verschiebung der Prozesse, die die Ausdifferenzierung erhalten, in ein Nacheinander. Denn nicht alle Beziehungen zwischen System und Umwelt können momenthafte Punkt-für-Punkt-Korrelationen sein; vielmehr erfordert die Erhaltung der Differenz, zumindest bei komplexeren Systemen, Umwege, die Zeit brauchen. Auf Umweltereignisse wird teils überhaupt nicht, teils später, teils antizipatorisch reagiert und nur in sehr geringem Masse sofort.“ (Luhmann, 2000: 10).

Für Zahlungen bedeutet dies, dass der Übergang von Eigentum, beziehungsweise Geld in die Zukunft verschoben werden kann. Geld kann auch in Form von Zahlungsversprechen (Baecker, 1991) ausgeliehen werden, um zur Zeit nicht benötigtes Geld gewinnbringend anzulegen. Die durch das Vertrauen in die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Schuldners sowie der Zinsschulden ausgelöste Kreditgeschäft – Handeln mit Zahlungsversprechen – ermöglicht Zugriffe auf knappe Güter, die sonst nicht möglich wären. Da Zahlungen an Zahlungen anschliessen, der Gebrauch des Geldes das Medium Geld nicht verbraucht, sondern erneuert, werden

durch die Berücksichtigung zeitlicher Horizonte innerhalb der Wirtschaft fortwährend neue Ereignisse katalysiert. Man kann so weit gehen und behaupten der Geist des Kapitalismus ist elementar von der Zeitlichkeit wirtschaftlicher Handlungen abhängig. Zweckorientierte wirtschaftliche Prozesse wie die Steigerung von Vermögenswerten – und sei es nur zum Zweck des sicheren Heilsgewissheit bei den Calvinisten (Weber) sind nur dank zeitlicher Abstufungen möglich. Der Verzicht auf persönlichen Konsum um stattdessen Reichtum wieder für den Zweck der Rendite, der Gewinnsteigerung, zu investieren, ist ohne einen zeitlichen Horizont nicht möglich.

„Eine Steigerung der Komplexität sozialer Systeme ist nur dadurch erreichbar, dass die Erfüllung mancher Bedürfnisse vertagt und auf Umwegen erreicht wird. Zwecke dienen dazu, solche Umwege zu motivieren und aktuelle Verzichte oder Anstrengungen im Hinblick auf zeitlich entfernte Wirkungen zu rechtfertigen. Durch solch ein zeitliches Auseinanderziehen von Ursachen {Investition} und Wirkungen {Rendite} lassen sich Möglichkeiten funktionaler Spezifikation und abstrakt orientierter Variation des Handelns gewinnen.“ (Luhmann, 1983: 226)

Die für den wie bei Max Weber (1904) beschriebenen Geist des Kapitalismus muss demnach eine sinnvolle Zeithorizont geschaffen werden, damit sich akuter Verzicht lohnt. Das Vertrauen in die Erfüllung der zukünftigen Erwartungen (im Beispiel der Calvinisten die durch die Prädestinationslehre legitimierte Idee des zu erwarteten Seelenheils, wenn sich der Erfolg auf Erden einstellt) muss gegeben sein. „Es muss aktuelle Gewissheit darüber geschaffen werden, dass Mühe, Verzichte und Geduld sich lohnen, dass augenblickliche Benachteiligung durch künftiges Wohlergehen ausgeglichen werden wird.“ (Luhmann, 1983: 227). Luhmanns Leistung die hier kurz erläutert werden soll, ist dass in komplexen Sozialsystemen Leistungen die zum Zweck einer zukünftigen Erwartung erfüllt werden sollen, fortlaufend die Gefährdung der Systemerhaltung mit sich bringt. Es braucht also eine Portion Systemvertrauen, damit Akteure auf dieses Risiko eingehen. Systemvertrauen meint dann auch, dass das vom System vorgegebene Selektionsschema sich in strukturellen Erwartungen kondensieren. Diese müssen also über die Zeit zuverlässig



funktionieren, d.h. Ich muss auch noch später mit Geld zahlen können, auch wenn ich momentan auf Bedürfnisbefriedigung verzichte. Um das Spannungsverhältnis zwischen gegenwärtiger Bedürfnisbefriedigung und Verzicht aufzulösen, bedient sich die Gesellschaft unterschiedlicher Optionen. Luhmann spricht hier von instrumentellen und expressiven Variablen; „Instrumentelle Variable sind abgeleitete Bedürfnisse, die ihren Sinn aus der Erfüllung fernliegender Zwecke gewinnen und im Hinblick darauf variierbar sind;“ (Luhmann, 1983: 25). Sie sind somit unsicher, weil zukünftige Variationen höchsten abgeschätzt, aber nicht vorausgesagt werden können. Damit umfassen instrumentelle Variablen einen weitaus grösseren Zeithorizont, im Gegensatz zu expressiven Variablen. „... expressiv ( oder konsumatorisch) sind Bedürfnisse, die durch Handeln unmittelbar befriedigt werden, so dass eine Änderung des Handelns eine Änderung des Bedürfnisses voraussetzt.“ (Luhmann, 1983: 225). Die Entscheidung nicht zu konsumieren, sondern Kapital zwecks zukünftige Gewinne zu investieren lassen sich somit innerhalb des Funktionssystems der Wirtschaft auf die instrumentelle Funktion zurückführen, während die elementare Leistung des Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit knappen Gütern von expressiven Variablen, also der Notwendigkeit akute Bedürfnisse zu befriedigen, abhängen. Expressive Variablen sind in den peripheren Sphären der Wirtschaft zu verorten, instrumentelle Variablen eher im semiperipheren Sphäre oder im Zentrum. Nehmen wir das in der Wirtschaft übliche Modell der Produktions- und Konsumationsschleife, so lassen sich Produktionsfaktoren aufgrund instrumenteller Faktoren zurückführen. Die Entscheidungsfindung, wie und unter welchen Mitteln ein Produkt produziert werden soll, um zukünftig Gewinn zu erwirtschaften, sind aber gleichzeitig von den expressiven Variablen, nämlich der Bedürfnisbefriedigung (Konsum, Nachfrage) abhängig. Die Semiperipherie der Wirtschaft koppelt demnach die expressiven und instrumentellen Variablen, während die Peripherie ausschliesslich mit expressiven Variablen, das Zentrum mit instrumentellen Variablen operieren. Somit können wir auch die Kopplung zwischen Finanz- und Realwirtschaft besser nachvollziehen. Die eigentliche Kopplung findet

in der Semiperipherie statt, wo instrumentelle und expressive Variablen zusammengeführt werden, so dass eine monetäre Krise innerhalb des Zentrums sich bis auf der peripheren Ebene der Wirtschaft auswirken kann. Wenn die Mechanismen der Geldschöpfung gestört sind, die Versorgung von Produzenten mit Kapital also nicht mehr gewährleistet ist, hat dies über den Verlust von Einkommen auch Auswirkungen auf der Ebene der Peripherie. Die aus dem Zentrum ausgehende Störung wird dann im Alltag als Bedrohung der Versorgung mit alltäglichen Gütern wahrgenommen. Dadurch kommt es zu einer Krise des Systemvertrauens, die dann als Existenzbedrohend wahrgenommen werden kann, womit eine monetäre Krise sich auf die verschiedensten Inklusionsformen auswirken kann. So wird auch verstehbar, weshalb eine Finanzkrise auf politischer Ebene sozialpolitische Forderungen auslösen können (Vgl. Paul, 2009).

### ***3.2 Dimensionen einer Soziologie monetärer Krisen***

Welche Dimensionen können monetäre Krisen annehmen? Wir wissen nun, dass monetäre Krisen sich hauptsächlich im Zentrum der Wirtschaft abspielen, wobei sie über die Semiperipherie aber das gesamte Wirtschaftssystem beeinträchtigen können. Wir kennen auch die Bedeutungen des Medium Geldes, sei es hinsichtlich der Sozial-, Sach-, oder Zeitdimension. Die Dimensionalisierung monetärer Krisen soll nun über den Begriff des Systemvertrauens vorgenommen werden.

Zahlungen schliessen an Zahlungen an, womit das Medium Geld sich erneuert. Vertrauen ist hier dann die Erwartungserwartung, dass Alter zukünftig wiederum Geld als Zahlungsmittel akzeptiert. Die wechselseitige Zusicherung, zukünftig Geld als Zahlungsmittel zu akzeptieren garantiert das Geld angenommen wird. Wir können hier dann von einer monetären Krise sprechen, wenn die „Rechte Natur des Geldes“ in Frage gestellt wird (Vgl. Carruthers und Babb, 1996). Kommt Zweifel am Wert des Geldes auf, so kann eine generelle Akzeptanz des symbolisch generalisierten Kommunikationsmittel Geld nicht mehr gewährleistet werden. Die Funktion des Geldes Kommunikation in Form von Zahlungen zu ermöglichen, ist dann nicht mehr gegeben. Ohne die Erwartung, dass mit Geld auch zukünftig an weitere Zahlung

angeschlossen werden kann, kommt es zu einer kommunikativen, in diesem Fall monetären Krise, die soweit gehen kann, dass die Fortsetzung und damit verbunden die Schliessung des Wirtschaftssystems gefährdet wäre (Vgl. Carruthers und Babb, 1996). Hier wäre die Sozial- und Sachdimension des Wirtschaftssystems betroffen. Eine monetäre Krise, in der die Glaubwürdigkeit des Zahlungsmittel selbst in Frage gestellt wird, ist jedoch selten und konnte mit der staatlichen Monopolisierung der Geldausgabe unter Kontrolle gebracht werden. Zwar verfügen nach wie vor auch Kreditinstitute über die Möglichkeit, die Geldmenge in einer Volkswirtschaft zu beeinflussen – darauf hat die Nationalbank kein Monopol – doch wird nicht mehr die eigentliche Währung in Frage gestellt. Es stellen sich jedoch neue Probleme ein, die hier kurz vorgestellt werden. Dabei konnten drei typische Formen monetärer Krisen identifiziert werden; **Bankenkrisen**, **deflationäre monetäre Krisen** und **inflationären monetäre Krisen**. Die Bankenkrise ist geprägt durch Vertrauensverlust in die geldschöpfende Funktion des Zentrums des Wirtschaftssystems (Vgl. Bohn, 2009). Banken Krisen sind eigentliche Kreditkrisen. Erfolgt eine Zahlung zeitgleich auf eine weitere Zahlung (und sei es nur in Form von Eigentumsrechten), dürfte die zeitliche Dimension kaum eine Rolle spielen. Im Falle eines Zahlungsverprechens (Vgl. Baecker, 1991), spielt Vertrauen auch auf zeitlicher Ebene eine Handlungsrelevanz. Wird innerhalb der versprochenen Frist bezahlt, löst sich das Problem. Jedoch besteht immer die Möglichkeit, dass nicht gezahlt werden kann oder will. So, dass je grösser die Zeitdimension ist, die Unsicherheit das Geld jemals zu bekommen zunimmt. Für das Wirtschaftssystem stellt dies jedoch normalerweise keine akute Gefahr dar. Firmen werden gegründet und können auch wieder Konkurs gehen. Hierfür wurden im Rechtssystem dann auch spezielle Verfahren entwickelt, um diese Fälle möglichst unkompliziert zu lösen, denn im Falle von Konkursen geht es immer auch um Eigentumsrechte. Von einer eigentlichen monetären Bankenkrise können wir aber dann sprechen, wenn nicht nur die periphere oder semiperiphere Struktur des Wirtschaftssystems betroffen ist, wie dies etwa im Falle eines Firmen- oder Privatkonkurs der Fall wäre, sondern im

Wesentlichen auch das Zentrum des Wirtschaftssystems betroffen ist, weil Privathaushalte beispielsweise ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können. Dadurch kann auch die Solidität eines Bankeninstituts nicht mehr gewährleistet werden, da sie auf die Zahlungsbereitschaft der Privathaushalte angewiesen ist. Im Falle der Finanzkrise wurde dadurch auch der Unterbankenmarkt trocken gelegt, weil keines der Bankeninstitute über den Zustand der anderen Bank Bescheid wusste. Eine Bankenkrise gefährdet damit die eigentliche geldschöpfende Funktion des Bankensystem generell.

Ist die geldschöpfende Funktion des Zentrums innerhalb des Wirtschaftssystems gefährdet, können weitere Formen monetärer Krisen auftreten. So untersuchte Claude Million (2011) anhand eines Fallbeispiels Auswirkungen und politische Gegenmassnahmen in der Zeit der Grossen Depression in den USA. Claude Million geht in seiner 2011 verfassten Dissertation „Stamp your Scrip – Stamp out Depression“ auf die politischen Ziele und Massnahmen ein. Der durch die grosse Depression ausgelöste Vertrauensverlust in die Banken führte dazu, dass Geld nicht mehr ausgeliehen oder ausgegeben wurde.

„Hoarding became a national concern in the United States after the autumn of 1931, when a series of bank failures swept the country. As a consequence of the stock market crash of 1929, U.S. Financial institutions were faced with asset value write-downs which wiped out much of their capital base, thereby severely reducing their ability to provide credit at home and abroad. Interbank lending dried up and many institutions were fighting to stay liquid.“ (Million, 2011: 2).

Privatpersonen horteten aufgrund der unsicheren Lage ihr verdientes Vermögen lieber als Bargeld Zuhause. Mangelndes Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit von Dritten kann demnach zu einem wirtschaftlichen Stillstand führen, dessen Konsequenzen zum Teil nur schwierig abgeschätzt werden können. Im Beispiel von Million (2011) entwickelt sich durch die Hortung von Banknoten eine Bankenkrise, die dann von einer deflationären Krise begleitet wurde. Im Falle einer Bankenkrise ist somit akut die Versorgung des Wirtschaftssystems mit Geld gefährdet. Wird die Gesellschaft nicht genügend mit Geld versorgt, steigt der Wert des Geldes und es

wird eher gehortet. Somit stellen sich deflationäre Tendenzen ein. Von deflationären monetären Krisen kann gesprochen werden, wenn die Versorgung des Funktionssystems Wirtschaft mit Geld nicht mehr gewährleistet werden kann. Typische Symptome zeigen sich durch die vermehrte Hortung von Geldbeständen und Einstellung der Zahlungsbereitschaft. Die Erwartung von sinkenden Preisen verstärkt dabei die deflationäre Entwicklung, weil eher mit dem Konsum abgewartet wird. Zahlungen als Letztelement wirtschaftlicher Kommunikation scheinen jedoch unabdingbar für ein funktionierendes Wirtschaftssystem. Durch die sinkende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird dann eine eigentliche Absatzkrise ausgelöst, weil die Produzenten ihre Waren auf dem Markt nicht mehr verkaufen können. Bei deflationären monetären Krisen steigt somit auch die allgemeine Arbeitslosigkeit, was die Geldhortung innerhalb einer Volkswirtschaft gleichzeitig noch verstärkt.

Inflationäre monetäre Krisen zeigen sich durch einen raschen Vertrauensverlust in die Werterhaltungsfunktion von Geld. In diesem Falle wird Geld nicht gehortet, sondern durch die Erwartung von zunehmend steigenden Preisen wird Geld etwa in lukrativere Anlagen investiert (z.B. Aktien) oder es wird schneller ausgegeben. Inflation ist mit mehreren Begleiterscheinungen konfrontiert. So kann zum Beispiel die erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wegen der erwartenden Steigerung des Preisniveaus die Inflation weiter anheizen. Zweitens kann es zu einer Lohn-Preis-Spirale kommen, etwa wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Verlust der Kaufkraft durch Lohnerhöhungen kompensiert wissen wollen. Selten kommt es zu einer sogenannten Hyperinflation. Durch die dabei verursachte massive Erschütterung des Vertrauens wird die Frage nach der „Rechten Natur des Geldes“ wieder gestellt. Alternativgeld spielt zunehmend eine wichtige Rolle und es kann die Forderung gestellt werden, dass Geld auf Basis einer soliden Grundlage (zum Beispiel durch die Golddeckung und einer garantierten Konvertibilität) abgesichert werden muss.

Es stellt sich die Frage, wie trennscharf sich die einzelnen Dimensionen monetärer Krisen konzipieren lassen. Gerade in Bezug auf Bankenkrise stellt sich später häufig

eine deflationäre monetäre Krise ein. Mangels notwendigen Kapital in Form von Krediten können Unternehmen nicht investieren, Arbeitsplätze gehen verloren und aufgrund der Gefahr durch Arbeitslosigkeit horten Konsumenten ihr Geld lieber, als es auszugeben und lösen damit eine deflationäre Krise aus. Die Geldhortung wirkt exkludierend, da einerseits Zahlungen nicht mehr getätigt werden, also eine Art Selbstexklusion gewählt wird, und andererseits profitieren Dritte nicht mehr von der Möglichkeit des Gebrauchs von Geld. Erstens gelangen sie nicht mehr über Zahlungen zu Geld, zweitens können sie sich aber auch nicht Geld in Form von Krediten beschaffen. Dritten spielt bei der Vergabe von Krediten das Systemvertrauen nicht mehr, womit die Mechanismen der Geldschöpfung stark eingeschränkt werden. Zwischen den einzelnen Formen monetärer Krisen lassen sich also unterschiedliche Beziehungsformen ausmachen. Die Kritik an geldpolitischen Entscheidungen ist dann auch, dass mit einer bestimmten Gegenmassnahme oft neue Probleme, also neue Formen monetärer Krisen, geschaffen werden.

### **3.2.1 Die historische Dimension monetärer Krisen**

Je nach historischen und soziologischen Kontext treten monetärer Krisen unterschiedlich auf. Medium, Sozialstruktur und Semantik unterstehen evolutionären Prozessen, verändern sich also im Laufe der Zeit. In diesem Kapitel soll dies anhand des Vergleichs von zwei monetären Krisen gezeigt werden. Zuerst wird die Bankenkrise der USA und der anschliessenden Diskussion zwischen Greenbackers und Bullionists diskutiert. Anschliessend wird gezeigt, wie durch die Institution der Zentralbank sich monetäre Krisen verändern. Hierfür werden wir an die Diskussion von Paul (2009) anschliessen.

Bei Carruthers und Babb (1996) geht es um den intrinsischen Wert des Geldes. Es stellt sich also die Frage, wie der Wert des Geldes sichergestellt werden konnte. Vertrauens fördernd wirkte die Garantie der Golddeckung. Aus heutiger Sicht ist die Golddeckung nicht mehr notwendig um das Vertrauen in Geld zu stützen. Gold als Deckung scheint heute absurd mit dem Wissen, dass Gold als Warengut den Wert aus der Dynamik von Nachfrage und Angebot gewinnt und nicht einen inhärenten fast

schon göttlichen Wert besitzt. Bei der Debatte um den Greenback und Golddeckung ging es jedoch genau um diese Frage. In ihrer Arbeit zeigen Carruthers und Babb (1996) auf, dass die Effektivität von Geld nicht in der Natur des Geldes selbst liegt, sondern in den Erwartungshalten der Menschen. „Cowrie shells, bars of salt, printed paper, accounting entries, and stamped pieces of metal have virtually nothing in common except that, at different times and places, they have all functioned as money.“ (Carruthers and Babb, 1996: 1557) Als soziale Konvention erfüllen unterschiedliche Materialien und Gegenstände die Geldfunktion. Vor dem amerikanischen Bürgerkrieg stützte sich das Währungssystem der USA auf ein bimetallisches System. Gold und Silber wurden allgemein für die Deckung von Papiergeld benutzt. Um 1850 bestand das amerikanische Bankensystem jedoch aus mehreren Hundert Banken, die jeweils ihr eigenes auf Gold gestütztes Papiergeld ausgeben durfte. Das Vertrauen in eine Banknote wurde nur durch das Vertrauen in das herausgebende Bankinstitut gestützt. Das war insofern problematisch, weil nicht wirklich eingeschätzt werden konnte, wie hoch nun der Wert der jeweils zur Verfügung gestandenen Banknote nun wirklich war, d.h. Ob sie wirklich mit Gold und Silber gedeckt war. Nach Ausbruch des Bürgerkriegs wurde Gold gehortet und die Zahlungsfähigkeit der Banken war nicht mehr garantiert. Dies wurde zuerst mit der Einführung von nichtkonvertiblem Papiergeld (Greenbacks) gelöst. Im Gegensatz zu den privaten Geldschöpfern waren die Greenbacks von offizieller Seite staatlich ausgegeben, so konnte die Vertrauenswürdigkeit erhalten bleiben, weil die Greenbacks offiziell für die Zahlung von Steuerschulden benutzt werden konnten. Die spätere Diskussion mündete in den Streit zwischen Bullionist (Hard-Money) und Greenbackers (Soft Money). Sie stritten sich um die Frage, wie der Wert des Geldes sichergestellt werden konnte. Für die Bullionist musste Geld über einen „intrinsic value“ besitzen. So waren Gold und Silber notwendige Instrumente zur Deckung des Geldes, weil sie – gemäss den Bullionisten – einen immanenten Wert besitzen. „At times, the bullionists adopted a distinctly social Darwinist tone, for as Wilson put it: 'Gold and silver are money by the action of the law of the survival of the fittest'“

(Wilson 1878, p. 9, see also U.S. Monetary Commission 1877, p. 39: zitiert aus Carruthers and Babb, 1996: 1567) Ausserdem wurde Gold eine Wertbeständigkeitsfunktion unterstellt, währenddessen Papiergeld aufgrund früherer Erfahrungen mit Inflation und Wertverlust gleichgesetzt wurde. Sie unterschieden zwischen realem „physischem“ Geld und irrealem „künstlichem“ Papiergeld. Im Gegensatz dazu war Geld für die Greenbackers ein Zahlungsmittel, dessen Legitimität alleine durch die gesetzliche Gewalt sichergestellt werden konnte. „All money, whether it be gold, silver, or paper, derives its chief value from the fact that government and governments do enact arbitrary laws declaring it money for the payment of debts, thereby creating chief demand for it.“ Ensley 1877, p. 5; see also Lockwood 1875, p. 15: zitiert aus Carruthers and Babb, 1996: 1570). Die Konvertibilität von Papiergeld war aus Sicht der Greenbackers irrelevant, solange jedermann das Papiergeld als gültiges Zahlungsmittel akzeptierte. Hier widerspiegelt sich die These der sozialen Konstruktion und der politischen Natur des Geldes – wie von Axel T. Paul behauptet.<sup>11</sup> Einige Greenbackers behaupteten, Inflation wäre im Prinzip nützlich, da fortlaufend steigende Preise die Leute dazu nötigen, würde das Geld schneller auszugeben. Die durch die erhöhte Nachfrage gesteigerte wirtschaftliche Tätigkeit wäre für die Gesellschaft sehr vorteilhaft. Der Text von Carruthers and Babb (1996) zeigt sehr gut die gesellschaftlichen Dynamiken im Kontext einer monetären Krise auf. Der durch die Vertrauenskrise verursachte Denaturalisierungsprozess von Geld und die anschliessende Diskussion um die „Rechte Natur des Geldes“ sind elementare Dimensionen der damaligen monetären Krise. Der politische Diskurs war geprägt von der Frage was Geld ist und wie sichergestellt werden kann, dass es seine Funktion erfüllt. Ist es primär ein Tauschmittel, ein Zahlungsmittel oder ein Werterhaltungsmittel? Worauf gründet sich sein Wert. Entweder konstruktivistisch durch den Beschluss einer kollektiv

---

11 „Money is a creature of law, is created and upheld by law“ (Wolcott 1876, p. 6) und „We, the people, make the government. We give the government power to make, provide and issue money under proper rules and regulations. ... We make our own money, we issue it, we control it. We regulate it, and no single man or company of men have any right to make or issue any kind of money“ (Wolcott 1876, p. 21) Zitiert von Carruthers and Babb, 1996: 1572.



bindenden Entscheidung oder ist der Wert in der Umwelt der Gesellschaft zu verorten, wo niemand etwas auswirken kann? Dazu kommen Interessen von verschiedenen Gruppierungen, ob Geld in erster Linie konstant den gleichen Wert aufweisen soll, oder ob doch nicht eine Inflation mit allen Folgen sogar begrüsst wird. Interessant ist nun, dass die amerikanische Gesellschaft auf die damalige monetäre Krise mit einer Monopolisierung des Bankwesens reagierte, zumindest wenn es um die Frage geht, wer nun wirklich Geld ausgeben darf. Das Fed reagierte auf die Schwäche des damaligen im 19. Jahrhundert vorherrschenden Bankensystems und erlaubte eine Stärkung des Finanzsystems. Mit der Gründung der Fed nahm die Politisierung des Geldes zu. Die Monopolisierung der Geldausgabe erlaubte eine grössere Übersichtlichkeit und stärkte somit auch das Systemvertrauen. Zwar konnte sich das Goldsystem nach wie vor durchsetzen, jedoch wurde mit der Monopolisierung gleichzeitig auch der Grundstein für die Einführung von fiat money gelegt.

Axel T. Paul erarbeitet in seinem Fachartikel in der Sonderausgabe der Kölnerzeitschrift zur Wirtschaftssoziologie (2009) den Zusammenhang von Funktion des Geldes und Aufgaben der Zentralbanken heraus und zeigt die politische Natur des Geldes auf. Dies tut er anhand des Vergleichs von zwei Geldreformer; Silvio Gesell und Friedrich von Hayek. Axel T. Paul zeigt auf, dass die Zentralbank der wichtigen Funktion zukommt, zwischen verschiedenen Interessensgruppen mithilfe geldpolitischer Massnahmen zu vermitteln. Wichtigste Erkenntnis von Paul scheint mir demnach die These, dass Geld nicht ein blosses Tauschmedium für die Marktwirtschaft ist, sondern die Marktwirtschaft an sich erst konstituiert. Ein typisches medientheoretisches Argument:

„Doch ihre Hoffnungen {gemeint sind allgemein Geldreformer}, das Geld technisch oder institutionell auf den Status eines blossen Mittlers herabzudrücken und damit zu dem zu machen, was es der herkömmlichen theoretischen Lesart zufolge ohnehin bereits ist, sind verfehlt, nicht nur insofern das Geld den Markttausch nicht nur erleichtert und als 'falscher Eigenwert' allenfalls stört, sondern weil es die Marktwirtschaft einschliesslich ihres zivilisierenden Potenzials und ihrer krisenhaften Entwicklungen allererst konstituiert.“ (Paul, 2009: 244).

Gemäss Paul handelt es sich bei Geldreformen primär um sozialpolitische Anliegen. Bei Gesell geht es dabei um die Trennung „der ökonomisch potenziell dysfunktionalen Verknüpfung der Tauschmittel- mit der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, (...)“ (Paul, 2009: 244).

„Diesen strukturellen Vorteil der Geld- vor den Warenbesitzern, so Gesell, liessen jene sich von diesen für den Kreditzins respektive die zeitweilige, aufpreispflichtige Bereitstellung des von ihnen vorgehaltenen, also vorerst nicht gebrauchtem Kapitals für fremde Zwecke abkaufen. Der Zins gleiche damit einer von den privaten Geldhaltern erhobenen, geradezu raubritterlichen Benutzungsgebühr des Marktwegenetzes. Der dem Geld im Unterschied zur gebrauchswertfixierten Ware als universalem Äquivalent geschuldete objektive Vorteil des Geldhalters beziehungsweise dessen qua Kassenhaltung unter Beweis gestellte aktuelle Nicht-Bedürftigkeit dürfe weder unter ethischen noch unter ökonomisch funktionalen Aspekten durch die Zahlung einer ihrerseits geldförmigen und damit das Ungleichgewicht zwischen Waren- und Geldbesitzern nur verstetigenden Geldmobilisierungsprämie belohnt werden.“ (Paul, 2009: 246)

Paul bezeichnet Gesell als proto- oder präkeynsianisch. Dies tut er deshalb, weil Gesell sich der Beziehung zwischen Geldwesen und Realwirtschaft letztlich sehr wohl bewusst war. Geld- oder Kreditkrisen können als Bedrohung und Ursache für Krisen in der Realwirtschaft angesehen werden. Wie Keynes zielt Gesell auf die Ankurbelung der Nachfrage um wirtschaftliche Krisen zu beseitigen. Wenn Geld gehortet wird, der Konsum einbricht und Kredite nicht mehr vergeben werden, so kann sich das auf realwirtschaftliche Prozesse auswirken.<sup>12</sup> Gesells Überlegungen zum Thema Geld erweisen sich richtig, da die Geldmenge im Kontext des Goldstandards nicht beliebig ausgeweitet werden konnte, ohne zu Riskieren, dass damit der Golddeckung gefährdet werden würde.

---

12 Eine solche Kopplung herrscht auch in der Beschreibungssemantik von wirtschaftlichen Börsengeschehnissen vor. Die Tatsache der steigenden Börsenkurse, obwohl die realwirtschaftlichen Umstände nicht für steigende Kurse sprechen würden, sorgt für Verwirrung und Irritation. Dazu im NZZ-Online Artikel mehr: <http://www.nzz.ch/meinung/uebersicht/geldpolitisch-getriebener-boersen-boom-auf-bruechigem-fundament-1.18083495> (gesehen am 20.05.2013).

„Mit der in den 1930er Jahren vollzogenen Abkehr vom Goldstandard (Eichengreen 2000: 113-126) wurde die öffentliche Hand geldpolitisch allerdings frei. Deflationen konnte fortan, wie aktuell von der EZB und FED vorexerziert {gemeint sind die Reaktionen der Zentralbanken auf die Finanzkrise 2008}, gegengesteuert werden, wenn auch um den nicht unerheblichen Preis, die Spekulation anzutreiben und zumindest mittelfristig der Inflation Vorschub zu leisten.“ (Paul, 2009: 247).

Wichtigste Erkenntnis von Paul scheint die bereits im Titel erwähnte „politische Natur des Geldes“. Geld ist öffentliches wie privates Gut zugleich und untersteht somit politischen wie auch wirtschaftlichen Interessen. Dieses Spannungsverhältnis im Sinne der Logik der wirtschaftlichen Dynamik, wie auch der Logik des „Individualismus“ auszunutzen, ist so gemäss Paul, Aufgabe der Zentralbanken. Zentralbanken sichern nicht nur die Preisstabilität und fördern wie die FED eine beschäftigungsfördernde Wachstumspolitik (letzteres steht oft im Zielkonflikt mit ersterem), sondern schlichten auch den Klassenkampf zwischen Gläubigern und Schuldner. Das Kapital steht dem Schuldner potenziell zur Verfügung, solange gesicherte Rahmenbedingungen wie etwa Preisstabilität vorherrschen.

„Dass derartige Krisen überhaupt möglich sind, dass das Say'sche Gesetz nicht gilt, ja aufgrund zeitlicher Trennung {Zeitdimension} von Kauf und Verkauf einerseits, des dem Geld allein schon aus einer Brückenfunktion zuwachsenden Eigenwerts andererseits gar nicht gelten kann, erfordert externe, (geld-)politische Eingriffe in den Markt. Eben weil Geld schon in einem rein technischen Sinne nicht neutral ist, bedarf es einer Autorität oder Instanz, welche die Geldmenge so steuert, als ob es neutral wäre.“ (Paul, 2009: 258).

Damit kommt der Zentralbank die Aufgabe zu, zwischen verschiedenen Interessensgruppen zu vermitteln. Zwischen Gläubiger und Schuldnern (Zinsniveau), zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dies tut sie durch geldpolitische Massnahmen. Im Endeffekt garantiert sie die Versorgung der Akteure mit Geld und sei es nur, in dem die kurzfristigen Zinsen niedrig gehalten werden mit dem Effekt dass idealerweise das langfristige Zinsniveau sinkt. Ob die Kritik an der Schweizerischen Nationalbank eine sozialpolitisch motivierte Kritik war, wird sich anhand des gewählten Fallbeispiels im nächsten Kapitel zum Thema Freiwirtschaftslehre noch zeigen. Dabei handelte es sich bei der damaligen

monetären Krise in den 1930er Jahren um eine andere Form monetärer Krisen als 1850 in den USA, wo die Frage nach dem intrinsischen Wert des Geldes diskutiert wurde (Vgl. Carruthers and Babb, 1996). Unsere Perspektive verfolgt deshalb einen evolutionären Ansatz, der historische Unterschiede fall-exemplarisch aufzuzeigen vermag. Erst durch die Erfahrungen der Krise in den USA 1850 konnte sich das System der Zentralbanken durchsetzen, womit eine eigentliche Geldpolitik einheitlich betrieben werden konnte. Zwar kann auch 1850 von einer Vertrauenskrise und Bankenkrise gesprochen werden, sie fusst aber auf die Diskussion hinsichtlich des intrinsischen Wertes des Geldes und weniger auf die korrekte Geldmenge, wie dies nach 1930 der Fall war. Es zeigen sich also besonders auf semantischer Ebene wesentliche historische Unterschiede.

#### **4. Explorative Fallstudie Freigeldbewegung Schweiz**

Bevor wir mit der semantischen Analyse der Freigeldbewegung Schweiz anfangen, müssen wir der Frage nachgehen, welche Probleme die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren innerhalb der Schweiz auslöste. Zu diesem Zweck wird das Buch „Wirtschaftsgeschichte in der Schweiz im 20. Jahrhunderts“ herangezogen. Das Buch wurde von Patrick Halbeisen, Margrit Müller und Béatrice Veyrassat herausgegeben und erschien 2012 im Schwabe Verlag. Es gilt als das umfassendste Werk zur Schweizer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In einem zweiten Schritt werden wir auf die allgemeinen Ziele der freiwirtschaftlichen Bewegung innerhalb der Schweiz eingehen. Diese bestanden in erster Linie aus drei elementaren Forderungen.

- (1) Die Einführung einer Indexwährung zur Stabilisierung des Preisniveaus
- (2) Einführung des Schwundgeldes
- (3) Bodenreformation

#### ***4.1 Die Schweiz und die Krise***

Wir werden einen kurzen Überblick auf den Zeitraum zwischen 1914 und 1939 werfen. Als erstes ist jedoch mit dem Vorurteil aufzuräumen, die Schweiz hätte unter der Krise weniger gelitten als andere Staaten; „Im Vergleich zum ausgesprochen starken Wachstum in den 1920er Jahren fiel der Wachstumseinbruch in den 1930er Jahren besonders drastisch aus. Dies widerspricht der in der Geschichtsschreibung häufig anzutreffenden Aussage, dass die Grosse Depression in der Schweiz relativ moderat verlaufen sei.“ (Müller und Woitek, 2012: 143). Wir werden zuerst den Verlauf seit 1914 nachzeichnen und dann der Frage nachgehen, mit welchen wirtschaftlichen Problematiken die Schweiz ab 1930 konfrontiert wurde. Besonders für die zum Teil unterschiedlichen Beschreibungen der Auswirkungen der Grossen Depression lässt sich eine plausible Erklärung finden. Gemäss Müller und Woitek (2012; 154) waren grosse Abweichungen und die unterschiedliche Betroffenheit der Branchen verantwortlich für die unterschiedliche Wahrnehmung der Krise. Die besonders stark betroffene Exportindustrie konzentrierte sich zum Teil in einigen Kantonen, mit dem Resultat, dass dort die Krise ungemein härter gespürt wurde als in der restlichen Schweiz.

Für Halbeisen und Straussmann (2012: 996ff.) markierte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Zäsur für das Schweizerische Wirtschaftswachstum. Ab 1914 verlief das Wachstum der Schweiz weniger gleichmässig als zuvor. Das dürfte auch für die restlichen westlichen Ländern zutreffen, wird aber im Text so nicht explizit genannt. Für uns interessant, scheint der Erste Weltkrieg besonders für die Geld- und Währungspolitik eine Herausforderung dargestellt zu haben. Zu diesem Zeitpunkt war die Golddeckung des Schweizer Franken Grundlage der Währungspolitik, doch zeigte sich bereits am 31. Juli 1914 die Grenzen dieser Währungspolitik.

„Der Kriegsausbruch führte auch in der Schweiz zu einem Run auf die Banken, die sich bei der SNB refinanzierten. Dies verursachte einen starken Anstieg des Notenumlaufs und eine rapide schwindende Metalldeckung, was die Behörden veranlasste, die Einlösepflicht am 31. Juli 1914 aufzuheben und die Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären.“ (Halbeisen und Straussmann, 2012: 997).

Aufgrund der Mindestmetalldeckung in der Höhe von 40 Prozent, versuchte die Schweizerische Nationalbank mittels Diskontsatzerhöhungen und Begrenzung des Notenwachstums das Wachstum der Geldmenge zu verringern. Durch die restriktive Geldpolitik verursachte die SNB eine Zahlungskrise, und weil die Geschäftsbanken ihre Zahlungsverprechen nicht richtig einlösen konnte, drohte eine ernst zu nehmende Bankenkrise. Die SNB musste um die Goldreserven zu schützen und die Einlösepflicht aufheben. Von 1914 bis 1918 vervierfachte sich der Notenumlauf, das Preisniveau verdoppelte sich. Halbeisen und Straumann erwähnten in Zusammenhang mit der hohen Inflation die Vertreter der Freigeldlehre; „Zum ersten Mal auf den Plan traten als schärfste Kritiker die Anhänger der sogenannten Freigeldlehre, welche die Politik der SNB bis zum Übergang zu flexiblen Wechselkursen Anfang der 1970er Jahre immer wieder mit zum Teil heftiger Polemik begleiten sollten“ (Halbeisen und Straumann, 2012: 998). Die Erhöhung des Notenumlaufs zur Verhinderung des drohenden Kollaps der Geschäftsbanken führte zu einer inflationären Krise. „Die Folge war eine inflatorische Entwicklung von beträchtlicher Dynamik, die 1918 zu einer Jahresinflationsrate von 25 Prozent führte, der höchsten in der Geschichte der SNB je erreichten Teuerung (Jordan und Rossi, 2010:22) Die freiwirtschaftliche Bewegung in der Schweiz reagierte dementsprechend auf die Verdoppelung des Preisniveaus. Das Konzept meiner Fallstudie ist durch die Gegenüberstellung der Schweizerischen Nationalbank und den Anhängern der Freigeldlehre vorstrukturiert. Die These, die nun auch Halbeisen und Straumann (2012) implizit mitlaufen lässt, kann nun expliziter ausformuliert werden. Die Vermutung, dass die soziale Bewegung der Freiwirtschaftslehre in der Schweiz mit der beginnenden monetären Krise und der Entstehung der Schweizerischen Nationalbank 1907 und deren Währungspolitik der Metalldeckung steht und fällt, kann nun bestätigt werden. Mit dem Beginn einer aktiven Währungspolitik der SNB verstärkt sich die Politisierung des Geldes. Das Medium Geld wird nun Gegenstand politischer Kalküle:

Da die Nominallöhne mit der Preisentwicklung nicht mithielten, sanken die Realeinkommen. Die Inflation trug massiv zu sozialen Spannungen bei und führte zu heftiger Kritik an der SNB. Es entbrannte eine Kontroverse über die angemessene Zentralbankpolitik. Kritiker wiesen der Nationalbank die Schuld an der Geldmengenexpansion und somit an der Inflation der Kriegsjahre zu. Die SNB, in der Denkweise der Goldwährung verhaftet, erwiderte, dass die primäre Ursache der Inflation in den Preiserhöhungen für die wichtigsten Importgüter lag, die ihrerseits eine Ausweitung des Banknotenumlaufs notwendig machten. Da es einer Zentralbank nicht möglich sei, das Preisniveau zu beeinflussen, könne die Eindämmung der Teuerung auch nicht Aufgabe einer Zentralbank sein“ ((Jordan und Rossi, 2010:22)

Die Zentralbanken dienen politischen Bewegungen als Verortungsmöglichkeit für geldpolitische Anliegen. Durch Kritik lassen sich Alternativmöglichkeiten aufgleisen. Trotz Schwierigkeiten waren nach dem Ersten Weltkrieg die meisten politischen Parteien sich einig, dass der Goldstandard einzig allein als Garant für Wohlstand und Wachstum dienen konnte. Somit waren in den Nachkriegsjahren die Hauptziele die Konvertibilität und die Wiederherstellung der Stärke des Schweizer Frankens auf Vorkriegsniveau. „Eine Abwertung oder ein Papiergeldstandard mit flexiblen Wechselkursen war nur unter Spezialisten und in der Freigeldbewegung ein Thema.“ (Halbeisen und Straumann, 2012: 1003). Die Einführung des Goldstandards in den Nachkriegsjahren führte zu einer hohen Deflationsrate. Die Deflationsrate stieg bis auf 18 Prozent und wurde von einer starken Rezession begleitet.

In den späteren 1920er Jahre entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu den Nachbarländern sehr gut. „Zwischen 1922 und 1929 wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in 1990 Int. GK \$) im Durchschnitt um real 4.17%, während es sich in Westeuropa(...), um durchschnittlich 1,39% erhöhte“ (Halbeisen und Straumann, 2012: 996). Hingegen litt die Schweiz zwischen 1929-1939 stärker an der Grossen Depression im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern. Während das BIP in der Schweiz in dieser Zeit um durchschnittlich 0,65% sank, stieg es in Westeuropa durchschnittlich um 1,39%. Der Einbruch war in den Ländern wie Deutschland zu Beginn der 1930er Jahren tiefer als in der Schweiz, dafür dauerte die Krise in der Schweiz länger an. Sozialgeschichtlich lässt sich jedoch feststellen,

dass die Härte des Einbruchs nicht für alle Wirtschaftssektoren gleichermassen gespürt wurden. Insbesondere der Landwirtschaftssektor erholte sich ab den 1930er Jahren und erlebte einen markanten Aufschwung. Auch die Dienstleistungssektoren erholten sich relativ schnell, wobei die exportorientierten Dienstleistungen es im allgemeinen mit schwierigeren Umständen zu tun hatten, als diejenigen, die ihre Geschäftstätigkeit hauptsächlich im Inland konzentrierten. Dies wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Am härtesten wurde der Industriesektor getroffen. Müller und Woitek (2012: 146ff.) nahmen die Daten zu den Stellensuchenden als Indikator – trotz der damals ungenauen Statistiken. Nach 1930 nahm die Anzahl der Stellensuchenden drastisch zu. Aufgrund der problematischen Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik, da nur registrierte Stellensuchende erfasst wurden, können wir davon ausgehen, dass die Arbeitslosenzahlen statistisch unterschätzt wurden. Abgesehen vom landwirtschaftlichen Sektor, erlebten alle Wirtschaftssektoren eine massive Phase der Unterbeschäftigung. Der exportorientierte Industriesektor und das Baugewerbe wurden dabei am härtesten getroffen (Müller und Woitek, 2012: 147). Die Exportindustrie wurde am härtesten getroffen, da die Schweiz weniger unter einer inländischen Absatzkrise litt, sondern vielmehr der Export von Gütern zusammenbrach. Im Gegenteil wirkte der inländische Konsum auf die Konjunktur zunächst stabilisierend. Der Konsum lässt sich nach Bohn (2009) strukturell in den peripheren Bereich des Wirtschaftssystems verorten. Die Güter des täglichen Bedarfs werden weniger schnell eingeschränkt im Vergleich zur Kreditvergabe (Zentrum) und Investitionen (Semi-Peripherie). Ab 1932 kann der zu erwartende Investitionseinbruch der sich dann im Bruttoinlandsprodukt niederschlug und auch das Wachstum des Konsumbereichs stoppte. Die Absatzkrise lässt sich also am ehesten in der Semi-Peripherie verorten, wo entweder wegen mangelnden Vertrauen die Kreditvergabe massiv eingeschränkt wurde oder Investitionsprojekte aufgrund der erwartenden Flaute gestoppt wurden. Die Absatzkrise war eine von der Schweiz verursachte Krise, da sie sich zunächst für eine aktive Deflationspolitik entschied. Durch den Zusammenbruch des Goldsystems nach 1931, nachdem Grossbritannien



die Goldkonvertibilität aufhob, sah sich die Schweiz wegen des sinkenden Wechselkurses vom Pfund dazu gezwungen, eine aktive Förderungspolitik für die Exportindustrie einzuführen.

Bundesrat und Nationalbank sahen sich vor die Wahl gestellt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz entweder durch eine Abwertung des Frankens oder durch Deflation wiederherzustellen. Sie entschieden sich zunächst für das Festhalten an der Goldparität und damit für eine Deflationspolitik. (Halbeisen und Straumann, 2012: 997)

Ab 1936 erholte sich die Schweizerische Wirtschaft dank einer Abwertung des Schweizer Franken um 30 Prozent. Auch Müller und Woitek (2012) kamen zum Schluss; „Dass die Nationalbank jedoch so lange an der Goldparität festhielt, verzögerte den wirtschaftlichen Aufschwung.“ (Müller und Woitek, 2012: 154). Zusammen mit Belgien, Frankreich, Italien, Polen und den Niederlanden bildete die Schweiz ab 1933 den Goldblock. Grossbritannien und die USA folgten einer Abwertungspolitik, Deutschland ging einen dritten Weg und führte ein Clearingsystem ein. Die Schweiz hielt trotz des Zusammenbruchs des internationalen Goldstandards weiter an der Golddeckung des Schweizer Frankens fest und führte eine harte Deflationspolitik mit dem Ziel durch sinkende Löhne und Preise die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig ging sie damit das Risiko ein, die Absatzkrise im Inland zu verstärken und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit auszulösen. Sie war es auch, die als letzte Nation des Goldblocks die Goldparität aufgab, wobei der Schweizer Franken immer noch an Gold gebunden war, einfach zu einer tieferen Parität. Die Autoren Halbeisen und Straumann (2012: 1010) zählen vier Erklärungsmöglichkeiten auf, wieso die Schweizerische Nationalbank solange an der Goldparität festhielt;

1) Der wirtschaftliche Einbruch der Schweiz war bei weitem nicht so dramatisch wie in den anderen Ländern. Diese These widerspricht der vorher von Müller und Woitek (2012) geäusserten Feststellung. Die Schweiz hätte sehr wohl unter der Krise gelitten, zum Teil sehr hart. Zumindest hatten Müller und Woitek mit der Feststellung recht, dass sich hier unterschiedliche Geschichtsauffassungen finden lassen.

2) Die SNB verfügte über hohe Goldreserven, weshalb sie Spekulanten lange genug die Stirn bieten konnte. Positive Zahlungsbilanz und ein robustes Bankensystem dienen Halbeisen und Straumann (2012) als weiteres Erklärungsmodell.

3) Das politische System galt als Stabil. Trotz der erstarkten Rechten und Streiks kam es nie zu einer Bürgerkriegsähnlichen Situation.

4) Hielt die Schweiz noch an ökonomischen Modellen des 19. Jahrhunderts fest. Die Abwertung der Löhne und Preise bis 30 Prozent galt als verkraftbar. Erst spät erwachte gemäss den Autoren Halbeisen und Straumann (2012) die Einsicht, dass die Deflationspolitik gescheitert war.

Zwischen dem Zeitraum des ersten und zweiten Weltkrieges können wir nun unterschiedliche Phasen von monetären Krisen ausfindig machen. Zu Beginn des ersten Weltkriegs können wir die erste Phase ausmachen. Aufgrund des Kriegsausbruchs verursachter Bankenrun drohte eine Bankenkrise. Durch die Aufhebung der Einlösepflicht des Schweizer Franken in Gold wurden Banknoten (fiat money) zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Die umlaufende Notenmenge nahm rapide zu, so dass die zweite Phase durch eine inflationäre monetäre Krise gekennzeichnet war. Die dritte (Rückkehr zum Goldstandard anfangs 1920er Jahren) und vierte (Deflationspolitik nach 1931) waren durch eine deflationäre monetäre Krise geprägt, verbunden mit einer Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit.

## ***4.2 Die Ziele des Freiwirtschaftsbundes Schweiz***

Im folgenden Kapitel geht es um die Frage, welche Positionen die freiwirtschaftliche Lehre zur Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank einnimmt. Doch zuerst soll geklärt werden, welche allgemeine Positionen die freiwirtschaftliche Lehre in der Schweiz vertritt. Ein Plakat gefunden im Sozialarchiv Schweiz vermittelt einen ungefähren Eindruck. Dort steht etwa geschrieben; „Alle Räder müssen laufen, soll das Kapital versaufen“. Die Parole richtet sich gegen den sogenannten „Hochfinanz“, also gegen diejenigen, die über eine beträchtliche Menge an monetärem Kapital verfügen. Die freiwirtschaftliche Lehre ist jedoch von den sozialistischen und kommunistischen Lehren abzugrenzen. Einerseits sehen die Freiwirtschaftler den Klassenkampf selbst als Problem; „Armes zerrissenes Volk! Die Hochfinanz lacht deines ohnmächtigen Grolls! Die wahren Ausbeuter thronen sicher, solange dir blinder Klassenkampf gepredigt wird, solange sich Bauer und Sozi als feindliche Brüder bekämpfen“ (Plakat, Datum unbekannt). Andererseits wird in der 5. Januarnummer der Freiwirtschaftlichen Zeitung 1932 berichtet, dass es sich um die Freiwirtschaftslehre nicht um eine sozialistische Lehre handelt. So steht geschrieben; „Aus Gründen einer heuchlerischen und unwahren Propaganda haben die Freiland-Freigeld-Agitatoren gerne behauptet, sie seine Sozialisten und ihre Lehre habe als sozialistische Lehre zu gelten. Damit haben sie, wie erinnerlich, da und dort auch ein Parteimitglied irrezuführen vermocht.“ (Freiwirtschaftliche Zeitung, 1932, Nr. 5).

Interessant ist jedoch die innere Zerrissenheit bei dieser Frage. Der Artikel in der freiwirtschaftlichen Zeitung versucht dieses Bild jedoch zu korrigieren und erklärt den Unterschied zum Kommunismus/Sozialismus. Gemäss dem Artikel muss die Aufhebung der Ausbeutung des Volkes nicht über die Verstaatlichung der Produktionsmittel laufen. Auch grenzt sich der Artikel vom Kommunismus nach dem Vorbild Russlands ab;

„Obgleich die Nationalisierung (Enteignung) des Grossbesitzes, Russland in wenigen Jahren 'Freiland' geschaffen hatte, lässt sich die Art der brutalen Durchführung, die dort stattfand, mit den durchdachten, gerechten und sanften Übergängen zur natürlichen Wirtschaftsordnung Silvio Gesells nicht vergleichen.“ (Freiwirtschaftliche Zeitung, 1932, Nr. 5).

Die Freiwirtschaftler können demnach nicht mit den Sozialisten und Kommunismus gleichgestellt werden. Es ging ihr nicht um Klassenkampf und Revolution, sondern um eine langsame evolutionäre Wandlung, hin zum Modell der Freiwirtschaft. In erster Linie ging es konkret bei der freiwirtschaftlichen Bewegung in der Schweiz um die Bekämpfung der Deflationspolitik, die die Schweizer Regierung konsequent durchsetzte. Ziel der Deflationspolitik war die Senkung des allgemeinen Preisniveaus in der Schweiz um international die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Sie führte jedoch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und zu einer Absatzkrise. Aufgrund des sinkenden Preisniveaus erlagen Investitions- und Konsumkraft. Das Anliegen der freiwirtschaftlichen Lehre in der Schweiz war nun als politische Gegenthese die Gleichstellung von Preis und Ware, das heisst langfristig die Einführung einer Indexwährung zur Stabilisierung der Kaufkraft des Schweizer Franken. So schrieb Fritz Schwarz in einem Brief an Gesell vom 13. März 1928;

„Heute oder morgen versende ich auch an alle Bundesmitglieder einen Rundbrief mit Geldmuster; denn nun, nachdem Bachmann die Möglichkeit der festen Währung zugegeben hat, müssen wir mit aller Macht mit dem Gedanken der unbedingten Gleichheit zwischen Ware und Geld kommen; jetzt ist dieser Gedanke leicht den Leuten klar zu machen. So ungefähr : Wenn Ware und Geld im Gleichgewicht sein sollen, wie Bachmann sagt, so tuts die Menge nicht allein – es muss auch eine innere Übereinstimmung sein.“ (Schwarz, 1928).

Klar ersichtlich wird die auf demokratische Prinzipien gestützte Vorgehensweise. Nicht durch Revolution soll die Freiwirtschaft errichtet werden, sondern durch die Bildung einer demokratisch legitimierten inneren Überzeugung. In einem Rechenschaftsbericht vom Grossrat Fritz Schwarz in Bern weist Schwarz darauf hin, dass seine Vorstösse sowohl der Verhinderung von Geldhamsterung, Deflation, Inflation galt, wie aber auch der Einführung einer Festwährung. Schwarz stützt sich auf eine Eingabe der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, wonach „die Krise die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer machen.“ (Schwarz, Datum unbekannt: 3) Um die drohende Verschuldung des Kanton Berns zu verhindern und um die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderklaffen zu lassen,

plädiert Fritz Schwarz für eine Steuergesetzrevision. Hürden meint Schwarz wiederum in den Preisschwankungen festzustellen und sieht dies als Chance für ein Plädoyer für eine Indexwährung;

„Aber was nützt wiederum ein gutes Steuergesetz, wenn die Schwankungen des Geldwertes Mein und Dein durcheinander werfen, wenn die Inflation die Lebenskosten erhöht und das steuerfreie Existenzminimum zu einem lächerlichen Nichts zusammenschmilzt? Wenn die Geldguthaben entwertet und die Schulden erleichtert werden, die Steuern aber beide gleichermassen treffen? Das zwingt uns wiederum zur grundlegenden Arbeit der Freiwirtschaftler zurück: zur Sicherung des festen Geldwertes, der festen Kaufkraft des Geldes, zum Kampf gegen Inflation und Deflation.“ (Schwarz, Datum unbekannt; 5)

Die freiwirtschaftliche Lehre richtet sich demnach gegen die Inflationskrise in den Nachkriegsjahren (2. Phase) sowie der später einsetzenden Deflation, verursacht durch die Wiedereinführung des Goldstandards (3. Phase) und der aktiven Deflationspolitik (4. Phase). Sie reagiert damit auf die inflationären und deflationären monetären Krisen und macht grösstenteils die Politik sowie die Schweizerische Nationalbank für die Misere verantwortlich. Gemäss der freiwirtschaftlichen Lehre ist die Nationalbank verantwortlich für die Bekämpfung der Geldhamsterung, Inflation und Deflation und für die Sicherung der Kaufkraftstabilität des Schweizer Franken.

In ihrem Parteiprogramm (Datum unbekannt) betont die freiwirtschaftliche Lehre die Bedeutung der Wirtschaft für eine demokratische Gesellschaft. Das Sicherheitsbedürfnis in einem demokratischen Land besteht in erster Linie darin, einer gesicherten Erwerbstätigkeit nach zu gehen.

„Sicherheit für die Massen der Unselbständigerwerbenden bedeutet: Gewissheit, dass ihre Arbeitskraft dauernd gesucht bleibt. Ist dies der Fall, d.h. Werden ständig mehr Arbeitskräfte gesucht als vorhanden sind, dann muss das Einkommen der Arbeitenden steigen. Wenn eine vernünftige Geldpolitik gleichzeitig dafür sorgt, dass die Preise nicht allgemein steigen können, ist die Lohnsteigerung logischerweise nur auf Kosten der in den Preisen ebenfalls einkalkulierten Zinsen und Übergewinne möglich. So führt die Vollbeschäftigung, die durch Inflationsfieber nicht übersteigert und durch Deflationsdruck nicht unterbrochen werden darf, in voller Freiheit zur allmählichen Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung (Parteiprogramm, Datum unbekannt: 14).

Die liberal-sozialistische Partei Schweiz will dies vor allem über eine bestimmte Geld- und Währungspolitik erreichen. Um die Kaufkraft des Geldes zu stabilisieren, will sie eine Indexwährung einführen. Allgemein sind die Freiwirtschaftler der Meinung, dass über die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes in erster Linie

- (1) eine ununterbrochene gute Konjunktur erreicht wird
- (2) zu einer Vollbeschäftigung führt und
- (3) zu einem ständig wachsenden Wohlstand führt.

Konjunkturzyklen sind gemäss dem Parteiprogramm auf die Effekte einer länger andauernden guten Konjunktur zurückzuführen. Durch die Vermehrung der „Kapitalien“ wird der allgemeine Zinsfuss gedrückt. Folglich werden Investitionen zurückbehalten, es kommt zu einer Verlangsamung des Geldumlaufs. Doch das Geld muss gemäss den Freiwirtschaftlern fließen, denn „jede Verlangsamung des Geldumlaufs ist aber gleichbedeutend mit Absatzstockung und Verminderung der Arbeitsgelegenheiten, wodurch die Vollbeschäftigung gefährdet wird.“ (Parteiprogramm, Datum unbekannt: 15). Damit wären zwei Probleme identifiziert. Einerseits sieht die Freiwirtschaftliche Bewegung der Schweiz in der dynamischen Entwicklung des Geldwertes ein Problem, andererseits fürchtet sie immer eine Stockung des Geldumlaufs. Eine wirtschaftlich stabile Rahmenbedingung, d.h. konstantes Preisniveau, soll durch eine Indexwährung gewährleistet werden. Mit dem Mittel des Freigeldes, entwickelt von Silvio Gesell (Vgl. 1949), soll der Umlauf des Geldes sicher gestellt werden. Die Indexwährung wird über einen „Warenkorb“ an die Produkte des täglichen Bedarfs gekoppelt. Damit soll gewährleistet werden, dass die Geldmenge immer der Produktion entspricht, so dass die Kaufkraft des Geldes stabil bleibt. Wenn die Preise für ein Gut sinken oder steigen, muss der Staat als Geldschöpfer die Geldmenge so steuern, dass das Preisniveau konstant bleibt. Das Freigeld oder auch Schwundgeld genannt, führt dazu, dass kein Geld mehr gehortet wird, da eine Art Steuer auf den Besitz des Geldes erhoben wird. Zum Beispiel kann

ein Geldschein nach jeder Woche einen Prozent an Wert verlieren. Das würde dazu führen, dass Geld im Umlauf bleiben würde, weil niemand ein Interesse daran hätte, sein Geld buchstäblich beim Schwinden zuzuschauen. Zins und die Grundrente werden als illegitim betrachtet. Einerseits wirken sie gemäss den freiwirtschaftlichen Lehren der vollen Entfaltungsmöglichkeit einer Volkswirtschaft entgegen, weil das Kapital sich primär nach der Höhe der erhofften Kapitalverzinsung richtet, andererseits wird diese Form von Einkommen als arbeitsfreies Einkommen gering geschätzt. Die Kosten tragen zuletzt allgemein die Konsumentinnen und Konsumenten, da dadurch die Waren des täglichen Bedarfs unnötigerweise verteuert werden. Die grundlegenden Ziele bestehen darin;

„Auf der Grundlage einer krisenfreien Wirtschaft ohne Ausbeutung führt der Fleiss aller Arbeitenden des Geistes und der Hand zum Wohlstand des ganzen Volkes“. (Parteiprogramm, Datum unbekannt: S. 17).

Die Freiwirtschaftler möchten für alle eine Möglichkeit der Erwerbstätigkeit. Nach den Erfahrungen der Inflation in den 20er Jahren und den späteren deflationären Phasen sowie der erhöhten generellen Arbeitslosigkeit sollten die Mechanismen der Geldschöpfung mittels einer Indexwährung an die Produktion gekoppelt werden. Bleibt die Kaufkraft des Geldes stabil, so das Kalkül der Freiwirtschaftler, würden Produktionssteigerungen langfristig den Arbeiterinnen und Arbeiter zugute kommen.

„Gesell erkannte, dass der Zins bei ungehemmter Kapitalbildung 'in einem Meer von Kapital ersäuft' wird und zwangsläufig in Arbeitsertrag übergehen muss. Das ist aber nur möglich, wenn die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung einer dauernd vollbeschäftigten Wirtschaft geschaffen sind, d.h. Wenn jeder Unterbruch der guten Konjunktur durch Deflation, aber auch jede Entwertung des Geldes durch Inflation vermieden werden.“ (Parteiprogramm, Datum unbekannt: 16).

Inflation konnte mittels einer Indexwährung bekämpft werden, Deflation und Absatzkrisen mit Hilfe des Schwundgeldes. Langfristig wäre es zusammen mit der geplanten Bodenreform nur noch in Form von Arbeit möglich gewesen, ein Einkommen zu erwirtschaften, da Zins und die Bodenrente verschwinden würden. Letzteres will durch eine Bodenreform erreicht werden. Der Zins jedoch

verschwindet infolge der günstigen Wirtschaftsentwicklung. Aufgrund der Stabilisierung des Wirtschaftswachstum vermehren sich die Vermögenswerte. Diese fliessen den Banken und Sparkassen zu, wobei auch diese vom Schwundgeld betroffen sind. Die Banken wollen also das Geld möglichst schnell verleihen, da nur so der „Negativzins“ vermieden werden kann. Der Geldwert bleibt dank der Indexwährung gleich, so dass der Kredit eine Form der Werterhaltungsfunktion des Geldes übernimmt. Das Zahlungsversprechen bleibt in der Höhe gleich, während das Freigeld wegen des „Negativzinses“ dauernd an Wert verlieren würde.

Interessant ist die Stellungnahme der Zürcher Handelskammer (1934). Die Zürcher Handelskammer gilt mit ihrer 130 jährigen Geschichte zu den ältesten Wirtschaftsverbänden der Schweiz. Gegründet wurde sie 1873 mit dem Ziel für den Wirtschaftsraum Zürich günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Als Vertreterin von wichtigen wirtschaftlichen Handlungsträgern lässt sich begründen, wieso gerade die Zürcher Handelskammer als historische Quelle für eine mögliche Gegenpositionen neben der Vereinigung für gesunde Währung eignet. Als politischer Verband eignet sich ihre Perspektive für die Darstellung der Interessen von wirtschaftlichen Akteuren. Andererseits lässt sich doch einen klassenkämpferische Linie durch den Diskurs um die Freiwirtschaftler zeichnen. Während die Freiwirtschaftler primär eine Vollbeschäftigung anstrebten und somit den Interessen der Arbeiterschaft entgegenkamen stand die Zürcher Handelskammer für die Interessen der Zürcher Kaufleute und Industriellen.

In ihrer Publikation „Wirtschaftliche Publikation der Zürcher Handelskammer“ (1934) schreiben sie einen Artikel über die Freiwirtschaftslehre. In der Einleitung wird ersichtlich, dass die Zürcher Handelskammer den Schweizer Franken, gestützt auf Gold, gegenüber fiat money bevorzugt;



„In Zeiten der Not gesellt sich zur Verwirrung der Dinge nur allzu oft noch erschwerend die Verwirrung der Geister. Dafür zeugt die heutige Krise. Wie kein zweites Land in der Welt erfreut sich die Schweiz bis zum heutigen Tag einer intakten, gesunden Währung. Nun geht ausgerechnet gegen diese Währung eine Bewegung aussergewöhnlichen Ausmasses durchs Land. Es ist die Agitation des sogenannten Schweizer Freiwirtschaftsbundes, (...), der das Volk glauben machen will, es gebe nichts Verderblicheres für die Wirtschaft als unsere Goldwährung; diese sei daher ungesäumt zu beseitigen und durch blosses Papiergeld zu ersetzen.“ (Zürcher Handelskammer, 1934: 3).

Die Zürcher Handelskammer beklagt die aggressive Strategie des Freiwirtschaftsbundes, die jeden dazu zwingt eine Position zu ihrer Stellung einzunehmen. Die Position stehe diametral entgegen den allgemeinen Landesinteressen. Das Zitat drückt allgemeine Bedenken gegen „blosses“ Papiergeld aus. Auch wird die Krise dafür verantwortlich gemacht, dass die Freiwirtschaftslehre in der Schweiz an Popularität gewonnen habe. Die Bewegung sei nicht neu, deshalb könne der Aufschwung der Bewegung nur durch die Krise erklärt werden. Als erste Massnahme wird der Freiwirtschaftslehre vorgeworfen, sie würden utopische und unrealistische Ziele verfolgen.

„Einem jeden, selbst dem einfachsten Mann im Volke, wird dargetan, dass nach leichtem Rezept die Krise verschwinden und alles sich dauernd zum Besten wenden werde – wenn man nur wolle. In jeder Hinsicht gänzliche Wandlung: Gewerbe und Industrie erhalten reiche Aufträge. Handel und Verkehr kommen wieder in Gang. Die Löhne steigen dauernd, und mit ihnen wachsen die Ersparnisse. Zins und Grundschulden verschwinden, und für jedermann steht im Alter eine auskömmliche Rente sicher. Kein Klassenkampf mehr, Wohlstand und Friede überall. Aller Wünsche gehen in Erfüllung. - So verheisst der freiwirtschaftliche Kampf als Lohn geradezu das Wirtschafts-Paradies.“ (Zürcher Handelskammer, 1934: 4).

Wie im vorherigen Kapitel behandelt, sind die Ziele der Freiwirtschaftler tatsächlich sehr ambitiös. Durch die Indexwährung soll die Kaufkraft des Geldes stabil bleiben, das Wirtschaftswachstum, sowie die Löhne wachsen stetig und Zinses sowie Grundrenten verschwinden. Während der Freiwirtschaftsbund den Grund für die Nichtrealisierung dieser Ziele in der falschen Geldpolitik verortet, wirft die Zürcher Handelskammer dem Freiwirtschaftsbund Grössenwahnsinn vor. Der erste Punkt

liegt in der Vereinfachung der Krise seitens der Freiwirtschaftler. Für die Krise zählt die Zürcher Handelskammer mehrere Faktoren auf;

„die ungeheure Wertzerstörung im Weltkrieg, gewaltige Fehlinvestitionen, ruinöse Finanz- und Währungspolitik, das Schwinden des Vertrauens, die unglückselige Politik der Regierungen, die durch alle erdenklichen Abschliessungen den Weltverkehr nicht mehr aufkommen lassen, und viel anderes mehr.“ (Zürcher Handelskammer, 1934: 13).

Während die Zürcher Handelskammer zunächst politische Umstände für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen, ist gemäss den freiwirtschaftlichen Thesen die Ursachen der Krise jedoch im Medium Geld selbst zu verorten. Mit den in der Quantitätstheorie des Geldes vorhandenen Vorannahmen wird davon ausgegangen, dass die Geldmenge in Form einer Indexwährung so gesteuert werden soll, dass Inflation und Deflation als Anomalien des Geldgebrauchs vermieden werden sollen. Für die Zürcher Handelskammer beruht diese Annahme auf einem geldtheoretischen Irrtum. „Die Freigeldlehre beruht wie alle Papiergeldlehren auf dem Aberglauben an die Allmacht des Staates. Sie traut dem Staat die Fähigkeit zu, Geld aus dem Nichts zu schaffen und diesem Geld unabhängig von einer sachlichen Grundlage auf die Dauer einen bestimmten Wert zu verleihen.“ (Zürcher Handelskammer, 1934: 14). Die Zürcher Handelskammer misstraut eher den politischen Entscheidungsträgern und weist damit ein wesentlich höheres Systemvertrauen gegenüber dem Wirtschaftssystem auf als die Freiwirtschaftler. Der Einwand jedoch, dass der Staat nicht die Fähigkeit besitze, dem Geld einen bestimmten Wert zu verleihen, ist aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar. Die Diskussion um den intrinsischen Wert des Geldes ist auch älter, wie Carruthers und Babb (1996) aufzeigen konnten. Somit lassen sich zwei diametral entgegengesetzte Positionen um die Frage von Staat und Wirtschaft aufstellen. Die liberale Position betont die Eigendynamik des Wirtschaftssystems gegenüber dem Staat. Dessen Rolle reduziert sich auf die Sicherstellung von Eigentumsrechten und der Einhaltung der Garantie der Golddeckung. Die freiwirtschaftliche oder wie auch schon genannt prä-

keynesianische Position warnt vor den Tücken des Medium Geldes, spricht von „Marktversagen“ und macht die Politik (inklusive der Zentralbanken) verantwortlich für die Bekämpfung von monetären Anomalien. Diese Gegenüberstellung von Politik und Wirtschaft ist zwar nicht neu, jedoch ein wesentlicher kultureller Bestandteil der europäischen Geschichte. Mit dem Aufkommen des liberalen Bürgertums entwickelte sich eine Gegensemantik zur feudalistischen Adelherrschaft, die sich auf Konzepte wie Eigenverantwortung, Individualismus und Freiheit stützt. Nicht zuletzt spielt die bekannte These der „Unsichtbaren Hand“<sup>13</sup> von Adam Smith eine Schlüsselrolle bei der Argumentation für die liberalen Grundwerten. Die unsichtbare Hand ist eine Metapher für die Eigenlogik und Selbstregulation von Märkten. Die freiwirtschaftliche Position wie auch die Versuche der Greenbackers (Vgl. Carruthers und Babb, 1996) und anderen Protagonisten stehen für soziale Bewegungen mit dem Ziel, durch gezielte Massnahmen wirtschaftliche Prosperität zu garantieren. Die Politisierung des Geldes (Vgl. Paul, 2009) wurde immer wieder auf Reaktion von Wirtschaftskrisen und dem Erleben der Fehlbarkeit der Selbstregulation von Märkten vorangetrieben. Die Enttäuschung von Erwartungshaltungen führt zur Ausbildung einer neuen Semantik, die sich nicht mehr an der Unterscheidung feudal/liberal aufknüpft. Neu steht die Frage im Raum, ob wirtschaftliche Prozesse im Dienste des Allgemeinwohls gesteuert werden sollen, oder ob nicht in wirtschaftliche Dynamiken eingegriffen werden sollen. Gerade die freiwirtschaftliche Bewegung innerhalb der Schweiz betonte die Notwendigkeit der Vollbeschäftigung für die Arbeiterschaft. Durch erste geldpolitische Massnahmen kommt die Idee auf, wirtschaftliche Entwicklungen mit Hilfe des Medium Geldes steuern zu wollen. Geldpolitische Massnahmen sind demnach erste Versuche der Obrigkeit, die Wirtschaft über inhärente Logiken des Wirtschaftssystems (gegeben durch die Abhängigkeit vom Medium Geld) so zu manipulieren, ohne die Logik der funktionalen Differenzierung auszuhebeln. Geldpolitische Massnahmen, so musste die moderne Gesellschaft durch

---

13 Die Unsichtbare Hand ist eine Metapher für die Selbstregulierung des Marktes. Der schottische Ökonom und Moralphilosoph Adam Smith entwickelte das Konzept. Bekannt wurde die Metapher der invisiblen hand im Buch „The Wealth of Nation“, erstmals erschienen im Jahr 1776.

Experimentieren zuerst lernen, sind nicht frei von der Logik der Wirtschaftssysteme.

### ***4.3 Das Postulat vom Ständerat Sonderegger***

In diesem Kapitel geht es nun um die Gegenüberstellung der verschiedenen Positionen zum Thema Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank. Zuerst wird anhand der Festschrift (1932) die allgemeinen Ziele und Positionen der Schweizerischen Nationalbank erörtert. Anschliessend wird das Postulat vom damaligen Ständerat und Vertreter des Freiwirtschaftsbundes Schweiz Hans Konrad vorgestellt (vermutlich zwischen 1934 und 1935). Die Reaktionen auf das Postulat werden wir anhand von zwei Dokumenten der Vereinigung für gesunde Währung aufzeigen. Das erste Dokument unter dem Titel „Ablehnung des Freigeldes. Die Antwort von Herrn Bundesrat Meyer auf das Postulat Sonderegger“, wurde 1935 von der Vereinigung für gesunde Währung herausgegeben. Das zweite Dokument ist eine retrospektive Analyse von Hermann Schütz (1934).<sup>14</sup> Die Zentralbank gehört zu den wichtigsten geldpolitischen Institutionen. Die Diskussion um das Freigeld lässt sich konsequenterweise um die Schweizerische Nationalbank und ihre Geldpolitik aufknüpfen. Dies lässt sich unter anderem auch anhand einer von der Schweizerischen Nationalbank herausgegebenen Festschrift von 1932 festmachen. Die Festschriften erfassen jeweils die letzten 25 Jahre und beschäftigen sich mit Fragen der Rolle der SNB und ihrer Geldpolitik, sowie den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Festschrift beschreibt die Vorgänge seit der Gründung der SNB 1907 bis 1932. So schreibt die SNB (1932) bezüglich der Aufgabenstellung der SNB; „Artikel 39 der Verfassung und Artikel 2 des Bankengesetzes bezeichnen übereinstimmend als Hauptaufgabe der Nationalbank die Regelung des Geldumlaufs und die Erleichterung des Zahlungsverkehrs.“ (SNB,

---

14 Hans Konrad Sonderegger (1891-1944) war ein Vertreter der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell. 1931 trat er in den Schweizer Freiwirtschaftsbund ein und galt als führender Vertreter der Bewegung (Historisches Lexikon Schweiz, Internet, Zugriff am 16. August 2013). Bundesrat Dr. Albert Meyer übernahm 1934 die Leitung des Finanzdepartements im Bundesrat. Er war ein Verfechter des Goldstandards und wehrte sich zunächst gegen die Abwertung des Schweizer Frankens (Deflationspolitik). Musste die Abwertungs politik aber aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses im Bundesrat 1936 trotzdem durchführen (Historisches Lexikon der Schweiz, Internet, Zugriff am 16. August 2013).

1932: 388). Weiter wird jedoch einen gesetzlich eingerichteten Handlungsspielraum geschaffen, so dass die Wahrung der privatwirtschaftlichen Interessen Rechnung getragen werden solle.

„Der Grundgedanke der schweizerischen Notenbankreform, der schliesslich seine Verwirklichung in der Nationalbank fand, war die Schaffung eines mitten im Wirtschaftsleben stehenden Institutes, welches das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft gegenüber den Sonderinteressen des In- und Auslandes in finanz- und währungspolitischer Hinsicht wahren sollte. Diese Zielsetzung, gefestigt durch die Verleihung gesetzlicher Privilegien, überband der Nationalbank die Pflicht, im Interesse des ungestörten Ganges des schweizerischen Wirtschaftslebens an den die Wirtschaft berührenden Ereignissen, Fragen der praktischen Politik, wie der Gesetzgebung, tätigen Anteil zu nehmen.“ (SNB, 1932: 388 .)

Drittens betont die SNB die Wirkmächtigkeit ihres Tuns, in dem Sie mit ihrem gesetzlich zugesprochenen Monopol auf die Notenausgabe darauf hinweist, im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft mittels Kredit- und Valutapolitik Einfluss auf den Kapitalmarkt nehmen zu können. Die Selbstbeschreibung der SNB deckt sich mit den von Paul (2009) geäusserten Thesen zur Politisierung des Geldes. Im Sinne der allgemeinen Volkswirtschaft sieht sich die SNB dazu verpflichtet, nicht Einzelinteressen von wirtschaftlichen Akteuren nachzugehen sondern eine allgemeine neutrale oder im Hinblick auf das Medium Geld auch eine neutralisierende Geldpolitik zu betreiben (Vgl. Paul, 2009)

#### **4.3.1 Das Postulat Sondereggers**

Als politische Bewegung sieht die freiwirtschaftliche Lehre in der SNB dank ihrer Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft eine Chance über geldpolitische Massnahmen ihre Ziele zu verwirklichen. In diesem Sinne hat der damalige Ständerat Hans Konrad Sonderegger in der Ständeratssitzung am 20. Dezember 1934 ein Postulat eingereicht;

„Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht die folgenden Massnahmen zur dauernden Beseitigung der Wirtschaftskrise anzuwenden seien:

1. Die gemäss Art. 39, Abs. 3 BV. Der Nationalbank übertragene Geldversorgung des Landes ist so zu regeln, dass die durchschnittliche Kaufkraft des Frankens dauernd gleich bleibt, d.h., dass der im Grosshandelsindex errechnete Durchschnittspreis der Waren weder steigt noch fällt [Indexwährung]

2. Durch geeignete Massnahmen ist dafür zu sorgen, dass die in der Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge mit der von der Notenbank ausgegebene Geldmenge dauernd identisch bleibt [Dieser zweite Punkt ist besonders interessant, da er heute wieder unter dem Thema Vollgeld thematisiert wird. Nur noch die Notenbank darf Geld schöpfen, womit die privaten Bank- und Kreditinstitute aus dem Zentrum des Wirtschaftssystems exkludiert würden. Zweitens wäre Vollgeld auch Bedingung für die Einführung von Schwundgeld, da sonst Guthaben auf dem Girokonto nur schwer zu besteuern wären]

3. Durch geeignete Massnahmen ist mit den für den Welthandel wichtigsten Währungen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika nach Möglichkeit die Parität der Kaufkraft herzustellen.

4. Als vorübergehende Massnahme zur raschen Überwindung der Krise, zur Entschuldung der Landwirtschaft und zur Sanierung der Bundesbahnen wird der Grosshandelsindex solange gehoben, bis der Lebenskostenindex zu steigen beginnt und bis die schweizerische Landwirtschaft ohne Staatsunterstützung bestehen kann. Ist dieses Ziel erreicht, so wird die Kaufkraft des Frankens endgültig dauernd gleich erhalten.

5. Bis zum Erlass eines Bundesgesetzes über das schweiz. Bodenrecht trifft der Bund geeignete Massnahmen, um für die Dauer der steigenden Preisen und die darauf durchgeführte Stabilisierung der Währung jede Bodenspekulation unmöglich zu machen.“ (Meyer, 1935:3).

Nun stellt sich die Frage wie die einzelnen Akteure argumentierten. Vergleichend werden die gegensätzlichen Positionen abgeglichen, wobei die Rede von Sonderegger und die Antwort darauf vom Bundesrat Meyer, sowie eine spätere Schrift der Vereinigung für gesunde Währung semantisch analysiert werden. Dabei werden wir uns nur auf die ersten zwei Punkte des Postulats konzentrieren.

Im Sozialarchiv des Kanton Zürichs befindet sich ein Abdruck der Rede vom Ständerat Dr. Sonderegger. Angesichts der angespannten finanziellen Situation von

Kanton und Bund und der Tatsache, dass die Krise trotz bisherigen Massnahmen schärfer geworden ist, lässt ihn die Frage aufwerfen, ob die bisherige Politik des Bundesrates weiterhin noch vertretbar sei. Diese wird dabei als Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit betrachtet und kritisiert. Ganz im Sinne des Freiwirtschaftsbundes, die als soziale Bewegung eine Vollbeschäftigung für die Arbeiterschaft anstrebte. Als Ursache identifiziert Ständerat Sonderegger den Zusammenbruch der Preise. Im Einklang mit der Wirtschaftspolitik geht Sonderegger von zwei Thesen aus.

(1) Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Preispolitik

(2) Der Preis entsteht durch Angebot und Nachfrage.

Im Unterschied zum Bundesrat betont Ständerat Sonderegger jedoch die hegemoniale Bedeutung der Nachfrage bei der Preisbildung. Im Keynesianischen Sinne ist die Nachfrage entscheidend für die Preisbildung. Sinkende Preise sind demnach die Folge von Verzicht auf Konsum, Inflation entsteht durch eine überschüssende Nachfrage nach Waren, die die effektive Produktionsleistung einer Volkswirtschaft übersteigert. Allgemein wird über das Medium Geld getauscht, so dass Sonderegger zum Schluss kommt;

„Es muss daher untersucht werden, in welcher Art und Weise das Geld – die Staatswährung – bei der Preisbildung beteiligt ist. Das Ziel dieser Untersuchung ist durchaus praktisch: der Staat kann die Geldverwaltung willkürlich bestimmen. (...) Dabei sei unterstrichen: das Geld ist eine Schöpfung des Staates, gleichgültig, ob Gold oder Papier. Der Staat bestimmt Art, Form, Stoff des Geldes. Der Staat bestimmt die Menge des Geldes, kurz: die Staatswährung ist Objekt der staatlichen Geldmonopolverwaltung.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 15).

Inflationäre und deflationäre monetäre Krisen sind gemäss Sonderegger auf einen erhöhten Geldumlauf zurückzuführen. Diese sind vom Staat selber verursacht und betreffen das allgemeine Preisniveau und sind somit nicht auf kurzfristige Angebotsverknappung von einzelnen Gütern zurückzuführen. Zudem handelt es sich bei inflationären Krisen gemäss Sonderegger um nationale Angelegenheiten. Die Hyperinflation in Deutschland ist beispielsweise nur auf die Geldpolitik Deutschlands zurückzuführen, womit externe Faktoren ausgeschlossen werden

können.

Die Inflation war eine Massnahme der staatlichen Geldverwaltung, Der entscheidende Faktor, der die allgemeine Preislage zum Steigen brachte, war nicht die Form des Geldes oder dessen Stoff, sondern die Menge des Geldes. Die Bestimmung dieser Geldmenge war eine nationale Angelegenheit, d.h. H eine solche der staatlichen Geldverwaltung.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 19).

Semantisch wird das Feld durch Sonderegger immer stärker auf eine Einheit beschränkt. Erstens wird holistisch argumentiert, d.h. das allgemeine Preisniveau ist nicht aufgrund von einzelnen Preisschwankungen bei Produkten zurückführbar und zweitens räumlich beschränkt auf ein Staatsgebiet. Dabei folgt Sonderegger den theoretischen Prämissen der Quantitätstheorie, die den Wert des Geldes nicht mehr aufgrund des Stoffes, des intrinsischen Wertes des Geldes hin untersucht (Vgl. Carruthers and Babb, 1996), sondern effektive Geldmenge (Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit) gegenüber dem Warendurchlauf als Mechanismus für die Preisbildung ausfindig machen will. „Die Preisbildung ist daher in jeder Hinsicht, also bei Inflation und bei Deflation, immer ein Problem der nationalen Geldversorgung.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 25). Durch diese Argumentationsstruktur gelingt es ihm den Aufgabenbereich der Geldpolitik auf die nationale Zentralbank theoretisch einzuschränken. Geld übernimmt die Funktion des Tauschmittels und stellt ein Mass für die Güter des täglichen Bedarfs dar. „Das Geld entspricht also dem Mass auf andern Gebieten: dem Kilogramm, Liter, Meter, der Pferdekraft etc.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 18). Im Falle einer Inflation handelt es sich um Betrug, denn, „die Wirtschaft setzt voraus, dass die Geldeinheit auch in Bezug auf ihre 'Güte', ihren wirtschaftlichen Inhalt, gleich bleibe. Diese Voraussetzung ist durch die Inflation – die Entwertung, Vernichtung der Kaufkraft – zerstört worden.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 18) Auch bei einer Entwertung, also Deflation, spricht Sonderegger von Betrug. Sonderegger kritisiert demnach die Irritationen des Zentrums auf Semi-Peripherie und Peripherie des Wirtschaftssystems. „Das ist die Krise und ihr Mechanismus. So ist die Deflation, genau wie die Inflation, untrennbar mit der Versorgung der Wirtschaft durch Geld



verbunden.“ (Sonderegger, Datum unbekannt: 24). Aktive Währungspolitik besteht gemäss Sonderegger demnach in der Verhinderung von Inflation und Deflation. Sie ist national abgrenzbar und die Geldmenge kann aktiv von der Zentralbank gesteuert werden. Dabei ist das allgemeine Preisniveau als Referenzwert für geldpolitische Massnahmen heranzuziehen.

### **4.3.2 Die Gegenpositionen**

In der Festschrift von 1932 geht die SNB auf die Interessen der freiwirtschaftlichen Positionen ein. Sie versucht das Argument der Freigeldlehre, dass die Erhöhung der Lebenskosten während der Kriegs- und Nachkriegsjahre (gemeint ist hier der 1. Weltkrieg und die anschliessende Hyperinflation in den 20er Jahren) aufgrund der starken Steigerung des Notenumlaufs zurück zuführen sei zu entkräften. „Geweckt wurde diese Anschauung durch Druckschriften von Anhängern der auf der Quantitätstheorie fussenden sogenannten Freigeldlehre.“ (SNB, 1932: 152). Die SNB wirft der Freigeldlehre vor, die Lehren Quantitätstheorie unkritisch zu übernehmen. Einerseits bezweifelt sie die Validität einer möglichen statistischen Messung der wirklichen Geldmenge gemäss den Lehren der Quantitätstheorie, andererseits weist sie darauf hin, dass die erhöhte Geldmenge sowohl Ursache, wie aber auch Wirkung der Preisteuerung darstellen können. Bundesrat Meyer betont dabei, dass ein solches System noch nicht erprobt wurde. „Wie viele Noten in den Verkehr geworfen werden müssen, wenn der Index um zwei Punkte fällt, dafür gibt es keinen sicheren Massstab.“ (Meyer, 1935: 8) Die Argumente richten sich demnach gegen die uneingeschränkte Steuerbarkeit der Geldmenge. Einerseits wird die Eigenlogik des Wirtschaftssystems betont und andererseits auch die Grenzen der wissenschaftlichen Beschreibung dieser Logiken.

Der zweite Einwand gegen die Indexwährung richtet sich gegen das holistische Prinzip. Da der Warenkorb als Durchschnittswert keine Tiefenschärfe bei spezifischen Preisentwicklungen bieten kann; „Den Landwirt und Müller interessiert nicht der Grosshandelsindex, sondern der Preis von Getreide und Mehl. In der Textil-Industrie interessiert der Preisgang der Rohmaterialien, der Garne, der Gewebe und

deren Verhältnis zueinander, nicht der bloss gedachte, errechnete Durchschnitt aller Grosshandelspreise“ (Zürcher Handelskammer, 1934: 15). Zudem können sinkende Preise auch durch verbesserte Produktionsbedingungen erreicht werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht jede Preisverbilligung gleich eine Anomalie der Preisbildung in Form einer Deflation darstellt. Im Dokument „Ablehnung des Freigeldes. Die Antwort von Herrn Bundesrat Meyer auf das Postulat Sonderegger“ kritisiert Bundesrat Meyer die Indexwährung als einseitiges und ungerechtes Währungssystem:

„Unser Grosshandelsindex, nach dem die Notenausgabe sich gemäss der Freigeldtheorie richten müsste, besteht zum grösseren Teil aus Waren mit ausländischem Ursprung. Wenn nun z. B. Der Kaffeepreis steigt und bei Gleichbleiben aller anderen Waren den Preisindex nach oben beeinflusst, so müsste die Notenbank, um das Niveau wieder herzustellen, Noten zurückziehen. Sie müsste also, weil eine ausländische Ware gestiegen ist, einen Preisdruck auf die übrigen Waren, darunter die inländischen, herbeiführen. Das könnte doch wohl nicht im Interesse der einheimischen Produktion liegen.“ (Meyer, 1935: 8).

Während Ständerat Sonderegger in seiner Rede die Steuerung der Geldmenge als möglich erachtet und dies mit Hilfe der monetären Quantitätstheorie versucht plausibel darzulegen, richten sich die Gegenargumente gegen eine solche technokratische Vorgehensweise. Sie bezweifeln die empirische Validität der theoretischen Annahmen bei der Indexwährung und betonen die Eigenlogik des Wirtschaftssystems. Auch wird bezweifelt, dass die Geldpolitik unabhängig von internationalen Verflechtungen betrieben werden könnte. Gemäss Meyer (1935) ist die Schweiz auf hohem Niveau mit dem Weltmarkt verbunden. Die Deflationspolitik in den 30er Jahren war auch unter dem Kalkül die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, vorangetrieben worden. Meyer kommt zum Schluss;

„So können wir unseren Blick nicht nur auf die Verhältnisse der Preisbewegung in unserem eigenen Lande richten und sie durch die Notenpolitik meistern wollen; unsere Notenbank muss in ganz hervorragender Weise die Austauschbedingungen mit dem Ausland im Auge behalten. Sie muss ihre Aufmerksamkeit auf die ausländischen Wechselkurse richten.“ (Meyer, ??? :11)

Die Gegenpositionen kennzeichnen sich durch die Betonung des unzulässigen Schlusses, die Wirtschaft mit Hilfe von geldpolitischen Entscheidungen vollkommen steuern zu können. Einerseits wird die Validität bei der Messung des Preisniveaus angezweifelt, andererseits wird davon ausgegangen, dass eine Steuerung des Preisniveaus über einen allgemeinen Preisindex die die wirklichen Verhältnisse auf mikroökonomischer Ebene vernachlässigen. Drittens wird die internationale Verflechtung der Schweizer Wirtschaft betont. Geldpolitische Entscheide können somit nicht politisch isoliert auf ein Staatsgebiet beschränkt angewendet werden, ohne dabei die äusseren Rahmenbedingungen dabei mit zu berücksichtigen.

## **5. Fazit**

Die Entwicklung einer Soziologie monetärer Krisen bedingt nicht nur der genauen Analyse von Medium, Sozialstruktur und Semantik der Wirtschaft, sondern auch der Einbezug von politischen und wissenschaftlichen Semantiken. Die erste Erkenntnis, die wir hier nennen können, betrifft somit die für die Moderne typische Polykontextualität von Ereignissen. Eine monetäre Krise wird erst durch die Beobachtung und Beschreibung seitens der Gesellschaft als Funktionsstörung empfunden. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass je nach Kontext die Störung anders wahrgenommen wird. Während wirtschaftlich gesehen die Versorgung der Gesellschaft mit knappen Gütern in erster Linie gestört wird, weil beispielsweise durch eine deflationäre Krise die Nachfrage zusammenbricht, sind für politische Bewegungen vielmehr die Zunahme der Arbeitslosigkeit, Spekulation und soziale Ungleichheiten relevant. Andererseits kann auch, wie das Beispiel der Deflationspolitik der Schweiz zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den 1930er Jahre aufzeigt, eine wirtschaftliche Störung bewusst in Kauf genommen werden. Es geht dann also um die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit, die eine politische Frage ist. Wirtschaftsnahe Akteure betonen hingegen eher die Eigenlogik des Wirtschaftssystems selber.

Die semantische Analyse des Postulats vom Ständerat Sonderegger (1934-1935) und

den Kritiken seitens des Bundesrates Meyer (1935) und der Vereinigung für gesunde Währung (1943), sowie der Festschrift der SNB (1932) haben vier zentrale semantische Konzepte zu Tage gefördert.

(1) Die Argumente orientieren sich an der semantischen Unterscheidung zwischen National/International. Während Sonderegger die Verantwortung für geldpolitische Entscheidungsfindungen ausschliesslich an nationalen Parametern festmachen will, verweisen die Kritiken der Vereinigung für gesunde Währung auf die internationale Verflechtung der Real- und Finanzwirtschaft. Im Hauptfokus liegt dabei die Exportindustrie, die am stärksten unter der Absatzkrise leidet. Um die Wettbewerbsfähigkeit international zu erhöhen, wird zuerst eine Deflationspolitik vorangetrieben, später wird die Währung – nach dem die letzten Länder den Goldstandard abschafften – auch in der Schweiz abgewertet. Damit reagiert die Schweizer Politik auf internationale Rahmenbedingungen. Für den Freiwirtschaftsbund bleiben geldpolitische Massnahmen primär national ausgerichtet.

(2) Das zweite semantische Konzept richtet sich auf die Unterscheidung der Steuerbarkeit / Nicht-Steuerbarkeit von wirtschaftlichen Prozessen. Während der Ständerat Sonderegger die Steuerbarkeit des Wirtschaftssystems mit Hilfe von geldpolitischen Entscheidungen der Zentralbanken betont, richtet sich die Vereinigung für gesunde Währung auf die Frage nach der Validität von statistischen Erhebungen. Beide Parteien sind mit den Prämissen der monetären Quantitätstheorie einverstanden. Während aber der Freiwirtschaftsbund die Geldmenge mittels eines nationalen Preisindex so steuern will, dass inflationäre oder deflationäre Anomalien ausgeschaltet werden können, bezweifelt die Vereinigung für eine gesunde Währung erstens die Validität der Messung des allgemeinen Preisniveaus und zweitens wird die fehlende empirische Erfahrung über geldpolitischen Entscheidungen ins Feld geführt. Für die freiwirtschaftliche Bewegung erscheint die Geldsteuerung und damit der Verlauf des Wirtschaftswachstums geldpolitisch steuerbar, während die Gegnerschaft die Eigenlogik des Wirtschaftssystems betont,

und somit die Mechanismen der funktionale Differenzierung von Wissenschaft und Wirtschaft als Hindernis identifiziert. Diese semantische Differenz ist auf eine unterschiedliche Wissenschaftsauffassung zurückführbar, die sich nach epistemologischen Gesichtspunkten unterscheiden, womit wir beim dritten semantischen Konzept angelangt werden.

(3) Das dritte Konzept lässt sich auf die unterschiedliche Auffassung und Beschreibung von wirtschaftlichen Vorgängen zurückführen. Während die freiwirtschaftliche Bewegung im Prinzip über ein holistisches Modell von der Wirtschaft verfügt, betont die Vereinigung für gesunde Währung mit Bundesrat Meyer mikroökonomische Prozesse, dessen Entwicklungen nicht über ein Ganzes hinweg mit gezeichnet werden können. Für Sonderegger genügt das Festhalten an der Stabilität des Preisniveaus um zum Schluss zu kommen, dass nur stabile Preise sowie Schwundgeld genügen, um dauerndes Wirtschaftswachstum garantieren zu können. Die Vereinigung für gesunde Wirtschaft argumentiert aber dagegen, indem sie die unterschiedlichen Preisentwicklungen nicht nur auf geldpolitische Mechanismen zurückführen will, sondern auch feldspezifische Unterschiede innerhalb des Wirtschaftssystems (sei es zwischen Branchen, Konkurrenten oder einfach aufgrund unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen einzelnen Akteuren) für Preisschwankungen verantwortlich macht.

(4) Das vierte und letzte semantische Konzept unterscheidet sich hinsichtlich der Verantwortlichkeit für die Steuerung der Wirtschaft. Während die freiwirtschaftliche Bewegung staatliche Eingriffe und die Steuerung der Geldmenge befürworten, richten sich die Gegenpositionen eher nach liberalen Prinzipien, wonach der Staat möglichst wenig in den Wirtschaftsprozess einzumischen hätte. Die Unterscheidung staatliche/wirtschaftliche Ordnung lässt sich aber nicht so stark auf die jeweiligen Positionen festmachen, da auch die liberalen Kreise über die Deflationspolitik massiv in die Geschehnissen der Wirtschaft eingegriffen haben. Aber besonders die Zürcher Handelskammer (1934) als Vertreterin der damaligen Unternehmer stützt sich auf eine solche Argumentationsstruktur.

Die Beschreibung monetärer Krisen stützen sich damit auf unterschiedliche Konzepte semantischer Ordnungen. Diese unterscheiden und entwickeln sich im Laufe der Zeit. Während bei Carruthers und Babb (1996) und Galbraith (1976) in erster Linie der intrinsische Wert des Geldes diskutiert wurde, sind die Nachkriegszeiten in den 20er Jahren durch Hyperinflation, später durch deflationäre monetäre Krisen geprägt. Die Finanzkrise 2007 wurde dagegen vollständig als Bankenkrise identifiziert und somit auch institutionell dem Zentrum des Wirtschaftssystems zugeschrieben. Die historische Dimension hat mit der evolutionären Entwicklung von Sozialsystemen und Semantiken zu tun. Weshalb wir gleichzeitig auch behaupten können, dass die Form von monetären Krisen in Abhängigkeit zur Sozial- und Semantikstruktur des Wirtschaftssystems steht. Bei Galbraith (1976) wird mithilfe der These von Gresham die Gold- und Silberknappheit erklärt. Die semantische Unterscheidung zwischen 'good money' (Gold, Silber) und 'bad money' (Ersatzgeld, fiat money) führte dazu, dass Gold und Silber zurückgehalten wurde, so dass nach Ersatzlösungen wie zum Beispiel Biberpelze und Tabak gesucht wurden, die dann in Umlauf gebracht wurden. Später wurde dies durch die Golddeckung des Papiergeldes gelöst. Daraufhin entwickelte sich jedoch eine Vertrauenskrise, weil aufgrund der unüberschaubaren Anzahl an privaten geldausgebenden Banken die wirkliche Deckung des Geldes nicht mehr nachvollzogen werden konnte, weshalb aufgrund sozialstrukturellen Momenten die Ordnung zwischen good and bad money beibehalten wurde. Carruthers und Babb (1996) konnten dies anhand der Diskussion zwischen Bullionists (Goldwährung) und Greenbackers (fiat money) aufzeigen. Als Reaktion auf die Bankenkrise wurde es nun vorstellbar, Geld alleine aufgrund der staatlichen Legitimation als etwas Wertvolles zu betrachten. Die Monopolisierung des Geldwesens durch die Errichtung einer geldausgebenden Zentralbank und der Nationalisierung der Währung führte zur endgültigen Politisierung des Geldes (Vgl. Paul, 2009). Damit wurde für viele die Möglichkeit, durch geldpolitische Entscheidungen wirtschaftliche Prozesse zu beeinflussen, offensichtlich.

Die dritte Erkenntnis stützt demnach in der zunehmenden Politisierung des Geldes, wie es Paul (2009) beschrieb. Die freiwirtschaftliche Bewegung unter der Federführung von Fritz Schwarz und in dieser Arbeit vertreten durch den Ständerat Hans Konrad Sonderegger, ist als Reaktion auf die Krise und der Errichtung der Schweizerischen Nationalbank zu werten. Ohne die Krise und der damit herausgeforderten Schweizerischen Nationalbank hätte sich kein politisches Sprungbrett für den Freiwirtschaftsbund entwickelt. Die zunehmende Monetarisierung der Gesellschaft und Industrialisierung eröffnete für Sozialutopisten Tür und Tor für neue Gesellschaftsmodelle. Silvio Gesell entwickelte mit seiner Freigeldlehre eine fast schon paradiesische Hoffnung auf die Allversorgung der Bevölkerung mit Waren und Gütern. Die Erfahrungen der Inflation und Deflation führten zum Wunsch nach einer stabilen Währung (Indexwährung). Die Geldhamsterung/Hortung wurde für den Wirtschaftsprozess als bedrohliches Phänomen betrachtet. Das Wirtschaftssystem wurde als 'natürlicher Kreislauf' beschrieben, in der das Geld als „Schmiermittel“ die Maschinen in Trab hielt. Gleichzeitig liegt damit eine Selbstbeschreibung der autopoetischen Notwendigkeit der Zahlung vor. Die freiwirtschaftliche Lehre und hier wäre natürlich auch noch der berühmte Ökonom John Maynard Keynes zu erwähnen, erkannten die Notwendigkeit, dass Geld immer fließen soll. Sie erkannten auch die Nachfrage als wirtschaftlicher Faktor. Dies wurde semantisch verarbeitet und mündete in den Versuch, wirtschaftliche Prozesse mit geeigneten politischen Massnahmen zu optimieren.

Heute stellt sich die Frage, wie die Finanzkrise als monetäre Krise zu verstehen ist und ob auch in diesem Fall ein weiteres Kapitel zu einer historischen Soziologie monetärer Krisen hinzugefügt werden könnte. Besonders die von Milton Friedman entwickelte Theorie zur Geldmenge und heute allgemeinen als Monetarismus bekannt, forderte die nachfrageorientierte Theorie von Keynes heraus. Wie die Freiwirtschaftler, forderten auch die Monetaristen, wirtschaftspolitische Massnahmen über die Steuerung von Geldmenge durchzuführen. Allgemein werden jedoch

keynesianische und monetaristische Positionen immer wieder gegenüber gestellt, wobei der Keynesianismus sich als Nachfrage orientiert und der Monetarismus als Angebotsorientiert herausstellt. Gerade die freiwirtschaftliche Lehre von Silvio Gesell und auch Ständerat Sonderegger betonen im Unterschied zu den Monetaristen die Nachfrage als relevanter Faktor für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, obwohl beide Positionen (die der freiwirtschaftlichen und der Monetaristen) sich stark auf die Lehre der Quantitätstheorie stützen. Trotz der unterschiedlichen Betonung von Nachfrage und Angebot scheint die Quantitätstheorie von Fisher sowohl für die Freiwirtschaftler wie auch für die Monetaristen (Friedman, 1963) ein wichtiges wirtschaftstheoretisches Konzept zu sein. Die Position von Friedman wurde besonders deshalb so populär, weil sie eine Antwort auf die in den 1970er Jahren berüchtigte Stagflation – eine Wortschöpfung gebildet aus Stagnation und Inflation von britische Finanzminister Iain Macleod 1965 – zur Verfügung stellen konnte.<sup>15</sup> Vor den 70er Jahren waren sich die Vertreter der Politik darüber einig, dass hohe Arbeitslosigkeit mit Deflation zu verbinden sei, während Inflation als Gegenmassnahme den erwünschten Effekt zeigte, dass die allgemeine Arbeitslosigkeit sank. So war auch immer wieder vom „natürlichen Zielkonflikt“ zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität die Rede. Nach den 70er Jahren waren diese Annahmen empirisch nicht mehr tragbar. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher wurden später in den 80er Jahren dafür bekannt, ihre knallharte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zum Teil auch auf Kosten des Sozialstaates durchzuführen um die Stagflation zu überwinden. Ihre Politik war dabei massgeblich von den wirtschaftspolitischen Ideen des Monetarismus geprägt. Während sich die monetäre Krise in den 70er Jahren von denjenigen in der Grossen Depression in den 30er

---

15 "Die Stagflation ist deshalb so bemerkenswert, weil sie die Wirtschaftspolitik hilflos macht. Reagieren Notenbank und Regierung mit niedrigeren Zinsen und höheren Staatsausgaben, was gewöhnlich die Konjunktur anschiebt, galoppiert ihnen die Inflation davon. Machen sie das Gegenteil und verknappen Geld und Staatsausgaben, um die Inflation einzudämmen, bricht ihnen die Konjunktur weiter ein. Ein Dilemma. (Siedenbiedel, 2008)" <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/schwaches-wachstum-hohe-inflation-die-rueckkehr-der-stagflation-1514163.html> (Angesehen am 25. August 2013)



Jahren unterscheidet, scheinen in der Finanzkrise 2007 andere Ursachen und Wechselwirkungen im Spiel gewesen zu sein. Im Unterschied zu damals mit dem System Bretton Woods waren die Wechselkurse in der Finanzkrise 2007 jedoch weitgehend frei und das Prinzip der Preisstabilität ist geldpolitisch heute stärker institutionell verankert (Vgl. Siedenbiedel, 2008).

Eine Soziologie monetärer Krisen kann ähnlich wie die ökonomische Geschichtsschreibung erst immer im Nachhinein versuchen, die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Geschehnissen adäquat zu beschreiben. Das Versagen der modernen ökonomischen Theorien – heute wie damals – kann nur mit Hilfe eines evolutionären Verständnisses von Gesellschaft aufgelöst werden. Das konnte bereits die Wirtschaftsgeschichte aufzeigen. So ist ökonomische Theoriebildung selber der historischen Kontingenz ausgeliefert. Mit Hilfe einer historischen Soziologie monetärer Krisen können nun historisch-semantische wie aber auch sozialstrukturelle und medientheoretische Parameter berücksichtigt werden. Es werden also nicht mehr ahistorische ökonomische Theorien und wirtschaftsgeschichtliche Theorieschreibung gegenübergestellt. Eine Soziologie monetärer Krisen erhebt den Anspruch, sowohl sozialstrukturelle Momente wie auch Semantiken (Diskurse) als historisch kontingent zu beschreiben und kann dank dem systemtheoretischen Ansatz auch Wechselwirkungen zwischen Medien identifizieren und beschreiben.

## 6. Literatur

### 6.1 Bücher und Zeitschriften

Ann Chih Lin and David R. Harris (2008): *The Colors of Poverty: Why Racial and Ethnic Disparities Persist*, Russel Sage Foundation, New York.

Baecker, Dirk (1991) *Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft*, mit einem Vorwort von Niklas Luhmann, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Beck, Bernhard (2004) *Volkswirtschaft verstehen*, 3. Aufl., vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich.

Bohn, Cornelia (2009) *Geld und Eigentum. Inkludierende und exkludierende Mechanismen in der Wirtschaft*. Workingpaper des Soziologischen Seminars 04/09. Soziologisches Seminar der Universität Luzern.

Bohn, Cornelia (2005) *Die Medien der Gesellschaft* in: Michael Jäckel (Hrsg.), *Mediensoziologie. Grundfragen und Forschungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 365-375.

Boltanski, Luc und Eve Chiapello (2003) *Der neue Geist des Kapitalismus*; aus dem Franz. Von Michael Tillmann, erschien erstmals 1999, im Original: *Le nouvel Esprit du Capitalisme*, UVK-Verlag.-Ges., Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1987) *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre et al (1993/1997) *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz.

Carruthers Bruce G. and Sarah Babb (1996) *The Color of Money and the Nature of Value: Greenbacks and Gold in Postbellum America*, *The American Journal of Sociology*, Vol. 101, No. 6 (May, 1996), pp. 1556-1591.

Deutschmann, Christoph, 2000: *Geld als "absolutes Mittel"*. Zur Aktualität von Simmels Geldtheorie, in: *Berliner Journal für Soziologie*, S. 301-314.

Deutschmann, Christoph, 2008: *Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive*, Wiesbaden.

5. September 2013

Deutschmann, Christoph, 2009: Geld und kapitalistische Dynamik, in: Sylke Nissen und Georg Vobruba (Hg.), Die Ökonomie der Gesellschaft. Festschrift für Heiner Ganßmann, Wiesbaden, S. 57-71.

Friedman, Milton (2008) A monetary history of the United States 1867-1960, 9th pbk. Erschien erstmals 1963, Princeton University Press, Princeton.

Galbraith, John Kenneth (1976) Geld. Woher es kommt, wohin es geht, Aus dem Amerikanischen übersetzt von Karl Otto von Czernicki, Dromer Knauer, München, Zürich.

Gesell, Silvio (1949) Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, erschien 1916 im Selbstverlag, Les Haut Geneveys, 9. Auflage herausgegeben von Karl Walker, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf.

Goldfinger, Charles (2000) Intangible Economy and Financial Markets, in: Communications & Strategies, 40 (4), S. 59-89.

Durkheim, Emile (2004) Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Mit einer Einleitung: Arbeitsteilung und Moral – Durkheims Theorie von Niklas Luhmann und Nachwort von Hans-Peter Müller und Michael Schmid, erschien erstmals 1983, im Original: De la division du travail social. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Fisher, Irving (1985) The Purchasing Power of Money: Its Determination and relation to credit, interest and crises, assisted by Harry G. Brown; erschien erstmals 1911 beim Macmillan Verlag in New York, August M. Kelley, Fairfield (N.J.).

Fisher, Irving (1965) The Theory of interest: as determined by impatience to spend income and opportunity to invest it, erschien erstmals 1930 beim Macmillan Verlag in New York, Augustus M. Kelly, New York.

Halbeisen, Patrick und Tobias Straumann (2012), Wirtschaftspolitik im „Zeitalter der Katastrophen“ (1914-1945) in :Halbeisen, Patrick, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Schwabe Verlag, Basel; S. 996-1022.

Hayek, Friedrich A. (1945) The Use of Knowledge in Society in: The American Review, Vol. 35, No. 4 (Sep., 1945), S. 519-530.

Ingham, Geoffrey (2004): The Nature of Money. Cambridge: Polity Press.

5. September 2013

Jordan, Thomas J. Und Enzo Rossi (2010) Inflation und die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank in: Die Volkswirtschaft Das Magazin für Wirtschaftspolitik, Heft 1/2 2010.

Kindleberger, Charles P. (2011) Manias, panics and crashes. A History of financial crises, Hrsg. Von Charles P. Kindleberger und Robert Z. Aliber. (6. Aufl.), erschien erstmals 1978, Palgrave Macmillan, Basingstoke.

Kindleberger, Charles P. (1973) Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, aus dem Amerik. Übersetzt von Michael Ledig, Deutscher Taschenbuchverlag, München.

Lamont, Michele and Marcel Fournier (1992) Cultivating Differences: Symbolic Boundaries and the Making of Inequality. University of Chicago Press, Chicago.

Lipp, Carola (2007) Soziale Praxis des Kredits. 16.-20. Jahrhundert, herausgegeben von Jürgen Schlumbohm, Verlag Hahnsche Buchhandlung, Hannover.

Luhmann, Niklas (2000) Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, (4. Auflage); Originalausgabe erschien 1968, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Luhmann, Niklas (1998) Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 1 (2. Auflage), 1. Auflage erschienen 1993, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Luhmann Niklas, (1998a) Die Gesellschaft der Gesellschaft, (1. Aufl.) Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Luhmann, Niklas (1994) Die Wirtschaft der Gesellschaft ,(4. Aufl.) Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Luhmann, Niklas (1993 [1981]) Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation, in: Ders., Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Westdeutscher Verlag, Opladen. S. 25-35.

Luhmann, Niklas (1987) Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Millon, Claude (2011) Stamp your Scrip – Stamp out Depression. Irving Fisher's Advocacy of Stamped Money, 1932-1934, Thesis presented to the Faculty of Arts of the University of Zurich for the degree of Doctor of Philosophy.

Müller, Margrit und Ulrich Woitek (2012) Wohlstand, Wachstum und Konjunktur in: Halbeisen, Patrick, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Schwabe Verlag, Basel; S. 91-174.

Orléan, André (2008) Monetary beliefs and the power of central banks in Central Banks as Economic Institutions, edited by Jean-Philippe Touffut. Chaltenham; Northhampton, MA: Edward Elgar, S. 7-21.

Paul, Axel T. (2009) Die Unverfügbarkeit des Geldes und die Rolle der Zentralbanken, in: Beckert, Jens; Deutschmann, Christoph(Hg.): Wirtschaftssoziologie, Sonderheft der Kölnerzeitschrift, Wiesbaden, S. 243-265.

Sacks, Harvey, E. Schegloff, und G. Jefferson (1974) „A simplest systematics for the organisation of turn-taking in conversation.“ *Language* 50(4), S.696-735.

Schwarz, Fritz (2007) Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Synergia Verlag, Darmstadt.

Simmel, Georg (2001) Philosophie des Geldes / Hrsg. Von David P. Frisby und Klaus Christian Köhnke (6. Auflage), erschien erstmals 1900, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Smith, Adam (2005) Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, aus dem englischen übertragen und mit einer umfassenden Würdigung des Gesamtwerks. Hrsg. Von Horst Claus Recktenwand (11. Aufl.), erschien 1776 unter dem Titel *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München.

Stichweh, Rudolf (2006) Semantik und Sozialstruktur. Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung. In: Dirk Tänzler/Hubert Knoblauch/Hans-Georg Soeffner (Hg.), *Neue Perspektiven der Wissenssoziologie*. UVK, Konstanz, S. 157-171, das vorliegende Dokument ist mit den Seitenzahlen von 1-8 nummeriert.

Stichweh, Rudolf (2005) Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie, transcript Verlag, Bielefeld.

Weber, Max (2010) Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, erschien erstmals 1904, Beck Verlag, München.

Wilson, William J. (1996) *When Work Disappears. The World of the New Urban Poor*, Knopf, New York.

5. September 2013

## 6.2 Internetadressen

Historisches Lexikon der Schweiz über Sonderegger, Hans Konrad, No4, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6576.php>, Artikel wurde am 19.04.2011 verfasst.

Historisches Lexikon der Schweiz über Meyer, Albert, No7 <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3666.php>, Artikel wurde am 05.11.2009 verfasst.

Löpfe, Philipp (2013), Das Schwundgeld und die Börse, <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Das-Schwundgeld-und-die-Boerse/story/31187994> (Gesehen am 15.03.2013), im Tagesanzeiger.

NZZ Online, <http://www.nzz.ch/meinung/uebersicht/geldpolitisch-getriebener-boersen-boom-auf-bruechigem-fundament-1.18083495> (gesehen am 20.05.2013).

Siedenbiedel (2008) <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/schwaches-wachstum-hohe-inflation-die-rueckkehr-der-stagflation-1514163.html> (Angesehen am 25. August 2013).

Wir-Bank (2013), WIR-Geschäft, <http://www2.wir.ch/index.cfm?16665D8C5056B8078AA48925E6D11325> (Gesehen am 15.03.2013).

## 6.3 Quellen<sup>16</sup>

Das Programm der Freiheit (Datum unbekannt-a) von der Liberalsozialistischen Partei Schweiz aus dem Sozialarchiv Ar. 162.10.2.

Plakat der freiwirtschaftlichen Bewegung (Datum unbekannt-b) aus dem Sozialarchiv zum Thema Freiwirtschaft KS 32ff.

Schwarz, Fritz (Datum unbekannt-c) 8 Jahre Grossrat. Ein Rechenschaftsbericht von Grossrat Fritz Schwarz, Bern, aus dem Sozialarchiv Ar 162.

Schwarz, Fritz, (1928) Brief von Fritz Schwarz an Gesell datiert auf den 13.03.1928) aus dem Sozialarchiv Ar 162.15.1.

Festschrift zur Geschichte der Schweizerischen Nationalbank von 1907-1932, veröffentlicht 1932 unter dem Titel; Die Schweizerische Nationalbank 1907-1932, gefunden unter der Webadresse [http://www.snb.ch/de/mmr/reference/hist\\_fest\\_snb\\_1932/source](http://www.snb.ch/de/mmr/reference/hist_fest_snb_1932/source).

---

<sup>16</sup> Nach Datum sortiert

Freiwirtschaftliche Zeitung (1932) Die Freiwirtschaftslehre keine sozialistische Lehre in: Freiwirtschaftliche Zeitung, 5. Januarnummer 1932, Bern.

Sonderegger, Hans Konrad (1934-35) Die Rede von Ständerat Dr. Sonderegger und die Antwort auf die Rede von Bundesrat Dr. Meyer über Freigeldsystem und Goldwährung. Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern, aus dem Sozialarchiv KS 332 46a-6.

Wirtschaftliche Publikation der Zürcher Handelskammer (1934) Freigeld – Freiland? Zeitgenössische Ablehnung von Lehre und Agitation, Herausgegeben von der Zürcher Handelskammer, Heft 19. Aus dem Sozialarchiv KS 332/46.

Meyer, Albert (1935) Ablehnung des Freigeldes: Die Antwort von Herrn Bundesrat Meyer auf das Postulat Sonderegger im Ständerat., Herausgegeben von der Vereinigung für gesunde Währung.

Schütz, Hermann (1943) Krise der Freigeldlehre, Herausgegeben von der Vereinigung für gesunde Währung.

**ANHANG 3**

**Erklärung zu der Masterarbeit mit dem Titel:**

.....

.....

.....

abgeben von (Name und Vorname): .....

Hiermit erkläre ich, dass ich die Masterarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe und dass diese Masterarbeit noch nicht anderweitig eingereicht wurde.

Luzern, den .....

Unterschrift Student/in: .....

*(Diese Erklärung ist zusammen mit der Masterarbeit auf dem Dekanat abzugeben.)*